



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Lebensraum Schule

Diskussion mit Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle

Aktuelle Fragen zur Schulpolitik und die KPV-Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich standen im Fokus der jüngsten KPV-Landesvorstands- und Hauptausschuss-Sitzung in München. Der Landesvorsitzende, Landrat Stefan Rößle, konnte hierzu den neuen bayerischen Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle willkommen heißen.

Rößle zeigte sich eingangs zufrieden damit, dass der Koalitionsvertrag zwischen CSU und FDP wichtige kommunalpolitische Akzente enthält, die das Selbstverwaltungsrecht der Kommune unterstreichen. Es habe sich gelohnt, dass die KPV sich rechtzeitig ihre Forderungen in die Verhandlungen eingebracht hat.

Weitere Punkte, worauf die KPV Wert gelegt und sich entsprechend positioniert habe, waren Rößle zufolge die Bereiche Privatisierung (kommunale Daseinsvorsorge), Sparkassen, Klimaschutz und kommunaler Finanzausgleich. Erfreut habe er zur Kenntnis genommen, „dass auch die kommunalen



Von links: Gerhard Weber, Dr. Ludwig Spaenle, Stefan Rößle und Florian Hahn. Foto: DK

Mehrgliedriges Schulsystem

Deutlich habe die KPV zu verstehen gegeben, „dass sie sich zum mehrgliedrigen Schulsystem bekennt, das freilich optimiert werden muss“. Der Fortbestand der Hauptschule müsse gesichert, der Ausbau der Ganztagsangebote forciert werden. Abgelehnt habe man nicht finanzierbare FDP-Forderungen wie die Einführung einer sechsjährigen Grundschule oder einer Regionalschule.

Spitzenverbände die KPV-Forderungen fast 1:1 übernommen haben“. Sein Fazit: „Die Inhalte des Koalitionspapiers sind kommunalfreundlich. Damit können wir leben.“

Kommunalfreundliches Koalitionspapier

Bayerns neuer Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle verwies zunächst darauf, dass die Kommunen für den Lebensraum Schule wesentlich mit verantwortlich zeichneten. Der Koalitionspapier (Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Spitzenverbände planen gemeinsame Marschroute

Die kommunalen Spitzenverbände in Bayern werden bei den Finanzausgleichsgesprächen am kommenden Donnerstag gegenüber dem Finanzminister Georg Fahrenschon eine einvernehmliche Position beziehen. Um eine gemeinsame Marschrichtung festzulegen, trafen sich die Verhandlungsführer des Bayerischen Gemeindetages, des Bayerischen Landkreistages, des Bayerischen Städtetages und des Verbandes der bayerischen Bezirke zum obligatorischen Vorgespräch beim Bezirk Niederbayern in Landshut. Einig waren sich die Repräsentanten der Kommunen darin, dass eine Anhebung der staatlichen Ausgleichsmittel wegen dringend nötiger Investitionen unverzichtbar ist. Niederbayerns Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein beispielsweise will sich in München dafür einsetzen, dass der im Jahr 2008 gewährte Anteil für die bayerischen Bezirke um mindestens fünf Millionen Euro auf insgesamt 585 Millionen Euro angehoben wird. Im Bild (v. l.): Manfred Hölzlein, Präsident des Verbandes der bayerischen Bezirke, Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetages, Theo Zellner, Präsident des Bayerischen Landkreistages und Hans Schaidinger, Präsident des Bayerischen Städtetages. □

60 Jahre KPV der CDU und CSU:

Rückgrat der Partei

Feierlichkeiten in Duisburg mit bayerischer Präsenz

Mit mehr als 600 Gästen wurde in der neu errichteten Mercatorhalle in Duisburg das Jubiläum „60 Jahre Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der CDU und CSU“ gefeiert. Neben dem Rückblick auf sechs Jahrzehnte KPV in der Bundesrepublik Deutschland stand vor allem die kommunale Daseinsvorsorge der Zukunft im Mittelpunkt des Kongresses. Bayern hatte eine Delegation aus Mitgliedern des KPV-Hauptausschusses und Landesvorstands - allen voran ihren Landesvorsitzenden Landrat Stefan Rößle - sowie u. a. den stellvertretenden CSU-Parteivorsitzenden Dr. Ingo Friedrich entsandt.

KPV-Bundesvorsitzender Peter Götz, MdB, erinnerte eingangs daran, dass im Juli 1948 in der sog. Rittersturzkonferenz in Koblenz elf Ministerpräsidenten wegweisende Entscheidungen für den Zusammenschluss der drei westlichen Besatzungszonen zur Bundesrepublik Deutschland und damit für die einstweilige Tren-

nung von der Sowjetzone getroffen hätten. Nur wenige Tage später, vom 5. bis 7. August 1948, wurde am gleichen historischen Ort die KPV gegründet. Den Vorsitz übernahm Recklinghausens Oberbürgermeister Wilhelm Bitter. Das Gebäude auf dem Rittersturz gibt es Götz zufolge zwar schon lange nicht

Städtetag / Bezirksversammlung Schwaben:

Verlässliche Aussagen!

Breitband - Schulpolitik - Krippenplätze - Pflege

Günzburgs Oberbürgermeister Gerhard Jauernig und sein Kaufbeurer Amtskollege Stefan Bosse führen für die nächsten sechs Jahre den Bezirksverband Schwaben des Bayerischen Städtetages. Als Nachfolger von Dr. Ivo Hölzinger (Memmingen) und Gerd Bischoff (Immenstadt) luden sie erstmals zur Bezirksversammlung nach Günzburg ein.

Bosse und Jauernig sehen in den nächsten Jahren den Ausbau und die Förderung von DSL auf dem flachen Land als große Herausforderung an. Die von der Staatsregierung hierfür vorgesehenen Mittel in Höhe von 19 Millionen Euro seien allerdings zu knapp bemessen, so die Vorsitzenden.

Ländlicher Raum fühlt sich abgehängt

Laut Jauernig fühlt sich der ländliche Raum in Sachen DSL abgehängt. Insbesondere Freiberufler, die ihren Tätigkeiten in privaten Haushalten nachgehen, seien davon betroffen. Deshalb

seien deutlich mehr Finanzmittel durch den Freistaat Bayern und ein nachhaltiger Abbau der Bürokratie bei der Machbarkeitsuntersuchung erforderlich.

Aktuelle Themen

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, nutzte die erste Bezirksversammlung unter der neuen Führung, um über aktuelle kommunalpolitische Themen zu berichten. Dabei wies er darauf hin, dass die Schulpolitik die wichtigste Aufgabe für die neue Staatsregierung sei. Für den kommunalen Spitzenverband stehe dabei die Forderung nach einem Gesamtkonzept für die Ganztagschule an erster Stelle. Schaidinger: „Im Sommer hat sich die Staatsregierung mit Eck-

(Fortsetzung auf Seite 4)

mehr, jedoch habe die KPV den Giebel als Symbol in ihrem Signet erhalten.

75.000 Mandatsträger

Peter Götz bezeichnete die kommunalen Mandatsträger als „Rückgrat unserer Partei, auf das die Politik, wenn sie erfolgreich sein will, dringend angewiesen ist“. Sie legten durch ihren Einsatz vor Ort die Grundlage für gute Wahlergebnisse im Bund und in den Ländern. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) vertritt die Interessen von rund 75.000 Amts- und Mandatsträgern der Union.

Diskussionen um die Schließung von Schwimmbädern, Büchereien oder Musikschulen seien nicht vergnügungssteuerverpflichtig und in vielen Kommunen (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von **Sabrina**

Die Sprachreinheits-Bewegung ist nicht mehr aufzuhalten. So plant die Slowakei neuerdings ein Gesetz, nach dem es strafbar sein soll, wenn jemand bei öffentlichen Auftritten oder in den Medien gegen die Regeln der Grammatik und der Rechtschreibung verstößt. Der Bürgermeister jedenfalls sieht das Ganze unideologisch. Seite 15



Von links: Peter Erhard, Josef Bauer, Franz Schwarz, Stefan Rößle, Arno Zengerle, Alois Scherer, Franz Graf, Peter Götz, Heinrich Bachmann, Prof. Dr. Ulrich Reuter, Werner Kundorfer.

Sie lesen in dieser Ausgabe

Die Posten sind vergeben	Seite 2
Tourismusland Bayern neuen Schub verleihen	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Forderungen der KPV im Koalitionsvertrag berücksichtigt 3	
Religionsunterricht in offener Gesellschaft	3
Europa-Erklärung der Kommunalen Spitzenverbände	3
GZ-Fachthemen:	
Umwelt- und Abfalltechnik	5/6
Wasser - Abwasser	7 - 9
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	10/11
Kommunalfahrzeuge	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Die Posten sind vergeben

Führung der 12 Landtagsausschüsse im Zugriffsverfahren besetzt

Gut zwei Monate nach der Landtagswahl ist das Parlament voll arbeitsbereit. Vergangene Woche haben sich die nunmehr fünf Fraktionen auf die Vorsitzenden und deren Stellvertreter in den zwölf Ausschüssen geeinigt, die Mitte November vom Plenum eingesetzt worden sind. Sie werden in der kommenden Woche ihre Arbeit aufnehmen, sich jedoch nach den letzten Plenarsitzungen in der Vorweihnachtswoche bis zum 20. Januar vertagen. Nach dem Dreikönigsfest finden zunächst die traditionellen Fraktionsklausuren statt.

Die Opposition hatte die lange Anlaufzeit moniert. Seitens der CSU wurde entgegnet, es würden keine entscheidenden Termine verpasst. Man verwies auf die ungewohnte neue Lage, dass nun eine Koalition mit der FDP zu installieren sei und darauf, dass auch die Opposition ihre Schwierigkeiten gehabt habe, sich im Maximilianeum zu etablieren, wo im alten Landtag nur drei

Fraktionen ihre Geschäftsstellen, Mitarbeiter- und Abgeordneten-zimmer hatten. Das Landtagsamt musste eine ganze Abteilung der Verwaltung in angemietete Räume in der Nähe des Maximilianeum auslagern.

Zugriffsverfahren

Das im Einverständnis aller fünf Fraktionen von einer eigens

eingesetzten Kommission praktizierte Zugriffsverfahren für die Ausschussvorsitzenden und deren Stellvertreter (siehe GZ Nr. 22/20.11.2008) blieb nur für den Wirtschaftsausschuss bis zur vorletzten Minute unsicher. Der CSU-Fraktionsvorstand blieb mit 16 gegen 9 Stimmen bei der ebenfalls mit knapper Mehrheit getroffenen Entscheidung der Gesamtfraktion, den bisherigen Finanzminister und neuen Arbeitskreisvorsitzenden Erwin Huber für den Vorsitz im entsprechenden Fachausschuss zu nominieren. Die SPD wiederum hielt daran fest, bei ihrem ersten Zugriff den Vorsitz im Bildungs-

ausschuss zu nehmen. So blieb es dabei, dass die CSU traditionell zunächst den Vorsitz im Haushaltsausschuss belegte.

Pauli Vorsitzende im Kommunalausschuss

Der Vorsitz im Kommunalausschuss fiel an die Freien Wähler und damit an Dr. Gabriele Pauli. Innenminister Joachim Herrmann hat ihr konstruktive Zusammenarbeit angeboten. Frau Pauli will ihre „sehr guten Kontakte“ zu Landräten und Bürgermeistern aus ihrer 18jährigen Tätigkeit als Fürther Landrätin nutzen.

Das Zugriffsverfahrens nach dem System St.Lague/Scheppers gewährleistet dass die Stellvertreter immer einer anderen Fraktion als der des Vorsitzenden angehören. **rm**

Im Schatten der Landesbankkrise

Staatsregierung stellt über 30 Milliarden Euro zur Verfügung Nachtragshaushalt im Landtag eingebracht

Der Einstieg des Bayerischen Landtags in die praktische Arbeit seiner neuen Legislaturperiode steht im Zeichen der sich immer mehr zuspitzenden Krise der staatlich-kommunalen Landesbank. Mit dem von der Staatsregierung eingebrachten zweiten Nachtragshaushalt 2008 wird zunächst ein Zehn-Milliarden-Schutzschirm über der BayernLB aufgespannt. Weitere 20 Milliarden müssen als Bürgschaften zumindest buchmäßig bereitgestellt werden.

Sie sollen laut Erklärungen des Kabinetts Seehofer/Zeil sowie der Regierungsfractionen CSU und FDP die Landesentwicklung nicht beeinträchtigen.

Die Opposition steht zum Schutzschirm, sieht jedoch dringende Aufgaben von Bildung bis Klimaschutz gefährdet. Der Haushalt sei nicht mehr ohne neue Schulden auszugleichen.

Keine direkte Beteiligung des Bundes

Während CSU und FDP bei den Koalitionsverhandlungen noch von einer abzusichernden Erblast der Landesbank von etwa 6,4 Mrd. Euro ausgegangen waren, ergab sich wenig später, dass die Risiken der LB, insbesondere aus Kreditgeschäften am US-Immobilienmarkt, wesentlich höhere Hilfen erfordern. Der Schutzschirm muss demnach 30 bis 31 Mrd. Euro wert sein, wovon die 10 Mrd. im Nachtragsetat 2008 praktisch als Kreditaufnahme von 3 Mrd. Euro und Ermächtigung für weitere 7 Mrd. Euro im nächsten Jahr verbucht werden. Noch nicht klar war, inwieweit sich der Bund mit seinem Schutzschirm bzw. als stil-

ler Teilhaber an einer neustrukturierten Landesbank beteiligt. Seehofer geht davon aus, die Lasten auch allein in Bayern zu schultern. Von einer direkten Beteiligung des Bundes hält er nichts.

Kommission

Dementsprechend haben Ministerpräsident Horst Seehofer, Wirtschaftsminister Martin Zeil und Finanzminister Georg Fahrenschoen zunächst die vom Landtag einstimmig eingesetzte Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB (s. GZ Nr. 21/06.11.2008) unterrichtet. Auch die Sprecher der Opposition würdigten nach der nicht öffentlichen Sitzung den neuen Stil der CSU und speziell des Nachfolgers von Finanzminister Erwin Huber, das Parlament rechtzeitig einzuschalten. SPD, Freie Wähler und Grüne erklärten, der Schutzschirm sei notwendig und werde mitgetragen.

Neues Geschäftsmodell

Nach Bekanntwerden der Einzelheiten, die zunächst im Kabinett unter Zuziehung von Spar-

Tourismusland Bayern neuen Schub verleihen

Wirtschaftsminister Zeil neuer Aufsichtsratsvorsitzender der BAYERN TOURISMUS Marketing GmbH

Bei der turnusmäßigen Sitzung der Bayern Tourismus Marketing GmbH wählten die Aufsichtsratsmitglieder Bayerns neuen Wirtschaftsminister Martin Zeil einstimmig an die Spitze des Kontrollgremiums. Der Minister will die Stellung Bayerns als Tourismusland Nummer Eins in Deutschland weiter ausbauen.

„Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir dem Tourismusland und der Gesundheitsregion Bayern durch ein Paket an Initiativen neuen Schub verleihen“, so Zeil.

Eine schlagkräftige Werbung für Bayern im nationalen und internationalen Tourismusgeschäft habe hohe Priorität. Die by.TM habe in den letzten Jahren bewiesen, dass sie stets am Puls der Zeit ist. „Produkt, Strategie und Team der by.TM stimmen. Zusätzliche Herausforderungen in der aktuellen Aufsichtsratsperiode bis Ende 2010 möchte ich gemeinsam mit der by.TM offensiv angehen. Der Tourismus ist keine heile Insel, die sich von der derzeitigen Großwetterlage der Weltwirtschaft abkoppeln lässt. Wir werden auch beim Marketing auf die aktuellen Entwicklungen der Rahmenbedingungen reagieren und punktuell nachjustieren“, erklärte Zeil.

Bayern als Winterziel

Der Wirtschaftsminister beachtlich, die neuen Trends beim Internet-Marketing wie beispielsweise Web 2.0 verstärkt für das Reiseziel Bayern zu nutzen. Außerdem will er Bayern noch stärker als Winterziel vermark-

ten. Dazu gehöre das Werben für die Wintersportmöglichkeiten im Freistaat. „Eine bemerkenswerte hohe Zahl an Urlaubern fragt das nach und wir besitzen viel Qualität und Potenzial“, betonte er. Mit der Tourismuswerbung wolle man „ein Gefühl für Schnee-Bayern“ erzeugen. Das erhöhe zudem die Chancen für eine erfolgreiche Winterolympia-Bewerbung 2018 der Landeshauptstadt und ihrer Partner.

Zeil folgt als Aufsichtsratsvorsitzender seiner Amtsvorgängerin Emilia Müller. Die im Jahr 2000 gestartete BAYERN TOURISMUS Marketing GmbH ist die offizielle Marketinggesellschaft der bayerischen Tourismus- und Freizeitwirtschaft. Gesellschafter sind neben den vier regionalen Tourismusverbänden weitere Verbände wie der Bayerische Hotel- und Gaststättenverband, der Bayerische Heilbäderverband und Unternehmen wie die Europäische Reiseversicherung oder die beiden internationalen Flughäfen im Freistaat. Mit 24,3 Milliarden Euro Bruttotourismus, 572 000 Gästebetten und 76 Millionen Übernachtungen sichert die Leitökonomie Tourismus das Einkommen von mehr als 560 000 Einwohnern im Freistaat. **□**

Staatshaushalt und Finanzfragen: Vorsitzender Georg Winter (CSU), Diplomverwaltungswirt aus Höchststadt a. d. Donau/Schwaben; Stellvertreterin Adelheid Rupp (SPD), Rechtsanwältin aus München.

Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz: Vors. Franz Schindler (SPD), Rechtsanwalt aus Schwandorf/Oberpfalz; Stv. Petra Guttenberger (CSU) Oberregierungsrätin a. D. aus Fürth/Mittelfranken.

Kommunale Fragen und Innere Sicherheit: Vors. Dr. Gabriele Pauli (FW), Landrätin a. D. aus Zirndorf/Mittelfranken; Stv. Christian Meißner (CSU), Diplommjurist aus Lichtenfels/Oberfranken.

Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie: Vors. Erwin Huber (CSU), Staatsminister a. D. aus Reischbach/Dingolfing; Stv. Alexander Muthmann (FW), Jurist aus Freyung/Niederbayern.

Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Vors. Gerhard Eck (CSU), selbst. Bauleiter aus Donnersdorf/Schweinfurt; Stv. Adi Sprinkart (Grüne) Landwirt aus Waltenhofen/Schwaben.

Soziales, Familie und Arbeit: Vors. Brigitte Meyer (FDP), Bürgermeisterin a. D. aus Merching/Schwaben; Stv. Joachim Unterländer (CSU), Dipl. Verwaltungswirt aus München.

Hochschule, Forschung und Kultur: Vors. Bernd Sibling (CSU), Staatssekretär a. D. aus Plattling; Stv. Isabell Zacharias (SPD), Dipl. Oecotrophologin aus München.

Bildung, Jugend und Sport: Vors. Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD), Krankenpfleger aus München; Stv. Georg Eisenreich (CSU), Rechtsanwalt aus München.

Fragen des öffentlichen Dienstes: Vors. Ingrid Heckner (CSU), Berufsschullehrerin aus Kastl/Altötting; Stv. Stefan Schuster (SPD), Berufsfeuerwehrmann aus Nürnberg.

Eingaben und Beschwerden: Vors. Hans Joachim Werner (SPD), Journalist aus Ingolstadt; Stv. Sylvia Stierstorfer (CSU), Bankkauffrau aus Pfatter/Regensburg.

Bundes- und Europaangelegenheiten: Vors. Dr. Ursula Männle (CSU), Fachhochschulprofessorin aus Tutzing; Stv. Dr. Anette Bulfon (FDP), Apothekerin aus München.

Umwelt und Gesundheit: Vors. Dr. Christian Magerl (Grüne), Biologe aus Freising; Stv. Dr. Otto Hünnerkopf (CSU), Diplomingenieur aus Wiesentheid/Kitzingen. **rm**

Ab in Sonne und Schnee!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG
Bürgermeister Theo Rottmayer
85667 Oberpfarrmarn
am 17.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG
Bürgermeister Reinhold Stahl
97490 Poppenhausen
am 15.12.

Bürgermeister Josef Radler
97516 Oberschwarzach
am 19.12.

Bürgermeister
Richard Krebs
97836 Bischbrunn
am 20.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Bürgermeister Roland Grandel
89431 Bächingen
am 17.12.

Bürgermeister Johann Settele
86574 Petersdorf
am 20.12.

Oberbürgermeister
Norbert Kastner
96450 Coburg
am 23.12.

ZUM 50. GEBURTSTAG
Bürgermeister Fredy Arnold
97294 Unterpleichfeld
am 12.12.

ZUM 45. GEBURTSTAG
Bürgermeister Roland Krieger
87772 Pfaffenhausen
am 22.12.

ZUM 35. GEBURTSTAG
Bürgermeister Helmut Bauz
91186 Büchenbach
am 19.12.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Kinder mit geistiger Behinderung:

Integrative Beschulung forciert

Verband der bayerischen Bezirke und Kultusministerium stellen „Gemeinsame Empfehlungen“ vor

Kinder mit geistiger Behinderung können nach dem Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz Grundschulen besuchen, wenn sie in der Lage sind, aktiv am Unterricht teilzunehmen. Persönliche Assistenten, sog. Integrationshelfern/innen, unterstützen sie dabei. „Die bayerischen Bezirke begrüßen es sehr, dass diese Kinder damit eine Ausbildung erhalten, die bestmöglich auf sie zugeschnitten ist“, betonte Verbandspräsident Manfred Hölzlein in München.

Die Bezirke haben nun zusammen mit dem Kultusministerium „Gemeinsame Empfehlungen für den Einsatz von Integrationshelfern/innen“ erarbeitet, die am vergangenen Montag von Verbandspräsident Hölzlein und Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle unterzeichnet wurden. „Es war uns wichtig, die organisatorischen und fachlichen Rahmenbedingungen festzulegen und Rechts- und Planungssicherheit für Schulen, Eltern und Integrationshelfer zu schaffen“, fasste Hölzlein in einer Presseerklärung zusammen.

Die Bezirke werden die integrative Beschulung, eine wichtige Leistung der ambulanten Eingliederungshilfe, weiter ausbauen. Als nächsten Schritt kündigte der Präsident Empfehlungen für den Einsatz von Integrationshelfern im Förderschulbereich sowie für Kinder mit einer Körperbehinderung an. Auch hier setzte er auf die gute Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium.

„Die Erfolge bei der integrativen Beschulung sehen die Bezirke als ihren Beitrag zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung an, der am 3. Dezember 2008 die Bedeutung der Assistenz als einen wesentlichen Faktor für ein selbstbestimmtes Leben herausstellt“, resümierte Hölzlein. **□**



Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

Als Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) bin ich froh, dass der Koalitionsvertrag zwischen der CSU und der FDP auch wichtige kommunalpolitische Akzente enthält, die das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen unterstreichen. Es hat sich also gelohnt, dass wir uns rechtzeitig mit unseren Forderungen, die vom KPV-Hauptausschuss einstimmig verabschiedet und nach der Landtagswahl an die Verhandlungsführer der CSU überreicht wurden, in die Verhandlungen eingebracht haben. So wird auch künftig an dem geglied-



schten CSU und FDP eine Reihe weiterer Anregungen bzw. Forderungen, die die KPV eingebracht hatte: So muss die kommunale Daseinsvorsorge als Kernbestand des Selbstverwaltungsrechts erhalten bleiben. Insbesondere dürfen die Trinkwasserversorgung, die Abwasser- und Abfallbeseitigung nicht aus dem Entscheidungsbereich der Kommunen herausgelöst und gegen den Willen der Gemeinden für den freien Wettbewerb geöffnet werden.

Es freut uns, dass sich die neue Staatsregierung dazu bekennt, dass das Wesen des kommunalen Finanzausgleichs bestehen bleibt, damit die bayerischen Kommunen auch künftig im bundesweiten Vergleich finanziell gut dastehen.

Auch das Konnexitätsprinzip zum Schutz der Kommunen vor Aufgabenübertragungen ohne angemessenen Finanzausgleich wird nicht geändert. Wichtig war der KPV auch, dass die strukturschwachen Regionen durch eine zukunftsorientierte Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Landesteilen besonders berücksichtigt werden. Hierbei denke ich vor allem an eine schnelle Internetanbindung unterversorger Gebiete.

Im ländlichen Raum aber auch in den Ballungsräumen soll das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs gemeinsam mit den Kommunen weiter gestärkt werden.

Ich freue mich, dass im Koalitionsvertrag steht, dass die neue Staatsregierung auch künftig allen Menschen flächendeckend in ganz Bayern eine wohnortnahe medizinische Versorgung zur Verfügung stellen möchte. Dies umfasst eine qualitativ hochwertige ambulante Versorgung ebenso wie die gute stationäre Versorgung durch Krankenhäuser.

Daneben sollen größere staatliche Anreize in Form von Förderprogrammen den Einsatz und die technische Weiterentwicklung von alternativen Energien vorantreiben.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, allen Verhandlungsführern der CSU, allen voran Herrn Ministerpräsident Horst Seehofer, seinem Vorgänger Dr. Günther Beckstein, dem ehemaligen Parteivorsitzenden der CSU, Erwin Huber, dem Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid wie auch allen Fachministern persönlich wie auch im Namen der KPV für ihren Einsatz und ihre Beharrlichkeit zu danken.

Ihr Stefan Rößle

Forderungen der KPV im Koalitionsvertrag berücksichtigt

ten Schulsystem in Bayern und der 4-jährigen Grundschule festgehalten. Unsere Forderungen haben bewirkt, dass der Koalitionsvertrag nun vorsieht, die Haupt- und Realschulen als eigenständige Schularten zu erhalten.

Die von der FDP angedachten Regionalschulen hingegen erhielten eine Absage. Mit der Mischung von Haupt- und Realschule hätten wir ein qualitativ schlechteres Bildungsangebot, das zu Lasten der individuellen Förderung der Schulkinder und ihrer Stärken und Schwächen geht. Das jetzige Schulsystem, das sicherlich noch optimiert werden kann, bietet beste Möglichkeiten für eine möglichst individuelle Förderung unserer Schülerinnen und Schüler.

Die KPV steht für einen landesweiten bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagschulen und für eine qualitative Aufwertung unserer Hauptschulen. Die Koalitionspartner verständigten sich darauf, dass je Regierungsbezirk Kooperationen zwischen Haupt- und Realschulen erprobt werden sollen, dies aber nur im Einvernehmen mit den betroffenen Landkreisen, Gemeinden, Schulen und Eltern. Ich möchte nicht verschweigen, dass ich sehr erleichtert bin, dass eine Fusion von Real- und Hauptschule damit vom Tisch ist.

Daneben enthält der Koalitionsvertrag zwei-

Gemeinsame Europa-Erklärung der Kommunalen Spitzenverbände:

Mehr Bürgernähe durch starke Kommunen!

Die kommunalen Spitzenverbände haben sich für eine Stärkung von Städten, Landkreisen und Gemeinden in Europa ausgesprochen. Anlässlich einer gemeinsamen Veranstaltung in Brüssel verabschiedeten sie im Beisein hochrangiger Europapolitiker die Erklärung „Mehr Bürgernähe durch starke Kommunen in Europa!“ und machten deutlich, dass gesamteuropäische Herausforderungen wie die Globalisierung, die demografische Entwicklung, der Klimawandel oder die gleich bleibend gute Versorgung der Bürger mit Dienstleistungen nur mit starken Kommunen zu bewältigen sind. Europa benötigt nach Ansicht der kommunalen Spitzenverbände ein respektvolles und gleichberechtigtes Miteinander von EU, Bund, Ländern und Kommunen, um auch in Zukunft erfolgreich und bürgernah agieren zu können.

Nürnbergers Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Vorsitzender der deutschen Delegation im Ausschuss der Regionen (AdR) und Präsidentsmitglied des Deutschen Städtetages, schlug die Entwicklung einer regionalen Kommunikationsstrategie vor, um das Wissen über die EU mit den konkreten Lebensumständen der Menschen zu verbinden: „Europa muss nicht nur in den Köpfen ankommen, sondern auch in den Herzen.“

Kommunikationsoffensiven

Da es eine gesamteuropäische Öffentlichkeit nicht gibt, muss die Kommunikation über die EU-Politik in erster Linie innerhalb der Nationalstaaten und dort regional sowie lokal erfolgen. Bislang gibt es eine Vielzahl von Kommunikationsoffensiven der EU, aber eine regionalspezifische Kommunikationsstrategie fehlt.

Denkbar wäre es etwa, im

Rahmen eines Wettbewerbs Modellregionen auszuwählen, in denen die EU gemeinsam mit regionalen Partnern Kommunikationsfahrpläne entwickelt. Wir brauchen wieder eine Diskussions- und Debattenkultur zur Europäischen Union.“

Halt und Verlässlichkeit in der Heimatregion

„In einer zunehmend globalisierten Welt suchen die Menschen Halt und Verlässlichkeit – und diese finden Sie in ihren Heimatregionen, ihren Städten und Gemeinden“, erklärte Bauzens Oberbürgermeister Christian Schramm, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. „Vertrauen in Europa, den Staat und die Politik beginnt auf der örtlichen Ebene – starke Kommunen und kommunalwirtschaftliche Strukturen sind unverzichtbar, wenn Europa gelingen soll. Ohne, geschweige denn gegen die Kommunen wird das

europäische Einigungswerk misslingen“, so Schramm weiter. „Wir erwarten von der EU die Lösung der europäischen und globalen Probleme und möchten sie dabei auch unterstützen – auf der kommunalen Ebene aber sind die Städte, Kreise und Gemeinden die am besten geeignete und demokratisch legitimierte Ebene, um die Bedürfnisse und Erwartungen der Menschen zu erfüllen.“

Prinzip dezentraler und effizienzorientierter Verwaltung

Der Uelzener Landrat Dr. Theodor Elster, Vorsitzender des Verfassungs- und Europaausschusses des Deutschen Landkreistages, sagte, dass von dem reformierten EU-Vertrag für die deutschen Kommunen ein deutlicher Impuls zur Anerkennung kommunaler Selbstverwaltung in Europa ausgehe: „Erstmals nimmt die europäische Staatengemeinschaft ausdrücklich Bezug auf die kommunale Selbstverwaltung und verankert dieses Prinzip dezentraler, bürgernaher, transparenter und effizienzorientierter Verwaltung fest im EU-Recht. Nur mit starken und funktionierenden Kommunen ist es möglich, ein starkes Europa der Bürger zu bauen.“ Daher müsse weiter nach Wegen gesucht werden, den Reformvertrag zu verabschieden. DK

Religionsunterricht in offener Gesellschaft

Fachkongress von Hanns-Seidel-Stiftung und Religionspädagogischem Zentrum

Im Religionsunterricht lernen Schülerinnen und Schüler, die Frage nach dem Sinn ihres Lebens vernünftig zu beantworten. Damit leistet religiöse Bildung einen eigenständigen Beitrag zur Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Experten und Wissenschaftler aus den Bereichen Philosophie, Theologie, Physik, Kunst und Jura diskutierten auf dem Fachkongress „Religiöse Bildung in offener Gesellschaft“ der Hanns-Seidel-Stiftung, des Religionspädagogischen Zentrums in Bayern und des Katholischen Schulkommissariats über die Aufgaben des Religionsunterrichts in der pluralen Gesellschaft. Bildung, so der Tenor, soll Kinder und Jugendliche befähigen, sich die Welt naturwissenschaftlich, sprachlich-künstlerisch, ethisch und religiös zu erschließen. Alle vier Zugänge zur Welt gehören untrennbar zusammen, wenn Bildung vollständig sein soll, lautet die Botschaft an die nahezu 500 Teilnehmer aus ganz Bayern.

Der Erzbischof von München und Freising, Reinhard Marx, forderte, für den Religionsunterricht zu kämpfen. Die Diskussion über den Religionsunterricht sei Teil des gesamtgesellschaftlichen Ringens um gemeinsame Ziele und Werte. Die Kirche müsse das Zukunftspotenzial des Christentums verdeutlichen.

Der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Hans Zehetmair, unterstrich die Bedeutung des Religionsunterrichts. Bildung könne nicht auf die berufliche Verwertbarkeit von Wissen reduziert werden. Der Religionsunterricht garantiere durch sein Sinnfundament eine ganzheitliche Erziehung im Rahmen des gemeinsamen Wertehorizonts.

Wer religiöse Bildung zu Privatsache macht, erschwert Heranwachsenden die Entwicklung einer unabhängigen Urteilsfähigkeit. Das betonte in seinem einleitenden Referat Wilhelm Vossenkuhl, Professor für Philoso-

phie an der Universität München. Religiöse Bildung stärke Schülerinnen und Schüler in ihrer Kritikfähigkeit gegenüber ideologischen Verkürzungen. Deshalb gehöre Religionsunterricht in die Schule. Ethikunterricht allein leiste das nicht.

In der anschließenden Diskussion forderte der Physik-Didaktiker Thomas Görnitz, frühere Verkämpfungen im Verhältnis von Physik und Theologie zu überwinden. Die Quantenmechanik habe den radikalen Determinismus des 19. Jahrhunderts schon lange überwunden. Physikalische Welterklärung und theologisches Denken ergänzen einander.

Oberkirchenrat Detlev Bierbaum verwies darauf, dass die Schule nicht nur zum Erkennen, sondern auch zu gesellschaftlich wirksamen Handeln erziehe. Die Antworten auf die Fragen nach dem Sinn des Lebens prägten das Handeln entscheidend. Der Religionsunterricht sei daher das

Forum, grundlegende Lebensfragen zu diskutieren und sinnbezogene Lebenspraxis erproben.

Der Jurist Matthias Jestaedt betrachtet den Religionsunterricht nicht als Privileg, sondern als eine Dienstleistung der Kirchen, die der Staat für sich in Anspruch nimmt. Aufgabe des Religionsunterrichts sei es, gemeinschaftsstabilisierende Grundlagenarbeit zu leisten. Er eröffne Schülern das Gespräch über jene Sinn- und Werthorizonte, die das Grundgesetz und seine Betonung der Würde des Menschen voraussetzen.

Für den Theologen Bernhard Dressler ist der Religionsunterricht unverzichtbar, weil schulische Bildung und Erziehung zur aktiven Partizipation an der Gesellschaft befähige. Dazu gehöre auch die reflektierte und aktive Religionsausübung als Teil der positiven Religionsfreiheit.

Der Generaldirektor der Bayer. Staatsgemaldegalerie, Professor Reinhold Baumstark, betonte den Zusammenhang zwischen Kunst und Religion. Kunst öffne Menschen emotional für bedeutsame Lebenssituationen. Dem Fach Religion komme die Aufgabe zu, diese Erfahrungen zu entschlüsseln und zu deuten.

Prälät Erich Pfanzelt lehnte eine neutrale Religionskunde nachdrücklich ab. Der Religionsunterricht helfe den Schülern, einen eigenen Standpunkt in Glaubensfragen zu gewinnen und mache sie so in einer offenen Gesellschaft dialogfähig.

Ministerialdirigent Josef Erhard, der Kultusminister Spaenle vertrat, hob hervor, dass Religionsunterricht die Stabilität der Gesellschaft fördere, weil er das Interesse von Kindern nach Zugehörigkeit und Teilhabe, Wertorientierung und nach Klärung der Sinnfrage anspreche. □



Hanns Seidel Stiftung

Weiterbildung – ein Thema für alle!

Wir schulen in politischen Grundlagen, Landes- und Zeitgeschichte, Kommunalpolitik, Vereinspraxis, Ethik, Rhetorik und in fast allen Politikbereichen

„Wir vermitteln in unseren Seminaren Handlungs- und Entscheidungshilfen sowie Wertvorstellungen zu wichtigen gesellschaftspolitischen Themenfeldern.“

Dr. h.c. mult.
Hans Zehetmair
Staatsminister a.D.
Vorsitzender der
Hanns-Seidel-Stiftung



Jahresprogramm neu erschienen

Jahresprogramm bestellen
Fax 089 / 12 58 - 338
organisation-bw@hss.de

Jahresprogramm online ansehen
www.hss.de/1319.shtml

Seminar Datenbank nutzen und online Interesse bekunden
www.hss.de/seminare.shtml

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Bildungswerk
Lazarettstraße 33
80636 München

72 Seiten,
ca. 1.000 Seminare,
jährlich fast 60.000 Teilnehmer

POLITISCHE BILDUNG
JAHRESPROGRAMM 2009

BILDUNG · WISSEN · DIALOG



Hanns Seidel Stiftung

www.hss.de

Lebensraum Schule ...

(Fortsetzung von Seite 1)

tionsvertrag sei auch ein großer Erfolg seines Vorgängers Siegfried Schneider. Es sei gelungen, die wichtigsten CSU-Grundüberzeugungen einzubringen.

Der neueste Pisa-Ländervergleich habe gezeigt, dass die bayerischen Schüler international und national der Spitzengruppe angehören, so Spaenle. National belegten sie knapp hinter ihren sächsischen Mitschülern in allen Kompetenzbereichen Rang 2. Erhoben wurden die Kompetenzen von 15-jährigen Schülern aller Schularten in 57 Staaten. Bayerns Schüler rangierten international in den Naturwissenschaften, die bei der jüngsten Erhebung im Fokus des Interesses der Bildungsforscher standen, auf Platz 4, beim Lesen und in Mathematik jeweils auf Platz 8. „Das differenzierte Schulwesen Bayerns befähigt die Schüler mit ihren unterschiedlichen Begabungen zu sehr guten Leistungen“, kommentierte der Minister die Ergebnisse des Ländervergleichs. Allerdings bedürfe die Durchlässigkeit des Systems einer Verbesserung.

Soziale Durchlässigkeit

Als herausragend bewertete Spaenle aber zunächst das Pisa-Ergebnis, wonach die soziale Durchlässigkeit, sprich das Erreichen eines weiterführenden Schulabschlusses unabhängig von der Herkunft, sich innerhalb eines knappen Jahrzehnts sehr gebessert habe. Die Chance, dass ein Arbeiterkind den Zugang zum Abitur findet, habe sich um zwei Drittel erhöht. Bemerkenswert sei auch, dass 40 Prozent der Schüler ihre Hochschulreife nicht über den Gymnasiums-weg erlangen. Die Neuordnung des Übertritts und der flächendeckende Ausbau der beruflichen Oberschule zu einem zweiten gleichwertigen Weg zur Hochschule spielten hierbei eine zentrale Rolle. Als „beinahe beschämend“ wertete Spaenle hingegen die Chancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf einen weiterführenden Schulabschluss - und das, obwohl sie mit einer „hervorragenden Leistungsfähigkeit“ aufzuwarten hätten. Hier gelte es, unbedingt Abhilfe zu schaffen.

Regionalschulen gefährden Hauptschulstandorte

Das Thema Hauptschule wiederum sei als „Aufgabe mit hohem Kreativitätsanspruch und hohem politischem Erregungsgrad“ zu bezeichnen. In der Fläche gehe es darum, Hauptschulen standortnah zu erhalten. Hier müsse im Zusammenwirken mit Wirtschaft, Handwerk, Schulverbänden und Zweckverbänden eine kluge Strategie entwickelt werden. Auch sei darüber nachzudenken, ob die Trägerschaft im Hauptschulbereich nicht auf die Landkreise übertragen werden muss.

Ebenso wie die KPV ist auch der neue Kultusminister der Ansicht, dass die vom BLLV favorisierte Einführung von Regionalschulen in Bayern ein qualitativ schlechteres Bildungsangebot zur Folge hätte, das zu Lasten der individuellen Förderung der Schulkinder und ihrer Stärken und Schwächen ginge. Mehrere hundert Hauptschulstandorte wären nicht mehr haltbar. Zudem kämen auf die Kommunen Investitionen in Millionenhöhe zu.

Der Koalitionsvertrag sehe „ohne Wenn und Aber“ vor, dass die Haupt- und Realschulen als eigenständige Schularten erhalten bleiben. Künftig dürften regionale Modellversuche zugelassen werden, die das wohnortnahe Angebot attraktiver Schulabschlüsse ermöglichen. Derarti-

ge Kooperationsmodelle zwischen Haupt- und Realschulen sollen aber nur eingerichtet werden können, wenn sie im Einvernehmen mit den betroffenen Landkreisen, Gemeinden, Schulen und Eltern erfolgen. Dabei habe „Kindzentriertes Denken“ Vorrang.

Ganztagsangebote

Um den veränderten Bedingungen Rechnung zu tragen, müssten auch die Ganztagsangebote erweitert werden, fuhr Spaenle fort. Im Gespräch ist derzeit, ob der Staat bei gebundenen und ungebundenen Formen die Trägerschaft übernimmt.

Was das Übertrittsverfahren anbelangt, so soll künftig der Elternwille stärker gewichtet werden, betonte Spaenle. Das Übertrittszeugnis werde eine Schullaufbahnpflicht beinhalten, der Leistungsbezug bleibt erhalten. Die fünfte Jahrgangsstufe solle in eine flexible „Gelenkkategorie“ umgestaltet werden, die den Übertritt auf andere Schularten erleichtere. Es gelte, das Kind „zu treuen Händen“ weiter zu begleiten.

R6 und G8 senken die Wiederholerquoten

Eindeutig auch die Positionierung des Ministers beim Thema G 8: „Das Gymnasium braucht Ruhe, Qualitätsorientierung, Planbarkeit und Solidarität.“ Immerhin, so Spaenle, habe sich die Zahl der Durchgefallenen im ersten G 8-Zug (jetzt 9. Klasse) um ein Drittel reduziert. Ähnliches beobachte man an Realschulen. Spaenle Resümee: „In punkto Bildungschancen hat sich das differenzierte Schulwesen um zwei Drittel verbessert; R6 und G8 senken die Wiederholerquoten.“

„Ein nicht ganz unerfreuliches Zwischenergebnis - wenngleich auch nicht alle Forderungen er-

füllt werden konnten“ - wusste Vorsitzender Rößle bei den KPV-Verhandlungen zum Kommunalen Finanzausgleich mit u. a. Kommunalminister Joachim Herrmann und Wirtschaftsstaatssekretär Franz Pschierer zu erzielen. „Es bleibt zu hoffen, dass die neuen Entwicklungen in der bayerischen Landesbank die bisher erreichten Erfolge nicht zu nichte machen und beim Gespräch mit den Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände am 4. Dezember ein insgesamt gutes Ergebnis erzielt wird“, erklärte Rößle.

Drei Aspekte

Im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs 2009 ging es der KPV darum, drei Aspekte besonders hervorheben: die Schaffung weiterer Investitionsanreize insbesondere vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung, die Stärkung der Infrastruktur sowie weitere Verbesserungen für einen möglichst gerechten Finanzausgleich.

Als Zwischenergebnis kann festgehalten werden:

1. Die Forderung der KPV, dass die bereinigten Finanzausgleichsleistungen des Freistaats Bayern insgesamt mindestens im gleichen Verhältnis steigen müssen wie die Gesamteinnahmen des Freistaats (+ 5,5%; d. h. um ca. 336 Mio. Euro) wurde zur Kenntnis genommen. Eine Ablehnung ist nicht erfolgt.

2. Als äußerst positiv darf gewertet werden, dass die Schlüsselzuweisungen um ca. 6% (nach jetzigem Stand um ca. 146,8 Mio. Euro) steigen werden. Die Erhöhung erfolgt aus den Mitteln des allgemeinen Steuerverbands, die um 156,8 Mio. Euro steigen.

Eine Anhebung des Anteils aus dem allgemeinen Steuerverband von derzeit 11,7 % auf mindestens 12 % ist aus Sicht der KPV dennoch zwingend erforderlich, um folgende Probleme lösen zu können: Erhöhung der Hochbaufördermittel - wenn möglich

um 100 Mio. Euro, Erhöhung der Mindestinvestitionspauschale auf 25.000 Euro sowie der allgemeinen Investitionspauschale und schließlich mehr Gerechtigkeit im Sozialhilfeausgleich.

3. Die Forderung der KPV, den Anteil der Kfz-Steuer von 50 auf 55 Prozent zu erhöhen, wurde zur Kenntnis genommen; wider-sprochen wurde dieser Forderung nicht. Nach Auffassung der KPV ist es zwingend erforderlich, dass die GVFG-Mittel wieder auf den ursprünglichen Stand von 160 Mio. Euro angehoben werden. Hierzu sind die vorhandenen GVFG-Mittel durch den Freistaat aufzustocken.

4. Es wurde vereinbart, dass eine Erhöhung der Krankenhausinvestitionsfördermittel erforderlich ist. Neben einem notwendigen Investitionsanreiz für eine verbesserte, wohnortnahe Krankenhausversorgung ist dies auch ein wichtiges Signal für die Beibehaltung der dualen Finanzierung.

5. Außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs war der Wunsch nach einer flächendeckenden Breitbandversorgung innerhalb der nächsten drei Jahre ein weiteres kommunales Anliegen. Mit Innenminister Herrmann wurde zudem vereinbart, bei der Finanzierung des Digitalfunks möglichst zeitnah eine Lösung zu finden. Die KPV erachtet es für notwendig, dass der Freistaat Bayern die Betriebskosten hierfür vollständig übernimmt.

Schließlich erklärten die Vertreter des Finanzministeriums auf Anregung von Bürgermeister Heinrich Lenz, dass das Bundes-Länder-Programm zur Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen auf jeden Fall fortgesetzt wird. Herrmann kündigte an, dass der Freistaat Bayern seine Mittel hierfür verdoppeln möchte; ein gleicher Anteil der Fördermittel kommt vom Bund; ein Drittel haben die Kommunen selber zu finanzieren. Diesbezüglich besteht zwischen den Verhandlungspartnern Einvernehmen. **DK**

Landtag und Staatsregierung die Zuständigkeit bei der Hilfe zur Pflege endlich bei Städten und Landkreisen zusammenführen.“

„Die Städte wollen für Senioren möglichst gute Bedingungen schaffen.“ Wenn alte Menschen Pflege brauchen, sollten sie schnell und effizient Hilfe am Ort bekommen, so der Vorsitzende. „Vor Ort, das ist nicht die große Verwaltung in der Bezirkshauptstadt, sondern es sind die kreisfreien Städte und die Landkreise, die zusammen mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden die Ortskenntnis haben.“

Tatsache sei, „dass es die Städte sind, die in der Hilfe zur Pflege am besten in der Lage sind, für Senioren das örtliche Netz in der Pflegehilfe weiter auszubauen“. Ambulante und stationäre Pflegeleistungen reichten von der betreuten Wohngruppe für Senioren, Essen auf Rädern und Heimpflegediensten bis zum Pflegeheim. Schaidinger: „Senioren brauchen kurze Wege. Städte und Landkreise kennen die Bedürfnisse der Menschen. Sie können die nötigen Einrichtungen schaffen und Leistungen zielgenau steuern.“

Die neue Koalitionsregierung habe den Grundsatz der Subsidiarität im Verhältnis zwischen Staat und Kommunen zum Leit-satz erklärt. Der Koalitionsvertrag kündige auch an, dass er die Aufgabenverteilung zwischen den kommunalen Ebenen verbessern will. „Wir gehen davon aus, dass die Staatsregierung das ernst meint“, erklärte der Städtetagschef. „Eine erste Nagelprobe kann die neue Staatsregierung bereits jetzt bestehen: mit der Verlagerung der Kompetenzen für die Hilfe zur Pflege auf Städte und Kreise.“ **DK**

Rückgrat der Partei ...

(Fortsetzung von Seite 1)

nen - trotz deutlich besserer Zahlen - noch lange nicht überwunden, so Götz weiter. Demokratie habe nur eine Chance, wenn es immer wieder hervorragende Persönlichkeiten gebe, die sich für das Gemeinwohl einsetzen: „Ich kann Ihnen versichern, wir werden auch in Zukunft in unserer KPV dafür arbeiten und kämpfen, dass sich die Rahmenbedingungen für die Städte, Gemeinden und Kreise weiter verbessern“, betonte der Bundesvorsitzende.

Wie Götz hervorhob, „brauchen wir weder eine Zwangsente-kommunalisierung bei der Wasserversorgung noch Vorschläge der EU-Kommission für die Gestaltung der Sonnenschirme in unseren Fußgängerzonen“. Die Kommunen in Deutschland seien stark genug, im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung eigenverantwortlich die für sie richtigen Entscheidungen zu treffen.

„Wer bestellt - bezahlt“

Für die Verankerung des Grundsatzes „wer bestellt - bezahlt“ im Grundgesetz und in den Landesverfassungen habe die KPV lange gekämpft. Götz: „Für uns ist und bleibt die Kommunale Selbstverwaltung ein staatspolitisches Ordnungsprinzip, dem eine größere gesellschaftliche Bedeutung zu kommen muss. Wir wollen auf der unteren politischen Ebene ein Höchstmaß an eigener Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit und Finanzautonomie. Nicht alles zwischen Flensburg und Passau muss einheitlich geregelt sein.“

Gute Kommunalpolitik führe zu einem gesunden Wettbewerb um bessere Lösungen, führte der KPV-Vorsitzende aus. „Wir in der KPV gehen auch nach 60 Jahren vom Grundsatz aus, dass der Staat nichts an sich ziehen soll, was Menschen unmittelbar und füreinander tun können. Deshalb ist es gut, ehrenamtliche Kommunalpolitik und bürgerschaftliches Engagement immer wieder zu ermuntern und zu unterstützen.“ CDU und CSU seien seit 60 Jahren die Kommunalparteien in Deutschland. „Ich bin fest davon überzeugt, dass das auch in Zukunft so sein wird. Lassen Sie uns dafür arbeiten!“ so Götz' abschließender Appell.

Foren

In fünf verschiedenen Foren - „Privat vor Staat? Grundsätze auf dem Prüfstand“, „Privatisieren und Regulieren? - Erfahrungen aus den Bereichen Energie, Telekommunikation, Post und Eisenbahn“, „Partnerschaft oder Wettbewerb? PPP und interkommunale Zusammenarbeit“, „Zukunft der Sparkassen“ und „Soziale Vorsorge - Neue Aufgaben im 21. Jahrhundert“ - tauschten sich anschließend prominente Experten wie Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen, Dr. Stephan Articus, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages, Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Hans-Jörg Duppré, Landrat und Präsident des Deutschen Landkreistages, NRW-Finanzminister Helmut Linsse, der Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Michael Breuer, sowie Landrat Stefan Rößle, Vorsitzender der KPV der CSU, über die Zukunftsfähigkeit und ein menschenwürdiges Leben in den Städten, Gemeinden und Kreisen aus.

Kommunale Daseinsvorsorge, so der Tenor, bedeute für den Bürger Sicherheit und Lebensqualität - real wie emotional. Eine Antwort auf die fortschreibende

Globalisierung könne also nur sein: „Wir brauchen Verantwortung und Entscheidungsfreiheit vor Ort. Nur dann können Kommunen eine starke Politik für selbstbewusste Bürger machen.“

Sicherung der Lebensqualität vor Ort

Verabschiedet wurden zehn Thesen zur nachhaltigen Sicherung der Lebensqualität vor Ort. So wird bei der Ansiedlung der Daseinsvorsorge in der kommunalen Selbstverwaltung auch eine demokratische Legitimation und Kontrolle wahrgenommen, zudem werden Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit garantiert. Die KPV plädiert darüber hinaus für kleine Einheiten. Überschaubare Größenordnung und klare Strukturen erleichtern die Steuerung vor Ort und reduzierten Abhängigkeiten. Dabei seien freiwillige Kooperationen und Zusammenschlüsse zwischen Kommunen durchaus ein erfolgreiches Mittel. Im Ergebnis forderte die KPV für das Regierungsprogramm 2009

1. eine klare Positionierung gegenüber der EU sowie Durchsetzung des Respekts und der Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung und insbesondere der kommunalen Gestaltungsfreiheit im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge.

2. eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunaler Selbstverwaltung als eine Antwort auf die Globalisierung.

3. einen Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit und einen Abbau der Zusammenarbeit entgegenstehenden Hürden insbesondere im Vergaberecht.

4. eine Vereinfachung der Voraussetzungen für Maßnahmen in öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP-Vereinfachungsgesetz)

5. einen grundsätzlichen Verbleib netzgebundener Infrastruktur in der öffentlichen Hand, wenn am Betrieb Private beteiligt werden sollen.

6. den Erhalt der kommunalen Entscheidungshoheit insbesondere im Wasserver- und Abwasserentsorgungsbereich.

7. eine Vereinfachung des Vergaberichts auch auf europäischer Ebene und eine Erweiterung der freien Vergabe.

8. einen Ausbau der Möglichkeiten durch Konzessionen rechtssichere Unternehmen mit der Leistungserbringung beauftragen zu können.

9. den Erhalt und die Stärkung der öffentlich-rechtlichen Sparkassen als dritte Säule unseres Finanzwesens und eine stabile kommunale Verankerung zur Entwicklung der Wirtschaft, des kulturellen Lebens und des Zusammenhalts vor Ort.

10. die Aufnahme des Dialogs zwischen Bund/Ländern mit den Kommunen für eine bessere Verzahnung und Qualität der Bildungseinrichtungen.

11. die Entwicklung einer starken kommunalen Rolle in der zukünftigen Arbeitsmarktpolitik.

Mit Blick auf Punkt 11 appellierte die KPV an Bund und Länder, die Nachfolgeregelungen zur Betreuung der Arbeitssuchenden durch die ARGEn sorgsam zu überprüfen und die Leistungen aus einer Hand zusammen mit den Kommunen zu gewährleisten. Eine Anstalt öffentlichen Rechts wird abgelehnt.

Zudem forderte die KPV CDU/CSU- und SPD-Bundestagsfraktion auf, einen Beschluss des Bundesrates umzusetzen bzw. einen eigenen Gesetzentwurf zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit auf den Weg zu bringen, mit dem die Kürzung von Aufwandsentschädigungen aus Ehrenämtern aufgrund der Sozialversicherungspflicht abgeschafft wird. **DK**

Verlässliche Aussagen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

punkten zur Schulpolitik aufgeschlossen gezeigt, sich aber mit konkreten Aussagen auffallend zurückgehalten. Nun brauchen wir endlich klare Antworten auf unsere Fragen: Welche Bedarfsprognosen legt der Staat an, wenn er den Ausbau der Ganztagschule flächendeckend und bedarfsgerecht in Aussicht stellt? Wie viel investiert der Staat in den Ausbau? Wie viel Personal stellt der Staat zur Verfügung? Welche Belastungen kommen auf die Kommunen zu?“

Finanzierungsprogramm

Die Städte als Träger des Sachaufwands erwarteten ein klares Finanzierungsprogramm für den Bau von Ganztagschulen. Die Kommunen müssten in ihren Haushalten rechtzeitig einplanen, welche Investitionen für Neubau, Aus- und Umbau von Schulen auf sie zukommen und welche Zuschüsse zu erwarten sind. Schaidinger: „Wir erwarten ein klares Bekenntnis, dass Ganztagschulen keine kommunale, sondern eine staatliche Veranstaltung sind.“ Im Gegenzug seien Städte und Gemeinden bereit, sich an den Kosten für die Mittagsbetreuung zu beteiligen.

Mit dem Angebot der bisherigen Staatsregierung, bis zum Jahr 2013 an 600 von insgesamt über 1.000 Standorten Ganztagschulen zu schaffen, ist es laut Städtetag nicht getan. Auch das bislang genannte Ausbauziel von 500 Ganztagsgrundschulen sei bei der Gesamtzahl von 2.300 staatlichen Grundschulen zu gering. Für Gymnasien, Realschulen und Wirtschaftsschulen

fehlten konkrete Aussagen zum Ausbau von Ganztagsplätzen.

Verlässliche Aussagen forderte Schaidinger beim Thema Kinderbetreuung ein. „Wenn der Bund den gesetzlichen Rahmen für eine bessere Betreuung von Kindern steckt, ist das grundsätzlich eine gute Sache. Doch es kann nicht angehen, dass der Bund etwas verspricht, aber die Kommunen zahlen müssen. Jeder muss seinen Teil tragen, da dürfen sich die Länder nicht drücken“, so der Städtetagsvorsitzende. Der Freistaat habe darüber Auskunft zu geben, wie er den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren unterstützen will.

Kinderförderungsgesetz

Ende September 2008 hat der Deutsche Bundestag das Kinderförderungsgesetz verabschiedet: Der Bund unterstützt die Investitionskosten für den Ausbau der Kinderbetreuung bis 2013 mit vier Milliarden Euro; insgesamt wird bundesweit mit Ausbaukosten von rund 12 Milliarden Euro gerechnet. Bis 2013 sollen in Bayern zusätzlich 60.000 Krippenplätze und Plätze in Tagespflege geschaffen werden; damit kann der Bedarf für knapp ein Drittel der Kinder unter drei Jahren gedeckt werden.

Beim Thema „Hilfe zur Pflege“ meinte Schaidinger schließlich: „Seit Jahren klagen wir über Drehtreffekte, weil sich ambulante und stationäre Träger Aufgaben und Ausgaben zuschieben. Wenn wir uns nun im Grundsatz einig sind, dass ambulante und stationäre Hilfen in eine Hand gehören, dann müssen

VBS-Jahrestagung 2008 in Lindau:

Klimawandel zwingt zum Umdenken

Bayerische Entsorgungswirtschaft geht voran

Ganz im Zeichen des globalen Klimawandels stand die Jahrestagung des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) in Lindau. Nach einer aktuellen Studie des bifa Umweltinstituts trägt die bayerische Entsorgungswirtschaft mit einer jährlichen Einsparung von umgerechnet rund 13 Millionen Tonnen klimaschädlichem CO₂ erheblich zum Klimaschutz bei.

An der mit über 300 Teilnehmern außerordentlich gut besuchten öffentlichen Hauptveranstaltung nahmen Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Rommel (bifa Umweltinstitut), Dr. Bernd Matthes (Vizepräsident a. D. LfU), Peter Gündling (International Consult) und Otto Heinz (VBS-Präsident) teil. Mit großem Interesse verfolgten die Tagungsgäste auch die beiden Fachveranstaltungen mit Dr. Benedikt Rüdhardt, Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft („Reformstand Erbschaftssteuer“) sowie die Nassabfallveranstaltung mit BDE-Vizepräsident Andreas Bankamp („PPP in der Wasserwirtschaft“) und Eva Hamatschek, ATZ Entwicklungszentrum („sludge2energy“).

„Klimaschutz durch eine effektive Kreislaufwirtschaft ist kein Luxus“

Es herrschte allgemeine Einigkeit darüber, dass Klimaschutz das Megathema der näheren Zukunft ist und eine funktionierende Kreislaufwirtschaft hierzu einen wichtigen Beitrag leisten kann. VBS-Präsident Otto Heinz: „Klimaschutz durch eine effektive Kreislaufwirtschaft ist kein Luxus. Vielmehr wäre es Luxus, auf das große Potenzial von Sekundärrohstoffen zu verzichten, die sich aus dem Abfall gewinnen lassen.“

Das Landesamt für Umwelt in Augsburg unterstützt laut LfU-Vizepräsident a. D. Bernd Matthes seit vielen Jahren alle Aktivitäten der Abfallwirtschaft zum Klimaschutz. Ziel sei es, unter Berücksichtigung der speziellen Gegebenheiten in Bayern die noch vorhandenen CO₂-Einsparpotenziale unter Beachtung der Kosten-Nutzen-Relation bestmöglich auszuschöpfen und parallel dazu Forschungslücken zu schließen.

Zentrale Rolle

Neben den klassischen Zielen der Abfallwirtschaft wie schadlose Beseitigung und Ressourcenschonung durch z. B. Abfallvermeidung und -verwertung (Recycling) werde zunehmend der Beitrag der Abfallwirtschaft zum Klimaschutz diskutiert. Nach vorliegenden Studien nehme die Abfallwirtschaft hier durchaus eine zentrale Rolle ein. Sie habe bislang bereits zu rund einem Fünftel zu dem im Kyoto-Protokoll für Deutschland vereinbarten Treibhausgas-Minderungsziel beigetragen. Dies ist Matthes zufolge überwiegend auf die Beendigung der Deponierung von unbehandelten organischen Abfällen und damit der Vermeidung klimarelevanter Deponiegase zurück zu führen.

Die Abfallwirtschaft umfasse aber ein wesentlich weiteres Spektrum, in dem klimarelevante Prozesse positiv beeinflusst werden sollen bzw. negativ beeinflusst werden können. Matthes nannte in diesem Zusammenhang u. a. die klimaneutrale Nutzung der organischen Abfallanteile in z. B. Bioabfallvergärungsanlagen oder Müllheizkraftwerken (hierdurch würden bereits rund 1 % des gesamten Energiebedarfs Bayerns bereitgestellt), die Chancen und

ern werden pro Einwohner im Durchschnitt über 25 kg Behälterglas im Jahr getrennt gesammelt und wieder verwertet.

Hohe Einsparpotenziale

Wie Umweltstaatssekretär Dr. Marcel Huber bemerkte, liegen in der Behandlung und Verwertung von Abfällen ungeahnte, riesige CO₂-Einsparpotenziale. Würden die EU-Staaten die deutschen Anforderungen, keinen Abfall mehr unbehandelt zu deponieren, erfüllen, könnte die europäische CO₂-Bilanz rosiger aussehen. Im Freistaat sorgten die thermische Behandlung und die hocheffektive Verwertung dafür, dass jährlich etwa 13 Millionen Tonnen CO₂ vermieden werden. So spare die Wiederverwendung von Aluminium beispielsweise bis zu 95 Prozent an Energie und damit klimaschädlichem CO₂, recyceltes Altglas 35 Prozent. **DK**

Weniger Energieverbrauch

Durch die Verwendung von Altglas könne der Energieverbrauch in der Glasproduktion um bis zu 35 % vermindert werden, so Matthes. Allein in Bay-

Umfrage zum Abfallwirtschaftskonzept:

Mitmachen lohnt sich

Der Landkreis Günzburg beginnt die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes. Zu diesem Zweck hat er ein unabhängiges Büro beauftragt, eine repräsentative Umfrage durchzuführen. Bei der Umfrage wurden Haushalte und Gewerbebetriebe befragt.

Da nicht alle Bürger befragt werden konnten, besteht die Möglichkeit, Anregungen zum Konzept abzugeben. Unter www.landkreis-guenzburg.de kann der Umfragebogen heruntergeladen, ausgefüllt und zurückgesendet werden. Für Bürger, die keinen Internetanschluss haben, wird der Fragebogen in der Landkreiszeitung GZ-MiKaDo veröffentlicht. Unter allen Einsendungen bis einschließlich 31. Dezember 2008 werden 25 Preise verlost.

Der Kreisabfallwirtschaftsbetrieb Günzburg ist als Entsorgungsträger für die ordnungsgemäße Verwertung und Beseitigung der im Landkreis Günzburg anfallenden Abfälle zuständig. Durchgeführt werden viele Entsorgungsdienstleistungen von Privatfirmen. Die mit der Verwertung und Entsorgung zusammenhängenden Kosten werden auf die Abfallgebühren umgelegt. Trotz ständig steigender Kosten konnten in Günzburg die Müllgebühren seit mehr als 7 Jahren stabil gehalten werden. In den nächsten Jahren laufen einige mit Privatfirmen geschlossene Verträge aus und müssen neu, manche sogar europaweit, ausgeschrieben werden. □



Papa spart jetzt 150 Euro beim Strom – und schont mit Wasserkraft auch noch die Umwelt!

E.ON AquaPower ist eines der günstigen Ökostromprodukte in Deutschland – aus 100 % Wasserkraft, mit null CO₂-Ausstoß. Als Deutschlands größter Erzeuger erneuerbarer Energien aus Wasserkraft sichert E.ON schon heute die Energieversorgung zukünftiger Generationen.



Sparen Sie 150 Euro beim Strom – wertvolle Tipps finden Sie im EnergieSpar-Paket:

www.eon-bayern.com/energiesparen

Mit Sicherheit faire Preise

e.on | Bayern

5. Marktedwitzer Bodenschutztage:

„Klima und Boden im Wandel“

Wie wirkt sich der Klimawandel auf die Böden aus? Eine Antwort auf diese Frage gaben die „5. Marktedwitzer Bodenschutztage“, an denen 120 Fachleute aus ganz Deutschland, Tschechien und Österreich teilnahmen. Referenten von Firmen, Behörden und Universitäten brachten ihr Wissen ein und tauschten sich drei Tage lang zu einem Thema aus, das alle angeht.

In jüngster Zeit rückt immer mehr ins Bewusstsein, dass der prognostizierte Klimawandel auch wesentlichen Einfluss auf die Böden haben wird. Besonders die Gefahr der Erosion als Folge von Starkregenereignissen wird als erhöht eingeschätzt. Darüber hinaus wird als wesentliche Auswirkung des Klimawandels eine Verringerung, möglicherweise auch eine qualitative Veränderung des Humusgehaltes diskutiert. Die 5. Marktedwitzer Bodenschutztage waren zudem ein geeignetes Forum, um aktuelle Aspekte der Altlastenproblematik und der Verwertung von Bodenmaterialien sowie mineralischen Abfällen zu diskutieren. Aktuelle Erkenntnisse in der Altlastensanierung wurden ausgetauscht und neue Sanierungstechnologien präsentiert.

Durchgeführt wurde auch eine Exkursion in die Tschechische Republik. Neben einer Hausmülldeponie bei Sokolov und dem Bau der Autobahn Eger-Prag konnte eine Renaturierungsfläche bei Maria Kulm besichtigt werden. Fachleute aus Tschechien lieferten zu den Besichtigungspunkten interessante fachliche Beiträge.

Thema in aller Munde

Oberbürgermeisterin Dr. Birgit Seelbinder freute sich, dass zum wiederholten Mal eine solch hochkarätige Tagung in Marktedwitz stattfinden konnte. „Immerhin ist das Thema ‚Klimawandel‘ in aller Munde.“ Zahlreiche Referenten und Aussteller seien zum Teil von weit her angereist, um in den drei Tagen ihr Wissen und fachliches Know-how an die Teilnehmer aus Fachkreisen weiterzugeben.

Der Dank der Oberbürgermeisterin galt dem Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, das die Bodenschutztage stets unterstützt. In Vertretung des damals noch amtierenden Umweltministers und Schirmherren Dr. Otmar Bern-

hard war Ministerialdirigent Ludwig Kohler nach Marktedwitz gereist, um über eine der „größten Zukunftsherausforderungen“ zu sprechen. Wie Kohler verdeutlichte, investiere Bayern in den nächsten vier Jahren mehr in den Klimaschutz als jedes andere deutsche Land – „eine dreiviertel Milliarde Euro“. Kohler kündigte ein „nachhaltiges Wasserressourcen-Management“ an, bei dem der Schutz vor Hochwasser – „bis 2020 investieren wir 2,3 Milliarden Euro“ – hohe Priorität genieße. In Forschung und Entwicklung zum Klimaschutz stecke der Freistaat 42 Millionen Euro.

Den Schutz vor Schadstoffeinträgen nannte Kohler auch in Zukunft als Grundvoraussetzung für sauberes Trinkwasser. Bodenschutz sei praktizierter Trinkwasserschutz und damit Grundpfeiler nachhaltiger Umweltpolitik. Auch die Erhaltung der Produktionsfähigkeit landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzter Standorte sei ohne gesunde Böden schlicht unmöglich.

Böden funktionsfähig halten

„Eines ist jedoch klar: Wir können Fauna und Flora nicht schützen, Lebensräume bewahren und ökologische Durchlässigkeit verbessern, wenn es uns nicht gelingt, die Böden gesund und funktionsfähig zu halten“, meinte der Ministerialdirigent. „Schonender Umgang mit Böden bedeute auch Erhalt der Flächen. Eine der größten Gefahren für die Böden stelle die Flächeninanspruchnahme dar. Täglich gingen wertvollste Böden verloren – „Böden, die wir dringend für die Grundwasserneubildung, als Speicher, Puffer und Filter, aber auch für die Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln oder für Energiepflanzen benötigen“. „Hier müssen wir gegensteuern“, meinte Kohler. Erste Erfolge seien bereits sichtbar: So sei die Flächeninanspruchnahme von über 28 Hektar im Jahr 2001

auf fast 20 Hektar im Jahr 2006 zurückgegangen, wobei zwischenzeitlich bereits die Marke von rund 16 Hektar erreicht worden sei. „Aber die boomende Wirtschaft“, so Kohler, „hat hier zu einem erneuten Anstieg beigetragen. Wir wollen deshalb insbesondere auch die Kommunen zu noch mehr Flächeneinsparung motivieren.“

Dafür seien im Rahmen des bayerischen Bündnisses zum Flächensparen viele Aktivitäten entwickelt worden, deren Umsetzung in vollem Gang ist. Wichtigstes Ziel sei eine möglichst flächendeckende Einführung von Brachflächenkatastern in den Kommunen, um den Grundsatz „Innen- vor Außenentwicklung“ aus dem LEP

Coburger Entsorgungs- und Baubetrieb AöR (CEB):

Erfahrungswerte aus drei Jahren

Der CEB hat in seiner neuen Rechtsform nun den dritten Jahresabschluss erstellt - höchste Zeit für einen Rückblick und ein erstes Resümee.

Wie in den allermeisten kreisfreien Kommunen gab es für den Bauhof, die Abwasserentsorgung und die Stadtreinigung sowie das Tiefbauamt klassische kommunale Strukturen: Gewerbliches Personal mit betrieblichen Aufgaben war in die Aufbauorganisation der Stadtverwaltung eingebunden. Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, liegen auf der Hand, weil sich die Kollegen der Stadtverwaltung nicht so wirklich in die Belange und Erfordernisse von technischen Betriebsabläufen hineinversetzen können. Umgekehrt fehlt in diesen gewerblichen Betriebseinheiten oft das Verständnis für verwaltungsmäßige Organisationsanforderungen.

Augsburger Firmenjubiläum:

Zehn Jahre UTG

Anlässlich des zehnjährigen Firmenjubiläums des Umwelttechnologischen Gründerzentrums Augsburg haben Hannelore Leimer, Präsidentin der IHK Schwaben, Manfred Rudel, Präsident der Handwerkskammer für Schwaben sowie Emilia Müller, zum damaligen Zeitpunkt noch bayerische Wirtschaftsministerin, im Rahmen einer Feierstunde die Leistungen des UTG gewürdigt.

Wie Müller betonte, trage das Gründerzentrum wesentlich zur Sicherung und zum Ausbau der regionalen Wertschöpfung in Augsburg, Schwaben und ganz Bayern bei. Die Zahl der erfolgreichen Gründungen und die damit geschaffenen qualifizierten Arbeitsplätze bestätigten den Erfolg. Darüber hinaus leiste das UTG seinen Beitrag zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die speziellen Anliegen von Existenzgründern.

Die Spezialisierung des Augsburger Gründerzentrums auf den Umweltbereich habe viel zu seinem Erfolg beigetragen. „Das ist ein Alleinstellungsmerkmal in der EU unter allen 800 Gründerzentren. Das Potenzial der Umweltbranche ist beträchtlich. Das UTG konnte seine Ziele deutlich übertreffen: Insgesamt hat es bisher 95 Firmen mit etwa 400 Mitarbeitern unterstützt“, so die Ministerin.

Das UTG sei ein positives Beispiel dafür, dass sich die Investitionen in das Zentrum in Form von Steuerrückflüssen der gegründeten Unternehmen lohnen. Zudem generiere das UTG eine Fülle weiterer positiver Effekte wie Technologietransfer zwischen Forschung und Wirtschaft, eigene Technologieentwicklung und die Bildung von Kooperationen und Netzwerken. Das UTG sei in das Umweltkompetenz-

durchzusetzen. Abgerundet würden die Aktivitäten zum Flächensparen mit einem Pilotvorhaben zur interkommunalen Zusammenarbeit und dem im zweijährigen Turnus stattfindenden Flächenspar-Forum.

„Komplexe Problemstellungen wie Bodenschutz müssen von verschiedenen Seiten beleuchtet, von unterschiedlichen Standpunkten aus betrachtet werden. Wissenschaftlicher Austausch, der Aufbau von Netzwerken sowie Informations- und Wissensbörsen sind unabdingbar, um Zusammenhänge aufzuzeigen und Lösungsansätze zu entwickeln“, so der Ministeriumsvertreter abschließend. Die „Marktedwitzer Bodenschutztage“ hätten sich als Informations- und Kommunikationsplattform für Wissenschaftler und Praktiker bestens bewährt. Zahlreiche Projekte seien auf hier entstandene Ideen zurückzuführen. **DK**

Nicht zuletzt mit der Einführung doppischer Buchhaltung sowie einer Kosten- und Leistungsrechnung in den Kommunen stellte sich auch in Coburg die Frage der Wirtschaftlichkeit der genannten Betriebsbereiche. Vor diesem Hintergrund entschloss sich im Jahre 2004 die Stadtspitze mit Oberbürgermeister Norbert Kastner und Bürgermeister Hans-Heinrich Ulmann, die genannten Betriebe neu aufzustellen. Neu und soweit ersichtlich bis jetzt einmalig war die Zusammenführung von Abwasserentsorgung, Bauhof und Stadtreinigung mit Einbeziehung des städtischen Tiefbauamts in ein Kommunalunternehmen (An-

(Fortsetzung auf Seite 8)

„Energie aus Abfall“

Symposium des Arbeitskreises für die Nutzbarmachung von Siedlungsabfällen (ANS)

Das Thema „Energie aus Abfall“ – Schwerpunkt des diesjährigen 69. Symposiums des ANS in Göttingen – ist thematisch sowohl national wie auch international von herausragendem Interesse. In der Abfallwirtschaft bieten sich zahlreiche Möglichkeiten, zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Der Arbeitskreis für die Nutzbarmachung von Siedlungsabfällen bot für etwa 300 Teilnehmer ein Forum, in dem die wesentlichen Aspekte vorgestellt und diskutiert werden. Neben den politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen wurden dabei auch die verfahrenstechnischen und organisatorischen Möglichkeiten und Grenzen, zum Teil mit praktischen Fallbeispielen, behandelt.

Prof. Dr. Klaus Fricke von der TU Braunschweig verwies in seinem Grundsatzvortrag eingangs darauf, dass die stoffliche Verwertung von z. B. Papier, Pappe und Kartonagen (PPK) sowie Kunststoffen einer energetischen Nutzung vorzuziehen sei, da die stoffliche Verwertung bei diesen Abfallstoffen eine deutlich bessere Energiebilanz - und damit auch eine bessere CO₂-Bilanz - aufweist. Für die Stoffgruppen Papier/Pappe, Kunststoffe, Metalle und Glas zeichne sich ab, dass durch Intensivierung und Flexibilisierung der Getrennsammlungssysteme, in Verbindung mit einem intensiveren Einsatz von Sortiertechnologien, die stoffliche Verwertung gesteigert werden kann. Erfassungs- und Sortiersysteme seien aufeinander abzustimmen. Für das Gesamtsystem definierte Fricke das Ziel, ein Optimum zwischen einer möglichst hohen Abschöpfungsleistung und einer hohen Wertstoffqualität zu erreichen.

Mittelfristig ist Fricke zufolge mit einer weiteren Verbesserung der Erlössituation für Sekundärrohstoffe zu rechnen. Schon kurzfristig werde ein deutlicher Rückgang der PPK-Fraktion aus dem Restabfall zu verzeichnen sein. Gleiches treffe zu für einen Teil der Metallfraktion. Wie auch bei PPK dürfe bei den Metallen der Status der selbst tragenden Ressourcenwirtschaft mittlerweile erreicht sein. Bei der erwarteten Marktentwicklung für Sekundärrohstoffe werde mittelfristig dieser Prozess auch bei den Kunststoffen einsetzen, einhergehend mit einem Rückgang der Restmüllmengen.

Nach Auffassung von Dr. Helge Wendenburg (Bundesumweltministerium) haben die dramatischen Steigerungen der Weltmarktpreise für alle relevanten Rohstoffe in den vergangenen Jahren gezeigt, dass der in Deutschland und Europa praktizierte Weg, möglichst viel der anfallenden Abfälle zu verwerten, zur Sicherung der Rohstoffversorgung beiträgt und auf lange Sicht die Reichweite von Rohstofflagern verlängern kann. In aller Regel sei das Recycling auch unter Klima- und Energieaspekten sinnvoll, da Verarbeitungs- und Transportvorgänge eingespart werden und damit der anfallende Energieaufwand reduziert werden kann. Ergänzend zu diesen mittelbaren Energie- und Klimaeffekten trage die Abfallwirtschaft auch unmittelbar zur Energiegewinnung über Bereitstellung von Brennstoffen oder Brennstoffsubstituten bei. Hier gelte es, künftig zusätzliche sinnvolle Einsatzwege für Abfälle zur Energiegewinnung zu erschließen sowie bereits bestehende thermische Verwertungswege noch effizienter zu gestalten.

Die möglichen Beiträge, die die Abfallwirtschaft künftig bei der Energieversorgung leisten kann, bezifferte Wendenburg auf Basis unterschiedlicher Prognosen und Schätzungen auf etwa 3 % bis zu 8 % des Primärenergieverbrauches. Neben der stofflichen Verwertung sei die Ausschöpfung der energetischen Potenziale stofflich nicht oder nur schwer nutzbarer Abfälle weiter

voran zu bringen und die Energieeffizienz zu verbessern.

Gemäß den Plänen der Bundesregierung soll Wendenburg zufolge bis zum Jahr 2020 der Anteil erneuerbarer Energien von derzeit 5,8 % auf dann 16 % ansteigen. Eine wichtige Rolle werden seiner Einschätzung nach dabei auch Biogasanlagen spielen. Bei der Elektrizität sollen die erneuerbaren Energien im Jahr 2020 rund 27 % zur Erzeugung beitragen. Ein Großteil der Erzeugung dieser Elektrizität werde über die Vergärung von Biomasse einschließlich Bioabfällen erfolgen.

Dr. Bärbel Birstengel von der Prognos AG gab einen Überblick über das Abfallaufkommen sowie die Behandlungskapazitäten in MVA und MBA in Deutschland und Europa. Für die nächsten Jahre wird von Überkapazitäten im Bereich der Müllverbrennungsanlagen in Deutschland ausgegangen, die zum Teil durch Schließung älterer Anlagen und ggf. die Mitbehandlung ausländischer Abfälle kompensiert werden können. Bisher werden europaweit mehr als 50 % des Abfalls ausschließlich deponiert.

Die Bioabfallbehandlung nach dem BEKON-Verfahren stellte Peter Lutz, BEKON Energy Technologies GmbH & Co.KG, Unterföhring, vor. Hierbei wird der Bioabfall in einem Garagenfermenter mit Heizung kontinuierlich bewässert und das Sickerwasser (Perkolat) im Bewässerungskreislauf gefahren, bis das Material ausgegoren ist. Das dabei gewonnene Biogas wird durch ein BHKW in Strom und Wärme umgewandelt. Um eine ganzjährige Wärmenutzung zu realisieren und damit die Energieeffizienz des Verfahrens zu erhöhen, könnte die Abwärme, wie bei der Anlage in München realisiert, zur Trocknung des Kompostes genutzt werden.

Im Landkreis Göttingen wird sowohl Biomasse aus Abfall als auch aus der Land- und Forstwirtschaft zur Energiegewinnung genutzt, wie Dr. Hartmut Berndt erläuterte. Im Bereich der Abfallnutzung verwies Berndt auf das Bioenergiezentrum Göttingen GmbH (ehem. Kompostwerk Göttingen) und den Abfallzweckverband Südniedersachsen mit der MBA in Deiderode. Für den Bereich der land- und forstwirtschaftlich genutzten Biomasse stellte er neben den Rapsmühlen vor allem die örtlichen Biogasanlagen vor. Der Göttinger Ortsteil Jühnde stellt Deutschlands erstes Bioenergiezentrum im Landkreis Göttingen dar, dessen Konzept zukünftig auf drei weitere Ortschaften übertragen werden soll.

Wie Dr. Gregor Stadtmüller vom Zweckverband Abfallwirtschaft Kaiserslautern schließlich darstellte, betreibt der ZAK ein Abfallwirtschaftszentrum, in dem Hausabfälle von ca. 260.000 Einwohnern mechanisch-biologisch aufbereitet werden. Dafür wird der Abfall in Trocken- und Nassfraktion getrennt. Die Trockenfraktion wird in einem Ersatzbrennstoffbefeuchten Kraftwerk energetisch verwertet. Stadtmüller berichtete über erste Betriebserfahrungen mit der Anlage. **DK**

Gemeindliche Aufgaben der Abfallwirtschaft in den Hassbergen:

Mehrheitliche Rückgabe an den Landkreis

Im Landkreis Hassberge sind derzeit Vertreter des Abfallwirtschaftsbetriebes in den Gemeinden unterwegs, um die Rückgabe von gemeindlichen, abfallwirtschaftlichen Aufgaben zu erläutern. Den Gemeinderäten wird damit fachliche Unterstützung für ihre Entscheidungsfindung gegeben.

In einem gemeinsamen Brief vom Juli 2008 haben Landrat Rudolf Handwerker und der Werkleiter des Abfallwirtschaftsbetriebes im Landkreis Hassberge, Wilfried Neubauer, die Städte, Märkte und Gemeinden über den Stand der Diskussion zur Änderung bei der Aufgabenteilung zwischen Landkreis und Gemeinden informiert.

Auf Grundlage eines Konzeptes zur Rückübertragung abfallwirtschaftlicher Aufgaben vom 16.07.2007 waren bereits im vergangenen Jahr die Bürgermeister informiert worden. Neubauer teilte mit, dass die Einbindung der Gemeinden in abfallwirtschaftliche Aufgaben in Bayern nur noch selten der Fall sei. „Zuletzt wurden im Landkreis Würzburg abfallwirtschaftliche Aufgaben von den Gemeinden auf den Landkreis übertragen“, informierte das Konzept. „Von den 71 bayerischen Landkreisen sind nur noch die Landkreise München und Neu-Ulm bekannt, die die Aufga-

beiteilung praktizieren“, hieß es bei der Darstellung der Ausgangslage.

Nachdem bereits 13 Gemeinden des Landkreises Hassberge die Abfallentsorgung in Kompetenz des Landkreises zurück verlagert haben, stimmte nun auch der Gemeinderat des unterfränkischen Ebelsbach dem Antrag auf Rückübertragung zu. Zuvor hatte Werkleiter Neubauer das Gremium von einer Organisation auf Landkreisebene zu überzeugen versucht, und das gelang. Als wesentliche Vorteile nannte er Wirtschaftlichkeit und einheitliche Gebührenstruktur sowie die Möglichkeit für die Bürger, alle Wertstoffhöfe im Kreis nutzen zu können.

Die Abstimmung im Gleisenauer Schloss, in dem sich der Sitzungssaal der Ebelsbacher befindet, erfolgte, „nachdem das Thema ergiebig, transparent und umfassend erläutert wurde“, wie der Erste Bürgermeister Walter Zieger feststellte. **Sabine Meissner**

Chiemseekonferenz in Greimharting:

30 Jahre AZV – eine Erfolgsgeschichte

„30 Jahre Abwasser- und Umweltverband Chiemsee (AZV) standen heuer im Mittelpunkt der alle zwei Jahre stattfindenden Chiemseekonferenz in Greimharting. „Der AZV ist auch heute noch eine Erfolgsgeschichte“, betonte dessen Vorsitzender, Rimstings Bürgermeister Josef Mayer jun. vor rund 130 Gästen aus Kommunalpolitik, Behörden, Tourismus, Naturschutz und Wirtschaft. Mit Umweltprojekten habe sich der Verband im Jahr 2000 eine neue, erweiterte Ausrichtung gegeben.

In ihren Grußworten stellten stellvertretender Landrat Josef Huber für den Landkreis Rosenheim und MdL Georg Klausner für den Landkreis Traunstein die vorbildliche Zusammenarbeit der Landkreise für den Chiemsee heraus. „Ohne Ringkanal und Kläranlage wäre der Chiemsee womöglich längst tot“, meine Klausner. Auch der Landkreis Traunstein habe einen „entscheidenden Anteil“ an der Verwirklichung der zentralen Abwasserbeseitigung gehabt. So sei er etwa eingesprungen und finanziell in Vorleistung gegangen, als sich eine Gemeinde (Übersee) geweigert habe, sich in das Gemeinschaftswerk einzuklinken.

Vorbildlicher Umweltschutz

Josef Huber wiederum betonte, 30 Jahre AZV stünden für „30 Jahre sauberen Chiemsee und 30 Jahre vorbildlichen Umweltschutz in Bayern“. Der AZV bringe immer wieder „frischen Wind an den Chiemsee“. In diesem Sinne seien etwa auch dessen Bemühungen, den Rundweg für Fußgänger und

Radfahrer zu verbessern, ein klassisches Vorzeigeprojekt für einen sanften Tourismus.

Schwierige Wegstrecke

Der Ehreuvorsitzende des AZV und frühere Priener Bürgermeister Lorenz Kollmannsberger zeigte den langen und schwierigen Weg von der Gründung des Planungsverbandes 1978 bis zur Inbetriebnahme von Ringkanal und Kläranlage 1989 auf. Er wies darauf hin, dass die Überdüngung des Chiemsees vor 30 Jahren immer weiter fortgeschritten sei und der See damals zu ersticken drohte. Als einen Glücksfall bei der Planung bezeichnete er den jetzigen Rimstinger Altbürgermeister Josef Mayer sen., dem es gelungen sei, in Stiedering in der Gemeinde Rimsting den Platz für die Verbandskläranlage zu finden. Ohne diesen Standort gäbe es heute kein Klärwerk, so Kollmannsberger.

Im Wandel der Zeit

Von Georg Herrmannsdorfer (Wasserwirtschaftsamt Traunstein) stammt maßgeblich der

Gewässerentwicklungsplan für den Chiemsee, aus dem die nicht mehr befahrbaren Ruhezone rund um die Uferzonen zum Schutz der Umwelt inzwischen umgesetzt wurden. In seinem Vortrag „Chiemsee im Wandel der Zeit“ plädierte er besonders für den Erhalt und die natürliche Entwicklung des Deltas der Tiroler Ache, einem in Europa einzigartigen Binnendelta.

Aktuelle Planungen

Die Umweltbeauftragte des AZV, Marlene Berger-Stöckl, informierte schließlich ausführlich über die aktuellen Planungen zum Ausbau des Chiemseerundweges – ein Projekt, das große gemeinsame Anstrengungen erfordert. Laut Berger-Stöckl wurde der Rundweg nicht als Radweg konzipiert, sondern als naturnaher Fußweg im Uferbereich angelegt.

Wandern und Radfahren

Wandern, Ruhe und Erholung in der Natur stünden auf der Wunschliste der Chiemseegäste auch heute noch ganz oben, wie eine Befragung des Tourismusverbandes im Jahr 2006 ergeben hat, so die Umweltbeauftragte. Die unterschiedlichen Bedürfnisse von Fußgängern und Radfahrern hätten allerdings zu wachsenden Konflikten geführt. Bis 2006 seien von einigen Gemeinden Verbesserungen umge-

setzt worden; in der Regel wurde der Weg verbreitert, in wenigen Gemeinden (Breitbrunn und Chieming) konnte man eine Trennung der Wege auf einzelnen Abschnitten erreichen.

Zunehmender Konflikt

Wegen der dennoch zunehmenden Konfliktsituation auf dem Weg wurde zwischen Gemeinden und Tourismusverband eine Vereinbarung getroffen, den Weg für Radfahrer nicht mehr zu bewerben – obwohl der Chiemsee gerade seine Radfahrgäste braucht, da sie weniger wetterabhängig sind als Bade- und Sommergäste. Um diesen Zwiespalt zu lösen, haben die Chiemseegemeinden, zusammengeslossen im Abwasser- und Umweltverband Chiemsee, Anfang 2007 einen gemeinsamen neuen Anlauf unternommen, um über den Verband als Bauherrn den Weg in eine zukunfts-fähige Wander- und Radtourismusregion zu beschreiben.

Trennung der Wege

Basierend auf den Erfahrungen der vergangenen Jahre ist es heute das Ziel, eine konsequentere Trennung der Wege umzusetzen. So soll der Rundweg vor allem in ortsnahen Bereichen wieder seinen Erholungswert für die Anwohner und Fußgänger, darunter viele Klinikpatienten, zurückgewinnen. Wo möglich, wird ein zweiter Weg – meist ein schmalerer Fußweg – parallel zum jetzigen angelegt, in einigen landschaftlich sehr sensiblen Uferbereichen sowie an Abschnitten in Privatbesitz ist eine solche Neuanlage allerdings oft nicht möglich.

Zentrales Anliegen ist es letztlich, die Sicherheit und At-

traktivität für Fußgänger wie für Radfahrer zu verbessern; dazu gehören Querungshilfen und Unterführungen, eine durchgängige Beschilderung, ein modernes Informations- und Lenkungs-konzept sowie begleitende Maßnahmen, die von Serviceangeboten bis zu Naturspielplätzen reichen sollen. Die

Bayerische Staatsregierung hat ihre finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt und leistet beratend Hilfestellung. Mit dem neuen Gemeinschaftsprojekt wollen die Chiemsee-gemeinden den Weg frei machen für einen Aufschwung zu einer modernen Erholungs- und Radregion. **DK**

Soll und Haben im Naturschutz:

Gute „Rendite“ mit dem Ökoflächenkataster

Lfu-Präsident Göttle fordert Kommunen auf, verstärkt Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu melden

Wenn es um Soll und Haben im Naturschutz geht, ist das Landesamt für Umwelt (LfU) die bayerische Bank. Das LfU betreibt bayernweit eine Datenbank mit dem sperrigen Namen Ökoflächenkataster. „Einzahler“ und Kunden sind vorwiegend Kommunen, Genehmigungsbehörden und die Naturschutzbehörden der Landkreise. Sie melden die Flächen mit Naturschutzaufgaben. Bei einer Fachtagung im Augsburger LfU zum 10. Geburtstag des Katasters forderte LfU-Präsident Albert Göttle dazu auf, diese Plattform intensiver zu nutzen: „Melden Sie uns Ihre Ökoflächen – je vollständiger das Kataster gefüllt ist, desto mehr Nutzen haben Sie in Ihrer Vollzugsarbeit davon“.

Göttle weiter: „Das Ökoflächenkataster ist ein Quantensprung für die Naturschutzarbeit und bringt eine gute Rendite“. Denn seit Mitte der 1980er Jahre steigt die Zahl der Ökoflächen stetig an. Bayernweit sind 100.000 Flächen erfasst, der Gesamtbestand der Naturschutzflächen wäre jedoch noch weit größer.

Nutzung als Ökokonto

Seit 2005 kann das Ökoflächenkataster auch für die zeitliche und räumliche Entkopplung von Ausgleichsmaßnahmen genutzt werden: als sogenanntes Ökokonto, bei dem

Ausgleichsflächen schon vor der Baumaßnahme geschaffen und angerechnet werden können. Das können zum Beispiel Flächen zur Entwicklung von Feucht- und Nasswiesen, für Gehölzpflanzungen oder zur Renaturierung von Fließgewässern und Auenabschnitten sein.

Seit 2001 sind die Gemeinden nach dem Baugesetzbuch verpflichtet, für neue Baugebiete auch entsprechende Flächen und Maßnahmen zum Ausgleich vorzusehen. Die Ausgleichsmaßnahmen können auch an anderer Stelle im Gemeindegebiet und sogar in anderen Gemeinden durchgeführt werden. **□**

www.lfa.de



NEU!

| Infrakredit Kommunal |

Der Infrakredit Kommunal der LfA Förderbank Bayern – beste Konditionen für Kommunen

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bayern zu stärken und zu fördern, ist unser Ziel. Daher bieten wir ab sofort für Kommunen, kommunale Eigenbetriebe und Zweckverbände den Infrakredit Kommunal an – in Kooperation mit der KfW Förderbank. Eine neue Finanzierungsmöglichkeit für Investitionen in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Verkehrsinfrastruktur, die mit stark zinsverbilligten Konditionen auf Ihr Interesse stoßen wird. Besuchen Sie unsere Internetseite www.lfa.de oder rufen Sie unsere Spezialisten an unter 089/21 24 - 24 84. Wir sind für Sie da.

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Damit machbar wird, was denkbar ist.

Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.:

Bayerisches Benchmarkingprojekt 2007 erfolgreich abgeschlossen

Was ist besser – privat oder öffentlich?

Die immer wieder gestellte Frage, ob ein privater Betreiber oder die Kommune selbst die Abwasserentsorgung besser betreiben kann, lässt sich pauschal nicht beantworten. Die meisten Privatisierungen erfolgten in der Vergangenheit allein unter dem Druck der Sanierung der kommunalen Haushalte. Darüber hinaus ist die Entscheidung über die Frage „privat ist besser“ oder „öffentlich ist besser“ keine wirtschaftliche, sondern schlicht eine ideologische Entscheidung.

Das es die öffentlichen Betreiber genauso gut können wie die Privaten, zeigt eindrucksvoll das erste flächendeckende Benchmarkingprojekt in der Abwasserentsorgung in Bayern. Benchmarking heißt, sich systematisch mit anderen vergleichbaren Entsorgern zu vergleichen. Nicht alle Betreiber sind in allen Bereichen gleich gut. Benchmarking zeigt, in welchen Bereichen man „Spitze“ ist, fördert aber auch Defizite zutage.

Die Bundesregierung hat zur Abwendung der Liberalisierungsbestrebungen der EU eine Modernisierungsstrategie für die nachhaltige Wasserwirtschaft in Deutschland verabschiedet. Ziel dieser Strategie ist es, deutsche Wasserver- und Abwasserentsorger als effiziente, kundenorientierte und wettbewerbsfähige Dienstleistungsunternehmen zu stärken und dabei sowohl den hervorragenden technischen Standard als auch die hohe Ver- und Entsorgungssicherheit beizubehalten. Dabei ist Benchmarking das von der Bundesregierung empfohlene Instrument zur Umsetzung dieser Strategie.

Unterstützt von den kommunalen Spitzenverbänden Bayerischer Gemeindetag und Bayerischer Städtetag, dem DWA-Landesverband Bayern sowie dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz wurde mit dem Projekt „Benchmarking Abwasser Bayern“ die oben empfohlene Standortbestimmung auch im Bereich Abwasser angegangen.

Was waren die Ziele und Voraussetzungen?

- Eine möglichst große Teilnehmerzahl sollte sicherstellen, dass sich aussagekräftige Aussagen ableiten lassen.
- Der Aufwand für die Teilnehmer soll möglichst gering sein.
- Die Teilnahme ist freiwillig (kein Zwangsbenchmarking wie in zwei EU-Ländern).
- Die Daten werden absolut vertraulich behandelt.
- Auswertung für verschiedene Größenklassen (klein, mittel, groß); damit bleibt die Vergleichbarkeit erhalten.
- Eine erste Standortbestimmung im Vergleich zu den anderen Teilnehmern.
- Eine erste individuelle Ursachenanalyse für Abweichungen.
- Als Bewertungsgrundlage wurde das international anerkannte „5-Säulen-Modell“ verwendet.

Insgesamt nahmen 166 bayerische Kommunen an diesem ersten Vergleichsprojekt im Bereich Abwasserentsorgung teil. Die Teilnahmequote lag, bezogen auf die Kanalnetzlänge, bei 23 % des gesamten bayerischen Kanalnetzes und bezogen auf die angeschlossenen Einwohner, bei immerhin 46 % der bayerischen Bevölkerung.

Kernaussagen zur Wirtschaftlichkeit

- Die Bürgerbelastung in Bayern liegt mit 88,50 /a deutlich unter dem Durchschnitt in Deutschland (110 /a). Einmalige Zahlungen (Beiträge) sind darin enthalten.
- Größere Abwasserentsor-

gungsunternehmen haben niedrigere Gesamtkosten als kleinere.

- Größere Abwasserentsorgungsunternehmen haben einen geringeren Betriebsaufwand (Material, Personal) als kleinere.
- Es macht keinen Unterschied, ob das Abwasser in der eigenen oder in einer fremden Kläranlage gereinigt wird. Die Kosten sind nahezu identisch.
- Der Aufwand für die Abwasserableitung (Kanalnetz, Regenbecken) liegt bei großen Kanalnetzbetreibern deutlich höher als bei kleineren.
- Größere Kanalnetzbetreiber haben einen deutlich höheren Betriebsaufwand (Material, Personal) als kleinere.
- Es wurde eine Kostendeckung von 93 % ermittelt. Dieser Wert liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Kernaussagen zur Entsorgungssicherheit

- Die flächendeckende Kanalinspektion per Fernsehkamera dauert in Bayern etwa 16 Jahre. Nach Eigenüberwachungsverordnung sollte die Inspektion alle 10 Jahre erfolgen. Hier besteht somit Nachholbedarf.
- Die kurzfristig sanierungsbedürftigen Kanalhaltungen (Zustandsklassen 0,1) liegen in Bayern bei etwa 4,5 % der gesamten Kanalnetzlänge. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (sanierungsbedürftig knapp 9 %) ist der Kanalnetz-zustand in Bayern deutlich besser.
- Die kurzfristig sanierungsbedürftigen Kanalhaltungen (Zustandsklassen 0,1) sind bei großen Kommunen deutlich höher als bei kleinen. Der Grund ist darin zu suchen, dass im ländlichen Bereich die Kanäle deutlich „jünger“ sind.

Kernaussagen zu Qualität und Kundenservice bei der Abwasserbeseitigung

- Die Reinigungsleistung bei der organischen Belastung (CSB) liegt bei 94 %. Lediglich bei kleineren Kläranlagen sind die Schwankungsbreiten größer.
- Die Reinigungsleistung beim Nährstoff Stickstoff (Nges) liegt bei 82 %. Die Schwankungsbreiten sind hier insgesamt etwas größer.
- Die Reinigungsleistung beim Nährstoff Phosphor (Pges) liegt bei 90 %. Zu beachten ist hier, dass dieser hohe Wert trotzdem erreicht wurde, obwohl es für Kläranlagen unter 10.000 EW im Normalfall keine wasserrechtlichen Anforderungen für den Nährstoff Phosphor gibt.
- Die Zufriedenheit der Kunden lässt sich mit der Anzahl der Beschwerden messen. Im Mittel wurden in Bayern 2,15 Beschwerden pro 1.000 Hausanschlüsse dokumentiert. Die Bandbreiten sind jedoch groß. Es empfiehlt sich, ein systematisches Beschwerdemanagement einzuführen.
- Der Fremdwasseranteil liegt bei 22 %. Bei kleineren und mittelgroßen Kanalnetzen ist die Bandbreite erheblich.

Kernaussagen zur Nachhaltigkeit in der Abwasserbeseitigung

- Mehr als 70 % der im Kanalnetz getätigten Investitionen betreffen Neubau und Erweiterung. Für die Kanalsanierung werden weniger als 30 % investiert.
- Die Investitionen im Bereich Kanalsanierung sollten erhöht werden.
- Der spezifische Jahresenergieverbrauch bei der Abwasserreinigung liegt bei 56 kWh pro angeschlossenen Einwohnerwert. Im Vergleich mit anderen Bundesländern ist dies ein relativ hoher Wert. Vor dem Hintergrund dauerhaft steigender Energiekosten werden hier detailliertere Energieanalysen empfohlen.
- Die krankheits- und unfallbedingten Ausfalltage ergaben sich zu 7,4 Ausfalltage pro Mitarbeiter und Jahr. Bei großen Betreibern sind die Ausfalltage mehr als 3-mal so hoch wie bei kleinen.
- Die Fort- und Weiterbildungstage liegen in Bayern bei 3 Tagen pro Mitarbeiter und Jahr. Die OECD empfiehlt über alle Branchen eine mittlere Quote von 5 Tagen. Eine Verstärkung der Fort- und Weiterbildung wird deshalb empfohlen.

Wie ist die Einschätzung der Teilnehmer?

Die Erfahrungen auch aus anderen Benchmarking-Projekten haben insbesondere gezeigt, dass bei vielen Unternehmen zunächst eine Hemmschwelle besteht, sich an einem solchen Projekt zu beteiligen.

Einige Teilnehmermeinungen veranschaulichen die Relevanz und Zukunft von „Benchmarking Abwasser Bayern“:

- „Die Standortbestimmung ist für das eigene Unternehmen wichtig und deswegen ist eine Weiterführung des Projektes sehr sinnvoll.“
- „Die Durchführung der Projektsitzungen ist sehr hilfreich und gibt interessante Denkanstöße durch den offenen Erfahrungsaustausch.“
- „Es ist sehr interessant, sich über die eigenen Zahlen im Vergleich zu anderen Unternehmen Gedanken zu machen.“
- „Wir haben durch die Teilnahme neue Impulse bekommen, um unsere eigenen Unternehmensprozesse weiter zu optimieren.“
- „Die Daten geben gute Hilfestellung für die Beantragung neuer Gelder.“
- „Der Blick über den Teller-rand ist sehr wichtig.“
- „Man erfährt, wo man besonders gut ist, aber auch, wo es Optimierungspotenziale gibt.“

Wie geht's weiter?

Um im Fußballjargon zu bleiben: „Nach dem Spiel ist vor dem Spiel.“ Es ist geplant, im Jahr 2009 die nächste Runde des Vergleichsprojektes „Benchmarking Abwasser Bayern“ durchzuführen. Unbestritten hat die Abwasserentsorgung einen hohen Standard. Allerdings sind natürlich nicht alle Unternehmen in allen Bereichen gleich „Spitze“.

Oft sind Verbesserungen mit geringem Aufwand möglich, ohne den Standard zu verschlechtern. Deshalb lohnt es sich, auch im Jahr 2009 wieder oder auch erstmals

mitzumachen. Man muss nicht nur „gut sein“, sondern man muss dieses auch beweisen können. Nur so kann man den bei der EU immer wieder auftretenden Liberalisierungsdiskussionen entgegenwirken.

Die Erfahrungen bei verschiedenen Benchmarking-Projekten haben jedenfalls gezeigt, dass das Mitmachen zwar auch Arbeit macht, unter dem Strich es sich aber rechnet, dabei gewesen zu sein.

Übrigens: Befürchtungen, dass Teilnehmer an den Pranger gestellt oder dass die Daten nicht vertraulich behandelt würden, haben sich bisher nie bestätigt.

Hermann Klotz
DWA-Landesverband Bayern

Erfahrungswerte ...

(Fortsetzung von Seite 6)
stalt des öffentlichen Rechts nach Artikel 89 Bayerische Gemeindeordnung). Zu bewundern ist vor allem der Mut, das städtische Tiefbauamt aus der Stadtverwaltung auszugliedern und es im Kommunalunternehmen aufgehen zu lassen.

Struktur- und Rechtsformdiskussion

Bevor es soweit war, gab es eine ausführliche Diskussion darüber, in welcher Organisations- und Rechtsform diese Betriebseinheiten ihre Aufgaben zukünftig meistern sollten. Erste Überlegungen der Eingliederung in die hiesigen Stadtwerke, die als Konzern in privater Rechtsform strukturiert sind, scheiterten schnell an der Umsatzsteuerproblematik. Denn sobald öffentlich-rechtliche Dienstleistungen organisatorisch von einer GmbH erbracht werden, fällt schon kraft Gesetzes allein deshalb Umsatzsteuer an, die vom Leistungsempfänger - letztendlich also vom Bürger - zu bezahlen ist. Eine Erhöhung um 16 beziehungsweise 19 Prozent der Abwasser-, Abfall- oder Straßenreinigungsgebühren war in Coburg schlichtweg nicht verantwortbar. Andererseits versprach man sich von einer organisatorischen Zusammenführung mit den Stadtwerken erhebliche wirtschaftliche Vorteile. Zum einen war man dort an technischen Betriebsabläufen näher dran als in der Stadtverwaltung und andererseits war man in den Stadtwerken nach der Liberalisierung der Energiemärkte durchaus schon an marktgerechtes wettbewerbsorientiertes Wirtschaften gewohnt.

Haustarifvertrag

Die Chance, die mit der Auslagerung öffentlicher Aufgaben in eine eigene Rechtspersönlichkeit verbunden ist, wurde gleich nach der Gründung beim Schopf gepackt. Das Kommunalunternehmen muss nicht zwangsläufig Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband werden; es kann sich einem anderen Arbeitgeberverband oder aber auch tarifunabhängig aufstellen. Der CEB entschloss sich, wie schon zuvor eine Tochtergesellschaft der Stadtwerke, zu einem Haustarifvertrag. Dieser enthält zu gut 30 Prozent eine leistungsorientierte Vergütung und wird schon aus diesem Grunde dienstleistungsorientierten Anforderungen gerecht. Selbstverständlich kann man aus kommunalpolitischen Gründen vorhandenes Personal nicht in diesen Tarifvertrag überleiten. Frühere Anstellungsverträge oder auch Beamtenverhältnisse mit der Stadt Coburg bleiben erhalten; das Personal wird allerdings disziplinarisch und organisatorisch dem Kommunalunternehmen unterstellt.

Personalunion

Vor diesem Hintergrund gründete die Stadt Coburg zum 1. Januar 2005 das Kommunalunternehmen Coburger Entsorgungs- und Baubetrieb CEB AöR, das weiterhin in öffentlicher Rechtsform Dienstleistungen grundsätzlich umsatzsteuerfrei erbringen kann. Für die beabsichtigte enge Verknüpfung mit den Stadtwerken war die räumliche Nähe des „Bauhofs“ ein Glücksfall. Aus gutem Grund hat sich die Stadt Coburg hinsichtlich der Leitung des Kommunalunternehmens für eine Personalunion mit den Stadtwerken entschieden. Dadurch ist gewährleistet, dass synergieschädliche Konkurrenz zwischen den beiden zu 100 Prozent städtischen Unternehmen erst gar nicht aufkommt.

Aus Sicht der Stadtwerke gestaltete sich die Neugründung

des Kommunalunternehmens und die gemeinsame Führung zugleich als glückliche Fügung wie auch als organisatorische Herausforderung. Glückliche Fügung deshalb, weil die stets erhofften Skalierungseffekte im Energiebereich bisher nicht Wirklichkeit geworden waren. Nun aber tun sich die gewünschten Effekte besonders im Overhead-Bereich also bei der Personal- und IT-Verwaltung wie von selbst auf. Eine Herausforderung für die neue Führungsmannschaft stellen die erweiterten Aufgaben in sachlicher Hinsicht dar, weil nun plötzlich Abwasser, Straßenbau, Gewässerunterhalt, Müllabfuhr, DSD und Gebührenrecht hinzugeleitet werden mussten und 170 neue Gesichter memoriert werden wollten.

Beim Vergaberecht ist das Kommunalunternehmen sowie privilegiert, weil eine formale Bindung an VOB, VOL, VOF und so weiter nur bei staatlich geförderten Maßnahmen gefordert ist. Ansonsten gilt wie für jede öffentliche Einrichtung nur der allgemeine Grundsatz von transparenten und diskriminierungsfreien Vergabeverfahren.

Schlucken musste das Kommunalunternehmen die langfristigen Renditeansprüche der Stadt, die, da nun nicht mehr per städtischer Haushaltssatzung gewährleistet, rechtlich zu sichern waren. Konstruiert hat man diese städtischen Belange über ein sogenanntes Trägerdarlehen in Höhe des Werts des städtischen Kanalnetzes. Die Verzinsung dieses Darlehens ist die einzige unmittelbare Möglichkeit des Eigners aus dem eingesetzten öffentlichen Kapital eine Verzinsung zu erzielen. Da die Sparten im Übrigen entweder defizitär sind oder aber als Gebührenerträge gewinnneutral, kommt eine Ausschüttung auf andere Weise praktisch nicht in Betracht. Nolens volens wird die Liquidität des Unternehmens von den vierteljährlichen Annuitäten belastet, die in Cash regelmäßig an die Kämmerei abfließen.

Das Kommunalunternehmen wird von einem Vorstand geleitet, der gleichzeitig Geschäftsführer der Stadtwerke ist. Aufsichtsgremium ist ein neunköpfiger Verwaltungsrat mit dem Bürgermeister als Vorsitzenden. Nur noch ausnahmsweise entscheidet der Stadtrat. Sogar der Erlass von Satzungen und Verordnungen ist beim Verwaltungsrat angesiedelt. Der im Übrigen den Jahresabschluss feststellt und den Wirtschaftsplan verabschiedet.

Aufgepasst haben Stadtspitze und Stadtrat bei der Unternehmenssatzung des CEB; so hat die Stadt Coburg wo immer möglich die originäre Aufgabe der Entwässerung, des Straßenbaus und

Allgemeiner Grundsatz

Beim Vergaberecht ist das Kommunalunternehmen sowie privilegiert, weil eine formale Bindung an VOB, VOL, VOF und so weiter nur bei staatlich geförderten Maßnahmen gefordert ist. Ansonsten gilt wie für jede öffentliche Einrichtung nur der allgemeine Grundsatz von transparenten und diskriminierungsfreien Vergabeverfahren.

Schlucken musste das Kommunalunternehmen die langfristigen Renditeansprüche der Stadt, die, da nun nicht mehr per städtischer Haushaltssatzung gewährleistet, rechtlich zu sichern waren. Konstruiert hat man diese städtischen Belange über ein sogenanntes Trägerdarlehen in Höhe des Werts des städtischen Kanalnetzes. Die Verzinsung dieses Darlehens ist die einzige unmittelbare Möglichkeit des Eigners aus dem eingesetzten öffentlichen Kapital eine Verzinsung zu erzielen. Da die Sparten im Übrigen entweder defizitär sind oder aber als Gebührenerträge gewinnneutral, kommt eine Ausschüttung auf andere Weise praktisch nicht in Betracht. Nolens volens wird die Liquidität des Unternehmens von den vierteljährlichen Annuitäten belastet, die in Cash regelmäßig an die Kämmerei abfließen.

Organisation

Organisatorisch hatten wir Wert darauf gelegt, dass sich der Aufgabenbereich des ehemaligen städtischen Tiefbauamts nicht nur auf die Planung und Vergabe bezieht, sondern nun auch die Zuständigkeit für den laufenden Betrieb übertragen erhält. Denn wer plant, soll vernünftigerweise auch für den Unterhalt und die Praxistauglichkeit seiner Planungen gerade stehen müssen. So eingebundene Ingenieure und Techniker stehen damit auch für die wirtschaftlichen Auswirkungen ihrer Planungen in der Pflicht. Folgekosten der Planung sind damit von der gleichen Stelle zu tragen, die die Planung und deren Umsetzung veranlasst hat.

Schnelle wirtschaftliche Erfolge gab es bei der Stadtreinigung. Tourenumstellungen brachten Einsparungen von jährlich hunderten Tausenden von Euro. Ohne großes Zögern haben wir auch die Handwerker von Stadtwerken und Kommunalunternehmen in einer gemeinsamen Werkstatt zusammengefasst. Zwischenzeitlich nutzen beide Unternehmen dieselbe Buchhaltungssoftware. Die IT-Abteilung ist für alle da, genauso wie das Callcenter: Fragen zur Versorgung werden hier genauso beantwortet wie zur Entsorgung. Synergien sind mit Händen zu greifen. □

Schutz des Grund- und Trinkwassers flächendeckend stärken!

Die Landesämter für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und für Umwelt haben sich bei einer Fachtagung in München gegen Entwicklungen gewandt, bei bestimmten Abbauprodukten von Pflanzenschutzmitteln außerhalb von Wasserschutzgebieten geringere Anforderungen zu akzeptieren. LfU-Präsident Albert Göttele: „Der Schutz unseres Grundwassers und des Trinkwassers sind unteilbar, eine Bewirtschaftung und ein Zwei-Klassen-System mit schwächeren Qualitätsanforderungen abseits der Wasserschutzgebiete sind der falsche Weg.“ Bayern bezieht über 92 % des Trinkwassers aus dem Grundwasser, rund zwei Drittel davon gelangen ohne jede Aufbereitung an den Verbraucher. LGL-Präsident Andreas Zapf: „Es kann nicht angehen, dass wegen laxerer Maßstäbe dann für Trinkwasserzwecke nutzbares Grundwasser möglicherweise aufbereitet werden muss.“ Die beiden Landesämter setzen sich für klare Festlegungen bei den Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel und für die Beibehaltung des flächendeckenden Grundwasserschutzes auch bei den Abbauprodukten ein. □

Saubere Leistung zum Schutz der Gewässer:

Bayerns Kläranlagen ausgezeichnet bewertet

Leistungsvergleich der Deutschen Vereinigung für
Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA)

Bayerns Kläranlagen wird wieder eine saubere Leistung bescheinigt. Dies geht aus einem bayernweiten Leistungsvergleich hervor. Danach konnte die Reinigungsleistung der kommunalen Kläranlagen im Freistaat gegenüber dem Vorjahr auf hohem Niveau nochmals verbessert werden. Bei der Elimination der Pflanzennährstoffe Phosphor und Stickstoff sind sogar die besten Werte der letzten Jahre erreicht worden. „Die Kommunen leisten damit einen entscheidenden Beitrag im Gewässerschutz“, hoben Albert Göttle, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU) und Wolfgang Günthert, Vorsitzender des DWA-Landesverbandes Bayern, hervor.

Die saubere Leistung in der Abwasserreinigung sei entscheidend, damit die anspruchsvollen Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie auf dem Weg zum „guten Zustand“ erreicht werden können. Über 95 Prozent der zwölfteilmillionen Einwohner Bayerns sind an kommunale Kläranlagen angeschlossen. Im Freistaat reinigen

ca. 2.700 kommunale Kläranlagen im Jahr mehr als anderthalb Milliarden Kubikmeter Abwasser - das entspricht etwa der Wassermenge des Ammersees. gen brauchen eine moderne Technik und ein gut aus- und fortgebildetes Personal mit viel Know-how im täglichen Betrieb“, sagte Göttle. Günthert erläuterte dazu: „Das Betriebspersonal bayerischer Abwasseranlagen wird hierfür im Rahmen der DWA-Kanal- und Kläranlagen-Nachbarschaften nach dem Prinzip ehrenamtlicher Nachbarschaftshilfe und nach dem Motto „Aus der Praxis für die Praxis!“ drei-mal jährlich von erfahrenen Abwassermeistern und Ingenieuren geschult“.

Große Innovation

Mehr als 90 Prozent aller in den bayerischen DWA-Nachbarschaften organisierten Kläranlagenbetreiber hatten sich am Leistungsvergleich des Fachverbandes beteiligt und ihre Messergebnisse dazu ausgewertet. Demnach kann sich die Bilanz der Abwasserreinigung im Freistaat durchaus sehen lassen. „Sie besitzt einen hervorragenden Standard sowie große Innovation und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Reinhaltung unserer Flüsse und Seen“, lobte Göttle. „Gut funktionierende Abwasseranlagen sind eine Daueraufgabe der Kommunen für einen nachhaltigen Gewässerschutz“.

im Klärwärter-Jargon auch gerne „Rummelsberger-Kurse“ genannt werden.

Der 150. Kurs wurde gebührend mit den Lehrerinnen und Lehrern, dem ATV-DVWK-Fachausschuss 5.1 und den Kursteilnehmern gefeiert. Hier wurde bereits der 5.414. Teilnehmer gezählt, der in die Grundlagen der Abwasserbehandlung eingeführt wurde.

Im Rahmen des 168. Kurses am 7. November 2008 konnte nunmehr Stefan Obermeier aus Schwandorf als 6.000. Teilnehmer geehrt werden. Kurt Wittmann als Ehrenvorsitzender des DWA-Landesverbandes Bayern überreichte ihm anlässlich der Prüfungsabschlussbesprechung ein Geschenk.

Das große Erfolgsgeheimnis dieses Kurses - der Jahreschnitt ist bei 130 Teilnehmern - liegt in erster Linie an den qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern. Ihnen gebührt ein ganz besonderer Dank. □

Nicht zum Nulltarif

„Abwasserreinigung ist aber nicht zum Nulltarif zu haben und gut funktionierende Anla-



Kursleiter Hannes Felber, Teilnehmer Stefan Obermeier, DWA-Ehrenvorsitzender Kurt Wittmann (von links). □

ATV-DVWK:

Rekordverdächtige Landesgruppe Bayern

6.000. Teilnehmer beim Kurs
„Grundlagen für den Kläranlagenbetrieb“

Vor 46 Jahren veranstaltete die damalige ATV-Landesgruppe Bayern in Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen der bayerischen Wasserwirtschaftsverwaltung und einigen Kommunalverwaltungen den ersten Grundkurs. Sicher hatte seinerzeit der erste Kursleiter Erwin Stier nicht ahnen können, welche Erfolgsgeschichte dieser Kurs einmal schreiben würde. Denn es ist ebenso die Geschichte der Abwassertechnik, angefangen von der Grobreinigung bis hin zur Filtration. Und

natürlich haben sich die Kursinhalte ständig verändert und sich der Entwicklung angepasst.

Höhepunkte

Hier einige Höhepunkte: Der 1. Kurs fand 1962 mit 48 Teilnehmern und einer Kursdauer von 50 Unterrichtsstunden in Ebersberg statt. Bereits ab dem 4. Kurs fand der Grundkurs seine neue Heimat in Rummelsberg bei Feucht in Mittelfranken. Dort ist er auch heute noch angesiedelt, weshalb die Kurse



STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU
KOMMUNALE ENTWICKLUNG
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU



Kommunale Partnerschaftsmodelle
im Bereich ÖPP / PPP

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14 · 81669 München

Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de

Lindenberg, Schwaben
Wohnanlage für betreutes Wohnen

www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Die Fakten:

- Jeder Einwohner produziert täglich durchschnittlich 110 Liter Abwasser im Haushalt. Die größten Anteile entfallen auf Baden und Duschen, Toiletten-spülung und Wäschewaschen.

- Über 95 Prozent der rund zwölfteilmillionen Einwohner Bayerns sind an kommunale Kläranlagen angeschlossen. Die Reinigungsleistung der Klärwerke wird durch Messungen am Zu- und Ablauf der Anlage ermittelt. Sämtliche Werte aller Anlagen gehen in den Leistungsvergleich ein. Er wird vom Fachverband, der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA), in dessen sieben Landesverbänden durchgeführt.

- Organische Schmutzstoffe sind eine der wesentlichen Messgrößen, denn sie belasten den Sauerstoffhaushalt der Gewässer und sind für die Gewässerökologie äußerst schädlich. Nach dem aktuellen DWA-Leistungsvergleich wurden die organischen Schmutzstoffe in den bayerischen Kläranlagen zu fast 95 Prozent durch die mechanischen und biologischen Reinigungsstufen abgebaut.

- Zusätzlich werden die eutrophierend wirkenden Nährstoffe Stickstoff und Phosphor ausgewertet, die für übermäßiges Pflanzenwachstum im Gewässer verantwortlich sind. Mehr als 370 große Kläranlagen, die über 80 Prozent des bayerischen Abwassers reinigen, sind mit einer dritten Reinigungsstufe zur Entfernung der Nährstoffe ausgerüstet. Dabei werden fast 90 Prozent der Phosphate und über dreiviertel des Stickstoffs aus dem Abwasser entfernt und die Gewässer dadurch wesentlich entlastet. □

Jagen und Fischen 2009 in München:

Informationen und Attraktionen

Vom 1. bis 5. April 2009 öffnet die Jagen und Fischen auf dem Gelände der Neuen Messe München zum 14. Mal ihre Pforten für Jäger, Fischer und Naturliebhaber. In Zusammenarbeit mit dem Landesjagdverband Bayern e.V. und dem Fischereiverband Oberbayern e.V. als ideale Träger präsentiert die Jagen und Fischen wieder neue Produkte, aktuelle Informationen und eine Vielzahl von Attraktionen für Fachleute und interessierte Besucher.

Auf der Jagen und Fischen, der Nummer 1 in Süddeutschland, präsentieren rund 360 Aussteller aus 19 Ländern ihr globales Messeangebot. Kurz vor Beginn der Jagd- und Angelsaison ist die Jagen und Fischen der ideale Ort zum richtigen Zeitpunkt, um die Ausrüstung für das Jahr 2009 zu erweitern. Erwartet werden wieder ca. 40.000 Besucher, die sich zu allen Themen rund um die Jagd und Fischerei informieren werden.

Gleichzeitig bietet die Sonderausstellung BAYERN LIFE die Möglichkeit, Naturprodukte, Kunst, altes und neues Handwerk, schöne und seltene Dinge sowie gelebtes Brauchtum vorzustellen. Auf dieser Plattform für Brauchtum und alpenländische Traditionen mit den Ausstellungsschwerpunkten Lebensart, Handwerk, Kunst & Kultur, Trachten und Musik finden heimat- und naturverbundene Besucher eine Vielzahl von alpenländischen Qualitätsprodukten. Auf der BAYERN LIFE wird die ganze liebenswerte Vielfalt Bayerns und der angrenzenden Länder präsentiert.

Zu den Highlights der Jagen und Fischen 2009 zählen u. a.:

• media & fishing team – Der Weg zum Fisch

Der Top-Raubfischexperte in Sachen Hecht, Zander, Barsch und Meerforelle, Torsten Ahrens, präsentiert auf der Aktionsbühne in Halle B6 interessante und spannende Vorträge zum Thema „Angeln in Norwegen – Der Weg zum Fisch“ oder für Abenteurer „Big Game für Einsteiger: Blue Marlin“. Auch das Thema „Das moderne Gummifischangeln“ findet mit Sicherheit zahlreiche Interessenten.

• Jagd- und Angelreisen

Ob nah oder fern, ob Süden oder Norden – auf der Jagen und Fischen können Besucher neue und attraktive Jagd- und Angelreviere auf der ganzen Welt entdecken. Rund um den Globus gibt es interessante und vielfältige Angebote für Angler und Jäger. In abenteuerlicher Atmosphäre können sich Besucher über Reisen informieren und Schnellentschlusene auch gleich buchen. □



Er braucht Wärme.
Und das auch noch
in 70 Jahren.

Geben Sie ihm Behaglichkeit mit Zukunft. Energie aus AQUA SOLEA steht uns auch in 100.000 Jahren noch zur Verfügung – vorsichtig geschätzt. Somit haben Sie es auch morgen und übermorgen immer schön warm. Mehr über Energie für die Ewigkeit siehe:

www.aqua-solea.com



AQUA SOLEA
ENERGIE FÜR EIN GUTES KLIMA.

AQUA SOLEA – die Marke von: Bayerische Landessiedlung* | FEIWO 11 BAU | Infraplan

Teilnehmer des Nürnberger Projekts Coolrider:

Partner für mehr Sicherheit

Respekt ist die Basis für Spaß. Diese Erkenntnis haben die Teilnehmer des Projekts Coolrider gewonnen, die im Rahmen einer Feierstunde im Gemeinschaftshaus Langwasser von Bürgermeister Dr. Klemens Gsell, Polizeidirektor Adolf Blöchl, dem Forchheimer Landrat Reinhardt Glauber und VAG-Vorstand Dr. Rainer Müller geehrt wurden. „Ihr seid echt klasse. Ihr seid unsere Partner für mehr Sicherheit“, lobte Polizeidirektor Adolf Blöchl die rund 200 Jugendlichen, die seit einem Jahr als Coolrider im Einsatz sind.

Vor sechs Jahren hat die VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg zusammen mit der Polizei das Projekt Coolrider aus der Taufe gehoben. Seither sind 957 Schüler zu Fahrzeugbegleitern ausgebildet worden. Den Anfang machte das Behaim-Gymnasium in Nürnberg, inzwischen beteiligen sich 33 Schulen in ganz Mittelfranken und der Oberpfalz mit wachsender Begeisterung an dem Projekt.

Gute Ausbildung

Coolrider setzen sich dafür ein, den Schulweg mit öffentlichen Verkehrsmitteln sicherer und angenehmer zu gestalten. Sie schauen hin, wo andere wegschauen. Dafür benötigen sie Selbstbewusstsein und eine gute Ausbildung. 22 Trainer der VAG und der ÖPNV-Akademie, 24 Polizisten und 33 Lehrer unterstützen die Jugendlichen in ihrem Bemühen um ein friedliches Miteinander. „Ich habe mir die Ausbildung selbst angeschaut und finde sie ganz hervorragend!“, bestätigt Hans Hertel, Schulleiter der Leopold-Ullstein-Realschule in Fürth. „Davon können die Jugendlichen ihr ganzes Leben lang profitieren.“

Dieser Meinung ist auch Gabriela Bauer, seit vier Jahren Coolrider-Betreuungslehrerin

am Melanchthon-Gymnasium in Nürnberg. „Die Schüler merken, dass sie etwas bewirken können. Und sie lernen, den richtigen Ton zu treffen. Das gibt ihnen Selbstsicherheit.“ Auch auf die Atmosphäre an der Schule wirkt sich das Engagement der Coolrider positiv aus. So berichtet Gabriela Bauer, dass aus den Reihen der Coolrider inzwischen eine Mediationsgruppe am Melanchthon-Gymnasium entstanden ist.

VAG-Vorstand Dr. Rainer Müller ist stolz auf die Coolrider: „Ihr schützt Mitmenschen, die auf Grund ihrer Schwäche den Stärkeren ausgeliefert wären. Ihr sorgt dafür, dass älteren Fahrgästen ein Platz freigemacht wird. Das ist einfach super.“ Doch nicht nur die bessere Atmosphäre in Bussen und Bahnen sind ein Verdienst der Coolrider.

„win-win-Situation“

Dass es im morgendlichen Schülerverkehr nicht immer ganz „stressfrei“ zugeht, räumte Bürgermeister Dr. Klemens Gsell ein und bedankte sich bei den Coolridern für ihren Einsatz. Daneben wies er auf die „win-win-Situation“ hin, die durch das ehrenamtliche Engagement für die Jugendlichen beispielsweise bei der Vergabe von Lehrstellen entsteht. „Das kann der Aus-

schlag gebende Faktor bei einer Bewerbung sein“, unterstrich Dr. Gsell. Denn die Coolrider sind längst über ihre eigentliche Aufgabenstellung, den Schülerverkehr, hinausgewachsen, wie Polizeidirektor Adolf Blöchl betonte: „Beherzte Coolrider sprechen auch Erwachsene an, deren Verhalten nicht in Ordnung ist. Diese reagieren in der Regel überrascht, beschämt und meist auch einsichtig.“

Voraussetzungen

Coolrider kann werden, wer mindestens die siebte Klasse besucht, den Schulweg mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegt und ein sicheres und höfliches Auftreten hat. Weitere Voraussetzung: An der Schule muss es das Projekt ganz grundsätzlich geben und Eltern und Klassenlehrer müssen einverstanden sein. In der Ausbildung, die sich über sechs Wochen erstreckt, lernen die Jugendlichen, Körpersprache wahrzunehmen und selbst bewusst einzusetzen, erhalten Tipps für ein sicheres Auftreten und erfahren, wie man sich selbst schützen kann.

Kommunikationstraining

Ein weiterer wichtiger Baustein der Ausbildung ist ein Kommunikationstraining, das insbesondere auch vermittelt, wie man sich bei Meinungsverschiedenheiten gewaltfrei im Gespräch auseinandersetzt. Regelmäßig stattfindende Reflexionstage ergänzen die Ausbildung. Der Einsatz lohnt sich. „In Bussen, in denen Coolrider mitfahren, müssen die Fahrer seltener einschreiten“, weiß Andrea Leibner, Projektleiterin Coolrider bei der VAG, aus Erfahrung.

Das Projekt Coolrider wird in Zusammenarbeit mit der Polizei, mit Schulen, Lehrern und Eltern unter der Federführung der VAG durchgeführt. In der Region wird die Ausbildung von der ÖPNV-Akademie, einer Tochter der VAG, begleitet. Unterstützt und gefördert wird das Projekt inzwischen auch vom Verkehrsverbund Großraum Nürnberg GmbH, von der infra fürth verkehr gmbh, von der Erlanger Stadtwerke AG sowie dem Förderverein Coolrider-Freunde e.V., der eigens gegründet wurde.

In der Region engagieren sich für die Coolrider auch lokale Sponsoren, allen voran dort ansässige Nahverkehrsunternehmen. 2008 erhielten die Coolrider den Nahverkehrspreis der Bayerischen Eisenbahngesellschaft. □



Rund 200 Schüler haben im letzten Jahr ihre Ausbildung als Coolrider absolviert. Sie setzen sich dafür ein, dass der Schulweg mit öffentlichen Verkehrsmitteln für alle sicherer und angenehmer wird. Sie schauen hin, wo andere wegschauen. Dafür waren voll des Lobes: Polizeidirektor Adolf Blöchl, Bürgermeister Dr. Klemens Gsell, Landrat Reinhardt Glauber, VAG-Vorstand Dr. Rainer Müller und Projektleiterin Andrea Leibner. Seit 2002 haben VAG und Polizei 927 Jugendliche an 33 Schulen in ganz Mittelfranken und der Oberpfalz als Fahrzeugbegleiter ausgebildet. Sie tragen nicht nur dazu bei, die Atmosphäre und damit die Nutzungsqualität der öffentlichen Verkehrsmittel zu verbessern, sondern verhindern mit ihrem Einsatz auch konkrete Schadensfälle. □

Vor hundert Jahren:

Lokalbahn Bad Endorf-Obing eröffnet

Vor 100 Jahren, im Herbst 1908 wurde die Lokalbahn Bad Endorf-Obing eröffnet, seit 1968 ruht hier der Personenverkehr, heute gibt es nur noch Sonderfahrten.

Nach jahrelangen Planungen für eine Bahnverbindung von Rosenheim in den Raum Amberg, Halfing, Schnaitsee, Frabertsham, Obing, entschied man sich 1901 nach zahlreichen Verhandlungen über mögliche Trassen und schwierigen Grundstücksverhandlungen, für den Bau einer Lokalbahn, Endorf-Halfing-Amerang-Pittenhart-Obing. Im Frühjahr 1907 konnte, dann nach jahrelangen Hin und Her mit dem Bau dieser Eisenbahnlinie begonnen werden. Vor 100 Jahren war dann diese rund 18 Kilometer lange Strecke voll im Bau.

Sterbende Nebenstrecken

Am 10. September 1908 traf der erste Bahnzug in Obing ein und am 15. Oktober konnte dann diese Lokalbahnstrecke eingeweiht und in Betrieb genommen werden. Als in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts das Sterben der Nebenstrecken begann, blieb auch diese Lokalbahn nicht verschont.... So wurde ab Mai 1968 der unrentable Personenzugverkehr eingestellt. Es verkehrten dann nur noch Güterzüge und 1996 war dann auch damit Schluss. Diese Strecke wurde für den offiziellen Zugverkehr eingestellt.

Damit diese Lokalbahnstrecke nicht ausgelöscht und an sie erinnert wird, wurden die Verantwortlichen aufgefordert diese Bahnlinie nicht endgültig aufzugeben sondern zu fördern. So veranstaltete die Gemeinde Obing im Sommer 1995 an zwei Tagen Dampfzugfahrten zwischen Bad Endorf und Obing. Auch 1996 wurden im Sommer nostalgische Dampfzugfahrten durchgeführt.

Dampfzugfahrten

Damals fragten sich die Eisenbahnfreunde, ob es die letzte Fahrt zwischen Obing und Bad Endorf sein würde. Denn für die Bahn AG galt diese Strecke am 2. September 1996 als endgültig stillgelegt. Doch Obings Altbürgermeister Walter Mayer setzt sich nach wie vor für die Erhaltung der Lokalbahnstrecke ein. In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Eisenbahnmuseum in Nördlingen können immer wieder Dampfzugfahrten durchgeführt werden. Eisenbahnfans und freiwillige Helfer in den Gemeinden Obing, Pittenhart und Amberg befreiten die rund 18 Kilometer lange Strecke immer wieder von Eschen-Sprösslingen, Busch-

werk, Umkraut und Fichtenanflug. Man wollte keine scharfen Spritzmittel einsetzen, die Fauna und Flora zerstören und außerdem noch hohe Kosten verursachen. Unter sachkundiger Anleitung wurden die Arbeiten durchgeführt. Auch zum 90-jährigen Jubiläum der Lokalbahnstrecke 1998 fuhren nostalgische Dampfzüge.

Historischer Schienenbus

Im Herbst 2004 erwirbt dann die Chiemgauer Lokalbahn einen historischen Schienenbus, einen rund 50 Jahre alten vierachsigen Triebwagen vom Typ „Esslinger“ mit einem dazugehörigen Beiwagen. Alle zwei Fahrzeuge bieten rund 200 Fahrgästen Platz, auch die Mitnahme von Fahrrädern ist möglich. Diese nostalgische Garnitur, dient für Ausflugsfahrten und Touristikverkehr an den Wochenenden im Sommer.

Gerolzhofen steigt um:

Statt Auto: Stadtbus!

Das unterfränkische Städtchen Gerolzhofen mit seinem mittelalterlichen Stadtbild, der idyllischen Allee um die Stadtmauer und seinen imposanten Wehrtürmen steigt um – und zwar in den Bus. Mitte November nahm der Stadtbus seinen Betrieb auf.

Im Halbstunden-Takt drehte der knallgelbe Bus der Gerolzhofener Firma OKReisen Kleinenz mit 18 Sitzplätzen seine Runden durch Gerolzhofen, montags bis freitags von 9 bis 12 Uhr und von 14 bis 17 Uhr. In der Weihnachtszeit fährt der Stadtbus auch an allen Adventssamstagen, dann jeweils von 9 bis 14 Uhr.

Kurz vor der ersten Runde lud die Stadt alle Interessierten zu einer kleinen offiziellen Eröffnungsfeier ein: Bürgermeisterin Irmgard Krammer gab den Startschuss für den dreimonatigen Probebetrieb.

Dreimonatiger Probebetrieb

Bus fahren - Sprit sparen: Den dreimonatigen Probebetrieb hat der Stadtrat einstimmig beschlossen. Und so bringt der Geo-Stadtbus nunmehr Einheimische, Gäste und Touristen zu Geschäfts- und Wohngebieten, in die Innenstadt und zu markanten Stellen des rund 6700 Einwohner zählenden Städtchens.

Die Einzelfahrt kostet einen Euro, egal wie viele Haltestellen lang die Fahrt dauert. Darüber hinaus gibt es Vergünstigungen auf Tageskarten (2,50 Euro),

Im Sommer 2006 feierte man dann die wieder eröffnete Lokalbahnstrecke Endorf-Obing (LEO) mit einem großen Fest mit Tausenden von Gästen. Rund 10.000 Fahrgäste waren bisher alle Jahre von Mai bis Oktober mit der beliebten Chiemgauer Lokalbahn unterwegs, mit den Triebwagen an den Sonn- und Feiertagen sowie bei Sonderfahrten und Charter-Fahrten.

Die Weichen sind gestellt

Die Lokalbahn kann auch für Geburtstagsfeiern und Vereinsausflüge gemietet werden. Seit Sommer 2005 hat das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie der Rhein-Sieg Eisenbahn GmbH als fachlich zuständiges Eisenbahnverkehrsunternehmen die Genehmigung zum Betreiben der Bahnstrecke Bad Endorf über Halfing und Amberg nach Obing erteilt, die bereits „abgeschriebene“ über 100 Jahre alte Lokalbahn im Chiemgau hat wieder eine Zukunft. **Jos. Göllinger**

Leserbrief an die GZ

Gemeinde Eurasburg kassiert Eintrittsgeld von Autofahrern

Einen sehr eigenwilligen Umgang mit ihren Besuchern praktiziert die oberbayerische Gemeinde Eurasburg: Beim Verlassen des Ortes wird an der Stadtgrenze abkassiert. Als ich im August mit meinem PKW unterwegs war wurde ich aus heiterem Himmel geblitzt - ganz wenige Meter vor dem Ortsende.

Beim Blick auf meinen Tachodachte ich an einen Fehler bei der Auslösung der Überwachungsanlage, die sich in einer Hecke befand. Doch ein Schriftstück der Kommunalen Verkehrsüberwachung belehrte mich eines Besseren: Für 56 km/h

musste ich 15 Euro Verwarungsgeld fristgerecht innerhalb von acht Tagen überweisen.

Moderne Wegelagerer möchte man die zuständigen Verantwortlichen nennen. Meiner Ansicht nach diene diese Aktion nicht zur Gefahrenabwehr oder zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Vielmehr wird damit die kommunale Kasse saniert. In Zukunft werde ich jedenfalls einen großen Bogen um Eurasburg machen. Dies ist auch eine Möglichkeit, eine Kommune von Autos zu befreien - aber auch von Gästen. **Christoph Miller Walkertshofen**



Ihr kompetenter Partner im Straßenverkehr

Für den fließenden Verkehr - Dynamische Parkleitsysteme

Die Straßen sind verstopft, Falschparker behindern andere Verkehrsteilnehmer, lange Autoschlangen vor Parkhäusern ... Der Alltag im Straßenverkehr!

Die Lösung:

Dynamische Parkleitsysteme der Bremicker Verkehrstechnik

Durch dynamische Parkleitsysteme wird unnötiger Suchverkehr vermieden. Den Straßenverkehrsteilnehmern werden Orientierungshilfen geboten und die Auslastung der Parkplätze erhöht sich.



Bremicker Verkehrstechnik GmbH & Co. KG • Am Öferl 37 - 43 • 82362 Weilheim i. OB
Telefon: 0881 642-0 • Telefax: 0881 642-201
E-Mail: info@bremicker-vt.de • www.bremicker-vt.de

bremicker
VERKEHRSTECHNIK

Gemeinsamer Fünf-Punkte-Katalog von VDV und DFV:

Plädoyer für Mobilitätssicherung von Familien in Deutschland

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. (VDV) und der Deutsche Familienverband e. V. (DFV) fordern gemeinsam die Sicherung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Gerade in Anbetracht der hohen Benzinpreise spielt der ÖPNV eine immer wichtigere Rolle für die Mobilität von Familien. Gemeinsam haben beide Verbände dazu einen Fünf-Punkte-Forderungskatalog entwickelt.

„Wir brauchen ein stärkeres politisches Bewusstsein für den Zusammenhang von Familie und Mobilität. Wichtige Punkte haben wir deshalb in unseren Forderungskatalog geschrieben“, erklärte VDV-Hauptgeschäftsführerin Dr.-Ing. Claudia Langowsky zum Abschluss eines gemeinsamen Workshops von VDV und DFV in Berlin.

Der Workshop ist Teil einer Kooperation der beiden Verbände im Rahmen der Kampagne „Vorfahrt für Familien! Mit Bussen & Bahnen“, mit der sich der VDV in diesem Jahr für Mobilitätsbedürfnisse von Familien, insbesondere im ländlichen Raum, einsetzt.

„Wir vom DFV engagieren uns traditionell dort, wo es um den Alltag von Familien geht. Die Mobilität mit Bussen und Bahnen ist so ein Fall. Deshalb kooperieren wir in diesem Jahr mit dem VDV“, betonte Siegfried Stresing, Bundesgeschäftsführer des DFV. Ihr gemeinsames Anliegen formulierten beide Verbände heute in einem Fünf-Punkte-Forderungskatalog:

1. Familienpolitische Bedeutung des ÖPNV anerkennen

Die Familienfreundlichkeit einer Region wird im Familienatlas des Bundesfamilienministeriums bislang mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wohnen, Bildung und Ausbildung sowie Freizeit-

gestaltung bestimmt. Die Erreichbarkeit und Vernetzung der verschiedenen Angebote auch ohne Auto ist allerdings Voraussetzung dafür, dass diese auch von allen genutzt werden können. Deshalb sollten die Angebote von Bussen und Bahnen Bewertungskriterium für familienfreundliche Regionen im Familienatlas werden.



VDV-Vizepräsident Dr. Eberhard Christ übergibt die Petition der beiden Verbände an Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen. Foto: Jörg Müller

2. Angebot des ÖPNV für Familien auch in der Fläche erhalten

Fast 60 Prozent aller Familien mit Kindern bis 18 Jahren leben in Gemeinden unter 50.000 Einwohnern - also in ländlichen Gebieten bzw. in der Umgebung von Großstädten und Ballungsräumen. Daher muss der ÖPNV auch hier ein gutes Angebot machen. Für die gute An-

bindung dieser Regionen an ihre jeweiligen Zentren setzen Bund und Länder die Regionalisierungsmittel ein. Damit der ÖPNV auch weiterhin bezahlbar bleibt, müssen diese Regionalisierungsmittel des Bundes über das Jahr 2014 in voller Höhe erhalten bleiben; genauso wie die Dynamisierung der Mittel von jährlich 1,5 Prozent.

3. Familien- und klimafreundliche Mobilität steuerlich fördern

Von Familien wird immer größere Mobilität gefordert, sei



es durch Schulzusammenlegungen, durch entfernte Arbeitsstätten oder durch zentrale Freizeitangebote. Ihnen werden dabei auch enorme finanzielle Belastungen aufgebürdet. Die Kosten für die beruflichen Wege mit dem ÖPNV müssen in vollstem Umfang steuerlich absetzbar sein. Angesichts steigender Mobilitätsanforderungen sind weitere verkehrspolitische Lenkungen hin zu mehr klimaschonender Mobilität erforderlich.

4. Gestaffelte Schulzeiten

Busse und Bahnen stehen für einen pünktlichen und sicheren Weg zur Schule. Für die Verkehrsunternehmen stellt die morgendliche Verkehrsspitze, wenn alle zur gleichen Zeit zur Schule oder Arbeit fahren, jedoch eine große betriebliche und finanzielle Herausforderung dar. Entzerrt man diese morgendliche Verkehrsspitze

fühlten sich die wenigsten.

Zur „Verschandelung“ des Stadtbilds führt nach der Analyse der CTW-Mitarbeiter auch das Verhalten der Fahrradfahrer, die ihre Drahtesel an allen möglichen oder unmöglichen Orten abstellten oder anketteten. Wobei dieses Problem hausgemacht sei: „Es gibt zu wenige Fahrradständer.“ Dass Abstellflächen für Räder gern angenommen werden, sei überall dort zu beobachten, wo die Stadt in entsprechende Anlagen investierte.

Kinder ohne Möglichkeit zum Spielen

Wenig attraktiv ist die Innenstadt für Kinder, die ihre Eltern auf einer Sightseeing-Tour durch Würzburg begleiten. Auf der gesamten Tourismusachse zwischen Residenz und Alter Mainbrücke gibt es keine einzige Möglichkeit für Kinder, ihren Spieltrieb auszuleben. Für Erwachsene sind Sitzbänke Mangelware. Da es an Platz für eine großzügige Spielfläche fehlt, meldete das CTW den Wunsch nach „Spielpunkten“ an.

Pat Christ

durch gestaffelte Schulanfangszeiten, hat das viele Vorteile. Die Verkehrsunternehmen müssen weniger Fahrzeuge vorhalten, wodurch das Leistungsangebot günstiger erstellt werden kann. Hiervon können alle Fahrgäste profitieren und Schüler sowie Berufstätige starten entspannt in den Tag. Hierfür müssen sich Schulträger, Elternvertretungen und Verkehrsunternehmen abstimmen.

5. Energiesteuern senken

Mobilität wird immer teurer. Die Benzinpreise sind seit 1988 um 175 Prozent angestiegen. Für viele Familien wird es daher immer schwieriger, sich die Mobilität mit einem eigenen Pkw zu leisten. Der Staat trägt Verantwortung dafür, dass bezahlbare Mobilität für alle erreichbar ist. Da Busse und Bahnen zusätzlich noch umweltfreundlich sind, sollten die Energiesteuern für sie auf die Mindeststeuersätze gesenkt werden, die die EU-Energiesteuerrichtlinie vorsieht. Für elektrisch betriebene Fahrzeuge würde das eine Befreiung bedeuten.

VDV und DFV richten sich mit ihrer Kooperation nicht nur an die Landes- und Bundespolitik. Auch die regionalen Mitgliedsunternehmen des VDV standen im Fokus des gemeinsamen Workshops. Die Partner präsentierten ausgewählte familienfreundliche ÖPNV-Angebote aus ganz Deutschland. „Die Beispiele zeigen der Politik, dass wir nicht nur fordern, sondern an vielen Stellen bereits aktiv etwas für Familien tun“, hob Claudia Langowsky hervor.

Weitere Informationen unter www.deutschland-bleibt-mobil.de



Der Rosenheimer Bahnhof etwa im Jahr 1865.

Foto: Stadtarchiv - Fotosammlung

150 Jahre Alter Bahnhof – 130 Jahre Rathaus

Die Stadt Rosenheim feierte das Doppeljubiläum „150 Jahre Alter Bahnhof – 130 Jahre Rathaus“, in dem sie die Geschichte dieses altherwürdigen Gebäudes und die Entwicklung der Stadtverwaltung bei einem festlichen Vortragsabend mit Ausstellung und einigen besonderen Rathausbesichtigungen lebendig werden ließ.

Der erste Bahnhof, in dem heute das Rosenheimer Rathaus untergebracht ist, wurde am 13. November 1858 in Betrieb genommen. Schon 1876 wurde der Bahnhof an einen neuen Standort verlegt. Seit 1878, also seit 130 Jahren, dient das erste Bahnhofsgebäude als Rathaus. Zur Erinnerung an diese Anlässe hatte die Stadt ein kleines Jubiläumsprogramm vorbereitet, zu dem alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen waren.

Festabend

Mitte November fand im großen Rathaussaal ein Festabend statt. Hauptprogramm dieser musikalisch umrahmten Veranstaltung war der Vortrag des stellvertretenden Stadtheimatpflegers Karl Mair,

der einen historischen Abriss zum Thema Bahnhof und Rathaus, untermalt mit historischen Bilddokumenten, gab. Daneben nahm der Sketch „Buchbinder Wanninger 2008“, frei nach Karl Valentin, einen humorvollen Bezug auf 130 Jahre Rosenheimer Verwaltungsgeschichte.

Zudem wurde eine Woche lang die Geschichte des Gebäudes im historischen Mitteltrakt und im Foyer der Rathaussäle mittels einer kleinen Ausstellung lebendig.

Als weitere Möglichkeit, sich intensiver mit dem Rathaus und seiner Historie auseinanderzusetzen, bot die Stadt kostenlose Rundgänge zu Geschichte und Architektur des Hauses, unter anderem mit Besichtigung des Büros der Oberbürgermeisterin und der sonst nicht zugänglichen Kellergewölbe an.

TUN SIE ETWAS FÜR DAS KLIMA! ERWEITERN SIE IHREN FUHRPARK!

Wir fahren für das Klima.
Es gibt viele Wege, das Klima zu schonen. Aber am einfachsten ist es wohl, das Auto stehen zu lassen und auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Denn Busse und Bahnen produzieren pro Person und gefahrenem Kilometer nur rund ein Drittel des Kohlendioxids eines Autos.

Damit Deutschland mobil bleibt
Busse & Bahnen

www.deutschland-bleibt-mobil.de

Würzburgs City soll schöner werden

Stadträte diskutierten Mängelliste ihres Tourismuschefs

Würzburg. Dürrftig bis dürr bepflanzte Betonblumenkübel, käfigartige Bretterverschläge für Outdoor-Gäste vor Kneipen und Cafés, lieblose Metallbänke - eine lange Liste an Hässlichkeiten präsentierte Würzburgs Tourismuschef Dr. Peter Oettinger im Werkausschuss des Würzburger Stadtrats. Laut Oettinger droht die City der Residenzstadt zu „verslumen“. Die Stadträte sehen sich nun vor die Aufgabe gestellt, die Situation zu verbessern, ohne viel Geld in die Hand nehmen zu können.

Würzburg könnte deutlich mehr aus sich machen, ist Oettinger überzeugt: „Wir verkaufen uns als Standort schlecht.“ So würde nur an zwei Punkten in der Stadt Blumenschmuck ein angenehmes Bild bieten: Rund um den Häckerbrunnen am Oberen Marktplatz blüht es im Sommer lebhaft, außerdem locken die Blumenpyramiden vor dem Würzburger Stadttheater. Ansonsten prägen laut Oettinger „Pflanztröge mit fast schon verdorrtem Inhalt oder Wald- und Wiesen-Grün das Bild der touristischen Hauptachse.“

An Negativästhetik nicht zu überbieten

Ein Dorn im Auge sind dem Geschäftsleiter des städtischen Eigenbetriebs „Congress-Tourismus-Wirtschaft“ (CTW) außerdem die „Käfige“, in denen Kneipengäste von Frühling bis tief in den Herbst hinein „gehalten“ werden. Die Gestaltung einer ganzen Reihe von Außengastronomieflächen sei an Negativästhetik „nicht zu überbieten“. „Lattenzäune aus dem Baumarkt, schlimmer noch

Pressspanplatten, zeugen von Hilflosigkeit der Gastronomen.“ In manchen Gegenden der Stadt vermiese diese „Bretter-Architektur“ das gesamte Bild eines Straßenzuges.

„Bretter-Architektur“

Allerdings: Irgendwann hatte irgendwer just diese Außengestaltung genehmigt. Das sollte künftig nicht mehr sein. Oettinger regte an, mit der Genehmigung zur Außenbewirtschaftung einer Kneipe, eines Restaurants oder Cafés Vorgaben zu verbinden. Zum Beispiel Mobiliar, das ins Stadtbild passt, entsprechende Schirme und Dekorationen.

Gravierendes Problem

Als inzwischen gravierendes Problem erkannten die Stadträte die „halbverdauten Speisenhinterlassenschaften“ in Würzburgs Kneipenstraßen nach den Wochenendpartys und vor allem nach speziellen Events. Die Gastronomen begnügten sich offenbar damit, Umsatz zu machen, stellte Oettinger fest. Verantwortlich dafür, die Lachen mit Erbrochenem zu entfernen,

Ab 2009 in der neuen E-Klasse und in der S-Klasse:

Sicherheit auf höchstem Niveau

Synergie modernster Sicherheitstechnik macht neue Mercedes-Modelle zu „denkenden“ Partnern

Mit rund einem Dutzend neuer oder weiterentwickelter Systeme schlägt Mercedes-Benz ein neues Kapitel in seiner langjährigen Geschichte der Pkw-Sicherheit auf. Nach dem erfolgreichen Engagement beim Insassenschutz stehen künftig mehr denn je die Vermeidung von Verkehrsunfällen und die Verringerung der Unfallerschwere im Fokus der Mercedes-Fachleute.

Dabei spielen die Fahrer-Assistenzsysteme, die erstmals in der neuen E-Klasse und in der S-Klasse des Modelljahrgangs 2009 zum Einsatz kommen werden, eine wichtige Rolle. Mit einer weltweit einzigartigen Synergie modernster Sicherheitstechnik erweitert Mercedes-Benz die „Sinne“ der Automobile und steigert ihre Intelligenz.

So werden die Mercedes-Modelle zu „denkenden“ Partnern, die sehen, fühlen und selbstständig handeln können. Zudem weisen die Mercedes-Limousinen auf dem Gebiet des Insassenschutzes in die Zukunft und setzen mit einer „elektronischen“ Knautschzone neue Maßstäbe.

Ebenso wie die bewährten Mercedes-Erfindungen ABS, ESP®, Bremsassistent und PRE-SAFE® sind auch die neuen Assistenzsysteme auf das reale Unfallgeschehen abgestimmt. Ziel ihrer Entwicklung war es, besonders häufige und folgenschwere Kollisionen zu verhindern. Im Blickpunkt stehen dabei die Unfallursachen Abstand, Geschwindigkeit, Übermüdung, Dunkelheit und Abkommen von der Fahrbahn.

Kritische Situationen interpretieren

Dazu setzt Mercedes-Benz neben Radarsensoren erstmals auch Kameras ein, die weit vorausschauen, die Umgebung des Autos beobachten und kritische Situationen interpretieren können. Neue kamerabasierte Assistenzsysteme unterstützen den Autofahrer zum Beispiel beim spurtreuen Fahren, beim Erkennen von Temposchildern, bei der situationsgerechten Steuerung der Scheinwerfer und beim Blick in die Dunkelheit.

Die neue E-Klasse wird das weltweit erste Automobil sein, dessen Scheinwerfer sich automatisch der jeweiligen Verkehrssituation anpassen. Der **Adaptive Fernlicht-Assistent** erkennt entgegenkommende oder vorausfahrende, beleuchtete Fahrzeuge und steuert die Scheinwer-

fer kontinuierlich so, dass sie stets die größtmögliche Leuchtwerte bieten - ohne andere Autofahrer zu blenden. Auf diese Weise kann sich die Reichweite des Abblendlichts von derzeit 65 auf bis zu 300 Meter vergrößern. Ist die Strecke frei, schaltet das System mit einem weichen Übergang auf Fernlicht um. Damit unterscheidet sich die Mer-



Unterschiedliche Fahrerassistenz-Systeme bieten in der neuen E- und S-Klasse ein Höchstmaß an Sicherheit.

cedes-Entwicklung grundlegend von herkömmlichen Systemen dieser Art, die lediglich zwischen Abblend- und Fernlicht umschalten.

Bestmögliches Licht

Tests zeigen, dass Autofahrer mit dem Adaptiven Fernlicht-Assistenten bei Dunkelheit sicherer unterwegs sind, weil sie Fußgänger, Radfahrer oder Hindernisse auf der Fahrbahn bis zu 150 Meter früher erkennen als mit dem herkömmlichen Abblendlicht. Außerdem trägt das System zur Entlastung des Autofahrers bei: Er muss den Hebel am Lenkrad nicht mehr betätigen und kann sich besser auf seine Fahraufgabe konzentrieren. Einmal eingeschaltet, stellt der Adaptive Fernlicht-Assistent stets die bestmögliche Leuchtwerte zur Verfügung.

Kernstück des Systems ist eine Kamera an der Innenseite der

Frontscheibe. Sie sendet alle 40 Millisekunden neue Daten, mit denen die Leuchtwerte der variabel regelbaren Bi-Xenon-Scheinwerfer angepasst werden.

Den **Nachtsicht-Assistenten**, der die Fahrbahn mit unsichtbarem Infrarotlicht weit ausleuchtet, hat Mercedes-Benz weiterentwickelt. Die zweite Generation dieses Systems - der **Nachtsicht-Assistent Plus** - zeichnet sich durch eine spezielle Fußgänger-Detektion aus: Sobald das System Fußgänger vor dem Auto erkennt, werden sie in der Displayanzeige markiert.

Ein weiteres, neues Mercedes-Assistenzsystem kann Unfälle durch Abkommen von der Fahrbahn verhindern. In Deutschland sind mehr als ein Drittel aller getöteten Verkehrsteilnehmer Opfer solcher Unfälle. Deshalb hat Mercedes-Benz den **Spurhalte-Assistenten** entwickelt. Seine Kamera beobachtet permanent den Spurverlauf des Autos und Bedienhandlungen des Autofahrers. So erkennt das System, wenn der Wagen unbeabsichtigt die Fahrspur verlässt und ein Unfall droht. In diesem Fall warnt das System den Fahrer rechtzeitig und erinnert ihn durch kurze, aber spürbare Lenkrad-Vibrationen daran gegenzulenken.

Anders als herkömmliche Systeme dieser Art wertet der Mercedes-Assistent auch die Aktivitäten des Autofahrers aus und erkennt auf diese Weise zuverlässig, ob das Fahrzeug absichtlich oder unabsichtlich die Fahrspur verlässt. Die Warnung erfolgt zum Beispiel nicht, wenn der Fahrer zum Beispiel vor einem Überholvorgang oder beim Auffahren auf die Autobahn beschleunigt, wenn er stark bremst oder in eine Kurve lenkt. Beim Überfahren einer durchgezogenen Linie warnt das System früher als bei einer unterbrochenen Fahrbahnmarkierung.

Arbeit in Echtzeit

Der ebenfalls neue **Geschwindigkeitslimit-Assistent** erinnert den Autofahrer an das jeweilige Tempolimit: Die Kamera an der Frontscheibe erfasst die Verkehrszeichen beim Vorbeifahren und zeigt die km/h-Begrenzung auf dem Display im Tachometer an. Dadurch hat der Autofahrer die Information vor Augen, in welcher Tempozone er sich gegenwärtig befindet und kann seine Geschwindigkeit entsprechend anpassen. Wird die Tempobegrenzung wieder aufgehoben, verschwindet die Displayanzeige.

Den großen Fortschritten auf dem Gebiet der Bildverarbeitung ist es zu verdanken, dass der Geschwindigkeitslimit-Assistent in Echtzeit arbeitet, die Bildanalysen also binnen Sekundenbruchteilen - beim Vorbeifahren - vor-

nimmt und dem Autofahrer sofort die notwendige Information anzeigen kann. Zusätzlich wertet der Geschwindigkeitslimit-Assistent die Daten der digitalen Straßenkarte des Navigationssystems aus und überprüft auf die Plausibilität des Kamerabildes.

Müdigkeitserkennung

Dank einer neuartigen Technologie entwickeln künftige Mercedes-Modelle ein feinfühliges Gespür für die Aufmerksamkeit ihrer Fahrer. Ziel ist es, rechtzeitig die Ermüdung der Autolenker festzustellen und sie vor dem gefährlichen Sekundenschlaf zu warnen. Laut wissenschaftlicher Studien ereignen sich durch Übermüdung rund ein Viertel aller schweren Autobahnunfälle.

Der neue **Attention Assist** ist mit hochempfindlicher Sensorik ausgestattet, die das Fahrverhalten des Autolenkers, die jeweilige Fahrtsituation sowie über 70 andere Parameter erfasst. Auf diese Weise erkennt das System, wenn die Aufmerksamkeit des Fahrers nachlässt. Die permanente Beobachtung ist wichtig, um den gleitenden Übergang vom Wachzustand zur Ermüdung zu erkennen und den Autofahrer frühzeitig warnen zu können. Neben der Geschwindigkeit, der Längs- und Querbremsschleunigung erfasst das Mercedes-System zum Beispiel auch Blinker- und Pedalbetätigungen sowie bestimmte Bedienhandlungen und äußere Einflüsse wie Seitenwind oder Fahrbahnunebenheiten.

Insassenschutz

Der Attention Assist wird zur Serienausstattung der neuen E- und der S-Klasse des Modelljahrgangs 2009 gehören. Ebenfalls serienmäßig bietet Mercedes-Benz in diesen Modellen das präventive **Insassenschutzsystem PRE-SAFE®** an. Es erkennt unfallträchtige Situationen anhand von Sensorinformationen und aktiviert reflexartig vorsorgliche Schutzmaßnahmen für die Insassen, so dass Gurte und Airbags beim Aufprall ihre volle Schutzwirkung entfalten können. Damit bildet Pre-Safe® die Brücke zwischen Aktiver und Passiver Sicherheit; es ist mit dem Bremsassistenten und dem Elektronischen Stabilitätsprogramm ESP® vernetzt, deren Sensoren potenziell fahrdynamisch kritische Situationen erkennen und millisekundenschnell entsprechende Informationen an die elektronischen Steuergeräte senden.

Radartechnik

In Zukunft wird Mercedes-Benz erstmals auch die Informationen des **Nahbereichsradars** nutzen, um im allerletzten Augenblick vor einem unvermeidbaren Unfall die Pre-Safe®-Gurtstraffer auszulösen. Dadurch lassen sich die Aufprallbelastungen von Fahrer und Beifahrer deutlich vermindern.

Die auf moderner Radartechnik basierenden Mercedes-Assistenzsysteme **Distronic Plus** und **Bremsassistent Plus** leisten einen wirksamen Beitrag zur Unfallvermeidung. Eine Analyse von Daten aus der Unfallforschung ergab, dass mit dieser Technologie in Deutschland durchschnittlich ein Fünftel aller Auffahrkollisionen verhindert werden können. Auf Autobahnen lässt sich die Unfallquote sogar um rund 36 Prozent verringern.

Für die neue E-Klasse und die S-Klasse des Modelljahrgangs 2009 hat Mercedes-Benz die **Radartechnik noch weiter verbessert**. Die Reichweite des Fernradarsensors beträgt künftig 200 statt bisher 150 Meter. Zudem ermöglicht der Sensor eine neue Mittelbereichserfassung,



Handlich, praktisch, beweglich

Der LADOG T 1550 TransFlex macht sich auch im Winter bezahlt. Wenn das Multifunktionsfahrzeug nicht für den Winterdienst benötigt wird, läßt es sich problemlos zum Heckenschneiden einrichten. Mit dem handlichen LADOG T 1550 TransFlex ist das ein Kinderspiel. Gesteuert über den Multifunktionshebel ist die Bedienung des Heckenschneide-Gerätes für den Fahrer ganz einfach und damit wirklich praktisch. Die Sichtverhältnisse des Fahrers auf den Arbeitsraum sind gut und dank der Außenabmessungen des Gesamtfahrzeuges ist das Fahrzeug bei dieser Arbeit sehr beweglich. Der LADOG T 1550 TransFlex ist einfach die „Zwischenklasse“. Dank der großen, ausgereiften Hydraulikanlage kann der Fahrer die Arbeiten mit einer geringen Motordrehzahl durchführen. Er fühlt sich wohl bei seiner Arbeit. Dank des Hydrostaten schmerzt ihn auch kein Kupplungsfuß; kein zappeln macht ihn nervös - dank des einfachen Multifunktionshebels. Keine Beschwerden im Genick stören ihn - weil er dank der guten Sichtverhältnisse ganz normal sitzen und arbeiten kann. Die (wahlweise) Allradlenkung ermöglicht es dem Fahrer auch Bereiche zu bearbeiten, die ohne Allradlenkung nur durch große Rangierarbeiten durchgeführt werden können. Umfassende Infos unter: www.bertsche-online.de

die bei 60 Grad Öffnungswinkel den Bereich bis rund 60 Meter vor dem Auto überwacht. Mit dieser neuen Technologie lässt sich das Verkehrsgeschehen vor dem Auto noch präziser beobachten und dynamische Vorgänge wie das plötzliche Ausscheren eines vorausfahrenden Autos noch besser detektieren.

Die beiden besonders weitwinkligen Nahbereichs-Radarsensoren (80 Grad Öffnungswinkel), die rund 30 Meter weit reichen, sind weiterhin im Einsatz.

Elektronische Knautschzone

Radartechnik warnt den Autofahrer in der neuen E-Klasse und in der S-Klasse nicht nur vor einem drohenden Auffahrunfall, sie kann ihn auch bei Notbremsungen unterstützen. Die Sensoren sind mit einem Bremsassistenten vernetzt, der bei Gefahr automatisch den Bremsdruck berechnet, um die Kollision zu verhindern. Beim Tritt aufs Bremspedal steht diese Bremskraftunterstützung sofort zur Verfügung und ermöglicht je nach Tempo und Abstand eine geregelte Zielbremsung oder - falls erforderlich - eine Vollbremsung.

Reagiert der Fahrer nicht auf die Warnhinweise des Bremsassistenten, greift die Presafe®-Bremsen ein und bremst das Auto selbstständig ab: Etwa 1,6 Sekunden vor dem berechneten Unfall nimmt das System eine autonome Teilbremsung vor und verzögert den Wagen mit rund 40 Prozent der maximalen Bremsleistung. Handelt der Fahrer auch nach der automatischen Teilbremsung nicht, aktiviert die Presafe®-Bremsen rund 0,6 Sekunden vor dem unvermeidbaren Aufprall die maximale Bremsleistung und kann dadurch die Unfallschwere deutlich vermindern. So wirkt das System quasi wie eine „elektronische Knautschzone“.

Crashtests

Die neue E-Klasse hat im Laufe ihrer Entwicklung über 150 Hochgeschwindigkeits-Crashtests und insgesamt mehr als 17.000 wirklichkeitsgetreue Crashtests absolviert. Darunter waren nicht nur rund 40 verschiedene Aufprallkonfigurationen, die für Ratingtests und für die weltweite Zulassung

der Limousine vorgeschrieben sind, hinzu kamen auch neun besonders anspruchsvolle, firmeneigene Crashversuche, deren Anforderungen zum Teil weit über die gesetzlichen Bedingungen hinausgehen.

Deformationszonen

Das vom Mercedes-Sicherheitspionier Béla Barényi erfundene Prinzip der Knautschzone haben die Sindelfinger Ingenieure kontinuierlich perfektioniert. Die vorderen Deformationszonen moderner Mercedes-Personenwagen wirken auf mehreren Ebenen und sind damit noch leistungsfähiger, weil die Aufprallkräfte großflächig verteilt und an der Fahrgastzelle vorbeigeführt werden können.

Ebenso trägt der verstärkte Einsatz höchstfester Stahllegierungen dazu bei, dass die Karosserien hohen Aufprallbelastungen standhalten. Diese Stahlorten erreichen bei einem Minimum an Gewicht ein Maximum an Festigkeit. In der neuen E-Klasse bestehen rund 72 Prozent aller Karosseriebleche aus modernen Hightech-Stahlsorten.

Mit insgesamt sieben serienmäßigen Airbags, Gurtstraffern, Gurtkraftbegrenzern und crashaktiven Neck-Pro-Kopfstützen wird die neue E-Klasse eine noch umfangreichere Sicherheitsausstattung bieten. Im Fond feiern ab Herbst 2009 selbstadaptive Gurtkraftbegrenzer Premiere; sie passen sich automatisch an die Körpergröße der Fondpassagiere an.

Fußgängerschutz

Mercedes-Benz setzt das langjährige und sehr erfolgreiche Engagement zum Schutz schwächerer Verkehrspartner fort: Die neue E-Klasse wird serienmäßig mit einer aktiven Motorhaube ausgestattet, die das Verletzungsrisiko für Fußgänger deutlich mindert. Beim Unfall hebt ein Federsystem die Motorhaube im hinteren Bereich millisekundenschnell um 50 Millimeter an und vergrößert auf diese Weise den Deformationsraum. Eine Besonderheit des Mercedes-Systems ist seine reversible Technik: Die aktive Motorhaube kann vom Autofahrer mit eigener Kraft zurückgestellt werden, ein Werkstattbesuch ist nicht erforderlich.

LADOG

Bärenstark!

Stadt Müllsauger Leichtmüllverdichter

www.bertsche-online.de

BERTSCHE KOMMUNALGERÄTE
Hüfanger Straße 47 · 78199 Bräunlingen
Tel. 0771 9235-0 · Fax 0771 9235-30
info@bertsche-online.de
www.bertsche-online.de

Kontinuität in Oberbayern

Beständigkeit und Tradition prägen Mühldorf am Inn, Mittelzentrum im Regierungsbezirk Oberbayern ebenso wie Innovation und Fortschritt. Die über tausend Jahre alte Stadt ist immer ein wichtiger Handelsplatz zwischen München und Salzburg gewesen. Als ehemalige Enklave des Erzbistums Salzburg in Bayern hat Mühldorf eine wesentlich längere salzburgische als bayerische Geschichte. Heute noch prägt der historische Stadtkern mit Bauten im Inn-Salzach-Stil das Zentrum der Stadt und damit auch viele Arbeitsbedingungen des städtischen Bauhofs.

Wie viele andere Dinge des öffentlichen Lebens und seiner Strukturen werden auch in Mühldorf die Aufgaben und Arbeiten der Stadtverwaltung und ihrer Ämter immer noch von dieser historischen Tradition geprägt. Die Stadt liegt an einem Schnittpunkt der Hauptverkehrswege östlich von München, die teilweise durch das Stadtgebiet führen.

Standard garantieren

Diese Tatsache gibt dem städtischen Bauhof und seinen Aufgabefeldern eine besondere Bedeutung, denn der Bauhof muss den verkehrstechnischen Standard der Straßen garantieren, die zur Autobahn A94 und zur Bundesstraße 12 führen. Dies bestätigt auch Bürgermeister Günter Knoblauch, der sagt: „Ein leistungsfähiger Bauhof ist ein Stück Sicherheit und Lebensqualität für die Bürger unserer Stadt.“ Wolfgang Huber ist seit zehn Jahren im Bauhof tätig und heute dessen Leiter. Er sieht die Anforderungen an den Bauhof und seine 33 fest angestellten Mitarbeiter, die dem Bauamt der Stadt, unter der Leitung von Stadtbaumeister Richard Faßer, unterstellt sind, ganz von der praktischen Seite: „Wir haben insgesamt 111 Kilometer Straße zu betreuen. Darunter sind aufgrund der vorhandenen Altstadt-

struktur sehr viele enge Straßen, da sind wir auf wendige, leistungsfähige Geräteträger und Fahrzeuge angewiesen.“

Für unterschiedlichste Aufgaben gut gerüstet

Und damit sind bereits die Mercedes-Benz Unimog verschiedenster Baureihen, die seit Jahrzehnten im städtischen Bauhof eingesetzt werden, im Spiel. Sie haben sich bis heute im Winterdienst, in der Straßenreinigung, im Unterhalt des Kanalnetzes und im Betriebsdienst von 295 Orts- und Gemeindeverbindungsstraßen mannigfaltig bewährt. Da die Stadt Mühldorf darüber hinaus auch Baulastträger von Gehwegen, Park- und

Unimog sparsamer als Traktoren

18,89 Liter statt 32,07 Liter in der Stunde - „Universal-Motor-Gerät“ seit mehr als 60 Jahren auf dem Markt

Der Mercedes-Benz Unimog hat sich laut einem Gutachten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) im hessischen Groß-Umstadt als besonders sparsames Fahrzeug zum Beispiel bei Transportarbeiten und beim Mähen erwiesen. So verbrauchte ein Mercedes-Benz Unimog U 400 mit 21 t Anhängelast auf einer Transportfahrt in der Ebene nur 18,89 Liter in der Stunde gegenüber einem

Grünflächen, Spielplätzen und diversen städtischen Gebäuden ist, fallen in dieser Hinsicht ebenfalls ständig Aufgaben und Arbeiten an. Mit insgesamt 32 Fahrzeugen plus 62 Kommunal-Anbaugeräten ist der städtische Bauhof für unterschiedlichste Aufgaben gut gerüstet. Die Anwendung von Mercedes-Benz Unimog und Lastwagen spricht für sich und das kontinuierliche Vertrauen zur Marke mit dem Stern und dem zuständigen Unimog Generalvertreter Henne-Unimog GmbH in Kirchheim-Heimstetten.

Auch Oldies im Einsatz

Derzeit sind ein Unimog U 400 mit Söder Asphaltfräse und Winterdienst-Ausrüstung, ein U 290 für den Winterdienst mit Gmeiner Streuer und ein U 90 ebenfalls für den Winterdienst im Einsatz. Der „Oldie“ in dieser Reihe ist ein U 1400, der je nach Bedarf mit Vorbaukehrmaschine, Bankettmähergerät, Fronthäcksler oder auch für den

Mittelwert von Traktoren in Höhe von 32,07 Liter in der Stunde. Die Geschwindigkeit betrug jeweils 50 km/h. Auf Liter pro 100 km umgerechnet ergibt dies 42,84 l/100 km beim Unimog gegenüber 71,89 l/100 km beim Allrad-Traktor. Wenn man den Mehrverbrauch von rund 13 l/h auf 10.000 Betriebsstunden – das entspricht etwa zehn Jahren Einsatz – umrechnet, verursacht der Schlepper rund 195 000 höhere Betriebskosten (1,50 l/Diesel).

Der Produktbereich Sonderfahrzeuge (PBS), zu dem der Unimog gehört, verfügt innerhalb des großen Produktionsstandortes Wörth bei Karlsruhe, der größten Lkw-Fertigung Europas, über eine eigene Fertigungsstraße. 750 Mitarbeiter produzieren im Jahr rund 2.000 Mercedes-Benz Unimog. Man ist hier in vielen Branchen zu Hause, wird der Unimog doch in sehr unterschiedlichen und oft extreme Anforderungen stellenden Einsatzfeldern genutzt, ob nun der neue kompakte U 20, die Geräteträger U 300, U 400 und U 500 oder die Modelle der hochgeländegängigen Baureihe U 3000, U 4000 und U 5000. Das „Universal-Motor-Gerät“ gibt es nun seit 60 Jahren, mehr als 325.000 Einheiten sind bisher gebaut worden.

Winterdienst ausgerüstet wird.

In der Mühldorfer Mercedes-Benz Nutzfahrzeugflotte sind zudem weitere Fahrzeuge der Baureihe Axor und Atego sowie ein Sprinter im täglichen Einsatz. Doch was wären all diese Fahrzeuge, ohne die versierten und mit reichlich Berufserfahrung ausgestatteten Führungskräfte, die über deren Einsatz und Anwendung entscheiden und Mitarbeiter, die mit dem Umgang dieser Fahrzeuge und Geräte vertraut sind.

Zuverlässige Mitarbeiter

Einer davon ist der stellvertretende Bauhofleiter Reinhard Mack, der seit über 30 Jahren im städtischen Bauhof arbeitet und heute den Fuhrpark und die Werkstatt leitet. Die Leistungsfähigkeit und Ausstattung derselben ist vorbildlich, so können u. a. auch Bremsen-Sonderprüfungen durchgeführt werden. Selbst die Mercedes-Benz Feu-



Ein Teil der Mitarbeitermannschaft des Städtischen Bauhofs Mühldorf am Inn und die Mercedes-Benz-Nutzfahrzeugflotte.

erwehrrfahrzeuge, die Mühldorf am Inn im Einsatz hat, werden dort von den Männern um Reinhard Mack gewartet.

Unabhängigkeit von Fremdfirmen

Die Unabhängigkeit von Fremdfirmen auch in Bezug auf die Ausstattung mit Arbeitsgeräten ist für Wolfgang Huber ein

klarer Vorteil. Dies schildert er am praktischen Beispiel der Anschaffung der Asphaltfräse. „Wir hatten früher bei der Fremdvergabe derartiger Arbeiten das Problem, dass die ausführenden Firmen alle kleinflächigen Reparaturstellen in unserem Zuständigkeitsbereich auf einmal ausgefräst haben und dann erst nach und nach in weiteren Arbeitsgängen die Stellen wieder geschlossen haben. Wir mussten dann oftmals über Wochen hinweg mit den offenen Frässtellen in den Straßen leben, was häufig großen Ärger in der Öffentlichkeit verursacht hat. Heute können wir jederzeit einen Reparaturtrupp losschicken, der die schadhafte Stelle ausfräst und die Straßendecke umgehend wieder schließt.“

Der Betrieb eines Bauhofs hängt also nicht nur von einer gut funktionierenden Gesamtorganisation ab, sondern auch von seiner flexiblen Leistungsfähigkeit, die Vertrauen in die Verwaltung und Zufriedenheit bei den Bürgern schafft.



Ob Sommer oder Winter: Ein Unimog ist härtesten Anforderungen gewachsen - und das über viele Jahre.

Neue Führerscheintrichtlinie für Feuerwehr und Rettungsdienst

Innenminister Herrmann: Bayerischer Antrag findet deutliche Mehrheit im Bundesrat

Innenminister Joachim Herrmann begrüßt, dass der Bundesrat mit deutlicher Mehrheit den Antrag Bayerns zu erleichterten Führerscheineinstellungen für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren und Rettungsdienste angenommen hat. Das Bundesverkehrsministerium ist damit aufgefordert, durch eine Änderung des Straßenverkehrsrechts eine ausreichende Rechtsgrundlage dafür zu schaffen, dass Angehörige der Feuerwehren, der Rettungsdienste, der technischen Hilfsdienste sowie Helfer des Katastrophenschutzes künftig Einsatzfahrzeuge mit einer zulässigen Gesamtmasse bis 4,25 Tonnen mit dem Pkw-Führerschein fahren dürfen.

Seit Umsetzung europäischer Führerscheinvorschriften in deutsches Recht verläuft die Grenze zwischen der Pkw- und der Lkw-Klasse bei 3,5 Tonnen. Die neue Klasseneinteilung bedeutet, dass Einsatzfahrzeuge ab 3,5 Tonnen nur noch mit einem Lkw-Führerschein gefahren werden dürfen. „In einem Flächenstaat wie Bayern mit einer Vielzahl Freiwilliger Feuerweh-

ren ist es problematisch, unter diesen Bedingungen stets die Einsatzfähigkeit aufrechtzuerhalten“, so der Innenminister. „zumal viele Kraftfahrzeuge im Fuhrpark der Rettungsorganisationen auf Grund technischer Neuerungen zwischenzeitlich ein zulässiges Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen haben. Hinzu kommt, dass Inhaber der alten Fahrerlaubnisklasse 3 zune-

hend aus Altersgründen aus dem ehrenamtlichen Dienst ausscheiden.“ Der Bundesverkehrsminister ist nun aufgefordert, die notwendigen Rechtsänderungen endlich anzugehen. Aufgrund einer Änderung von EU-Recht besteht eine Ausnahmemöglichkeit für Katastrophenschutzfahrzeuge. Herrmann: „Für mich besteht kein Zweifel, dass Fahrzeuge der Feuerwehren und der Rettungsdienste den Fahrzeugen des Katastrophenschutzes zuzuordnen sind und deshalb die Ausnahmemöglichkeit in diesen Fällen greift. Es liegt mir sehr am Herzen, dass nun schnellstmöglich durch eine Ausnahmeregelung bis 4,25 Tonnen eine sinnvolle und unbürokratische Erleichterung für die zumeist ehrenamtlichen Helfer geschaffen wird.“



Mercedes-Benz Unimog sparsamer als Traktoren: Der Mercedes-Benz Unimog hat sich laut einem Gutachten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) im hessischen Groß-Umstadt als besonders sparsames Fahrzeug zum Beispiel bei Transportarbeiten und beim Mähen erwiesen. So verbrauchte ein Mercedes-Benz Unimog U 400 mit 21 t Anhängelast auf einer Transportfahrt in der Ebene nur 18,89 Liter in der Stunde gegenüber einem Mittelwert von Traktoren in Höhe von 32,07 Liter in der Stunde.



Seine Größe: Kleine Gassen.

Der neue Mercedes-Benz Unimog U 20.

Kompakt, wendig und günstig in Anschaffung und Unterhalt: Gerade, wenn's eng wird, zeigt er seine wahre Größe. Mit bis zu 9,3 t zulässiges Gesamtgewicht, einem Radstand von nur 2,70 m und einem Wendekreis von nur 12,60 m macht der Unimog U 20 jeden Weg frei. Eine Räumbreite von 2,50 m und Feuchtsalztechnik mit 1,4 m³ Streuvolumen ermöglichen große Räumschleifen. Jetzt bei Ihrem Unimog Partner oder unter: www.mercedes-benz.com/neuer-U20



Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt
Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.bassewitz.de

Carl Beuthauser GmbH & Co. KG
Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach
Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.beuthauser.de

Henne-Unimog GmbH
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten
Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127
E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com
Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm
Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410
E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com
Internet: www.wilhelm-mayer.com

Metropolkonferenz 2008 der EMM in Ingolstadt:

Wissen ist Zukunft

Im Stadttheater Ingolstadt fand die Metropolkonferenz 2008 der Initiative Europäische Metropolregion München (EMM) statt. Die vier Arbeitsgruppen Wissen, Wirtschaft, Umwelt & Gesundheit sowie Mobilität stellten in der Ausstellung „Markt der Projekte“ und in Präsentationen erste Arbeitsergebnisse vor und luden weitere Akteure zur Mitarbeit an ihren Projekten ein. Zum Leitthema „Wissen – die Zukunft der Metropolregion München“ fanden ein Vortrag und eine moderierte Gesprächsrunde statt, an der neben dem Gastgeber, dem Ingolstädter Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann, weitere Hauptakteure der Initiative EMM wie der AUDI-Vorstand Dr. Werner Widuckel und der Präsident der Fachhochschule Ingolstadt, Prof. Dr. Gunter Schweiger sowie als Gast der Eichstätter Bischof Dr. Gregor Maria Hanke teilnahmen.

In seiner Einführung sagte der Münchner Oberbürgermeister und Sprecherratsvorsitzende Christian Ude, dass gerade die Finanzkrise auch den letzten Zweifeln gezeigt habe, dass sich auch der Großraum München als Metropolregion Nr. 1 anstrengen müsse, um Krisen zu überwinden und um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Der Ingolstädter Oberbürgermeister Dr. Lehmann betonte die Jahrhunderte alte Tradition Ingolstadts als Wissenschafts- und Hochschulstandort, schließlich habe die Ludwig Maximilian Universität dort ihren Anfang genommen. Anschließend stellten die Arbeitsgruppen der Initiative ihre Ziele und Projekte vor.

AG Umwelt und Gesundheit die gesunde und umweltfreundliche Metropolregion erhalten und ausbauen. Ziel der Arbeitsgruppe Mobilität ist es, die Erreichbarkeit für Bürger, Unternehmen und Gäste innerhalb und von außerhalb der EMM zu optimieren. Die Vernetzung der Verkehrsinfrastruktur und die Entwicklung eines intelligenten Verkehrsmanagements sind wichtige Bausteine hierfür.

Umgesetzte Projekte

Beispiele für bereits umgesetzte Projekte sind die Präsentation der EMM auf der internationalen Fachmesse EXPO REAL durch die AG Wirtschaft und die Einführung der EMM-Ab-

Plus-Card Anfang 2009. Mit diesem von der AG Mobilität entwickelten Jahres-Ticket können Pendler im gesamten Raum der Metropolregion München mit einem einzigen Ticket reisen.

In einem wissenschaftlichen Vortrag verdeutlichte Prof. Dr. Rolf Stemberg, Leiter des Instituts für Wirtschafts- und Kulturgeographie der Universität Hannover, die große Bedeutung von Wissen als Standortfaktor für die Entwicklung einer Metropolregion.

Gesprächsrunde

Ein weiterer Höhepunkt der Metropolkonferenz war die mit hochkarätigen Bildungsexperten der Metropolregion München besetzte Gesprächsrunde zum Thema „Wissensmanagement in der Metropolregion München – Konsequenzen für die Regionalentwicklung“. Moderiert von Susanne Franke (Bayerisches Fernsehen) tauschten der Ingol-

städter Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann, der Eichstätter Bischof und Großkanzler der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt Dr. Gregor Maria Hanke (OSB), der Präsident der Fachhochschule Ingolstadt, Prof. Dr. Gunter Schweiger, und der AUDI-Vorstand Dr. Werner Widuckel ihre Meinungen und Position zur Entwicklung eines erfolgreichen Wissensmanagements in der EMM aus.

Intensiver Wissenstransfer

„Gemeinsamkeit macht stark“, betonte Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann, Gastgeber und Mitglied des Sprecherrats der Initiative EMM. „Die Kooperation mit fähigen Partnern aus Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft und ein intensiver Wissenstransfer haben für Ingolstadt als Wissenschafts- und aufstrebender Universitätsstandort traditionell System.“

„Die Zielsetzung der Europäischen Metropolregion München, mit Wissensmanagement und einer ‚Kultur des Lebenslangen Lernens‘ die Regionalentwicklung weiter voranzutreiben, ist auch für den Standort Ingolstadt von größter Bedeutung“, sagte Dr. Werner Widuckel, Personalvorstand und Arbeitsdirektor der AUDI AG. Die Förderung und Vernetzung von Wissenschaft, Technik und Kultur in der Region schaffe Vorsprung. Widuckel weiter: „Wir werden den Wissenstransfer beschleunigen und Freiraum für Innovationsprojekte ermöglichen. Bereits jetzt leisten wir mit unseren Wissenschaftskooperationen und dem Ausbau von Bildungseinrichtungen einen wesentlichen Beitrag für die Kompetenzentwicklung der Metropolregion.“

Sozialer Sprengstoff

In seinem Schlusswort stellte der Sprecherratsvorsitzende, OB Christian Ude, heraus, dass sich Wissensmanagement nicht nur um Exzellenz-Universitäten kümmern müsse, sondern auch um die erschreckend hohe Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss: „Hier werden Ressourcen verplempert und Lebenschancen vertan, hier wird sozialer Sprengstoff angehäuft.“

Bürgermeister-Tagung im Landkreis Würzburg:

Für zeitgemäßen Bürgerservice

Unter der Leitung von Landrat Eberhard Nuß befassten sich die neu gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Landkreises Würzburg auf ihrer ersten Arbeitstagung nach der Kommunalwahl mit einer breiten Palette an Themen – vom Kommunalen Behördennetz über Jugendschutz bis hin zur Kinderbetreuung.

Dieter Hruzik, Leiter des Fachbereichs Information und Kommunikation im Landratsamt, informierte zum aktuellen Sachstand Kommunales Behördennetz im Landkreis Würzburg. 31 der 33 Landkreis-Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften sind dem Netz bereits angeschlossen. Hruzik stellte den „mobilen Landkreis“ vor, der für die Gemeinden Möglichkeiten der mobilen elektronischen Kommunikation anbietet. „Die Daten sollen laufen, nicht die Bürger“, formulierte Landrat Nuß den zeitgemäßen Bürgerservice, dessen jüngstes Kind die elektronische Formularlösung ist. Die Gemeinden Leinach und Veitshöchheim bieten bereits diese Form des „Behördengangs“, der etwa die Gewerbeanmeldung, den Fischereischein, den Bauantrag, die Anmeldung zur Musikschule und vieles mehr umfassen kann.

Behördenportale

Rudolf Philipeit von T-Systems erklärte das elektronische Formularsystem des „online Bürgerservice“. Unter eGovernment versteht die meisten Bürger vor allem Zeit und Wege sparende Behördengänge per Internet sowie einfache und schnellere Bearbeitungen. Die von T-Systems aufgebauten und betriebenen Behörden-Portale erfüllten diese Erwartung mit innovativen Portal-Konzepten und Software-Modulen. Der Zuständigkeits-Finder beispielsweise leitet Bürger und Unternehmen über eine für alle Verwaltungsebenen einheitliche Benutzerführung automatisch zu den für ihr Anliegen passenden Informationen oder Diensten. Oder das Lebenslagenkonzept: Ob Geburt, Heirat oder Firmengründung – dank dieser Lösung finden die Nutzer sofort heraus, wer für ihr jeweiliges Anliegen zuständig ist und welche Unterlagen sie brauchen.

Suchmaschinen, Stichwortverzeichnisse und Formularserver unterstützen bürgernahes eGovernment. Die flexibel kombinierbaren Portal-Lösungen ermöglichen laut Philipeit nicht nur mehr Bürgernähe und Kundenorientierung, sie schonen auch die Budgets. Denn über Portale können Behörden Aufgaben schneller, effizienter und damit kostengünstiger abwickeln.

Im Rahmen des eGovernment legte Klaus Kluijn, Leiter des Fachbereichs Straßenver-

kehrs- und Führerscheinenwesen, den Gemeinden die Übernahme der Außerbetriebsetzung von Fahrzeugen und der Änderung von Halterdaten in den Bürgerbüros vor Ort nahe.

Fünf Gemeinden (Leinach, Rimpf, Röttingen, Rottendorf und Veitshöchheim) bieten seit 2005 diesen Service, kürzlich haben sich noch Eisingen, die Verwaltungsgemeinschaft Estenfeld und Hettstadt angeschlossen. Die Gemeinden brauchen dazu lediglich PC und Laserdrucker, die Installation der Software und Einweisung der Mitarbeiter übernimmt die EDV-Abteilung des Landratsamtes. Eberhard Nuß wies darauf hin, dass im Landratsamt jährlich zwischen 16.000 und 20.000 Außerbetriebnahmen und Halterdaten-Änderungen durchgeführt werden, in den fünf Gemeinden bisher insgesamt 1409 pro Jahr. Seiner Ansicht nach „wäre es ein deutliches Zeichen in Sachen Bürgerservice, wenn sich möglichst viele Gemeinden diesem Angebot anschließen würden“.

Kinderbetreuung

Ursula Bördlein vom Fachdienst Kindertagesbetreuung machte die Bürgermeister schließlich mit dem neuesten Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom Mai 2008 vertraut. Danach geht das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern über die Bedarfplanung der Gemeinden. Beachtenswert sei der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz vom 3. Lebensjahr an bis zum Schuleintritt.

Zudem wird ab 2013 ein erweiterter Rechtsanspruch ab dem 1. Lebensjahr erwartet. Das Kreisjugendamt empfiehlt den Landkreisgemeinden, zumindest innerhalb von Verwaltungsgemeinschaften den Bedarf gegenseitig anzuerkennen, um den Verwaltungsaufwand zu vereinfachen. Auch die Absprache der Ferienöffnungszeiten innerhalb von Kindergärten der Verwaltungsgemeinschaften würde eine große Hilfe für viele Eltern darstellen. **DK**

„Natur. Vielfalt. Niederbayern“

„Natur. Vielfalt. Niederbayern“ heißt die neue Broschüre der Regierung von Niederbayern, die jetzt im Rahmen der Bayerischen Biodiversitätsstrategie erschienen ist. Reich bebildert zeigt sie die Naturschönheiten Niederbayerns in ihrer Vielfalt und mit ihren Vernetzungen auch über Niederbayern hinaus.

„Biodiversität“ oder „Biologische Vielfalt“ meint die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten bzw. -sorten und ihrer natürlichen Lebensräume. Die Broschüre zeigt, weshalb biologische Vielfalt für den Menschen so wichtig ist, für die Herstellung gesunder Lebensmittel etwa oder zur Entwicklung von Arzneimitteln.

Karten zu Landschaften, Netzwerken und Förderprojekten machen Ansatzpunkte der Regierung als Höherer Naturschutzbehörde deutlich – etwa bei der Vergabe von Fördermitteln für

die Landschaftspflege, bei der Ausweisung von Schutzgebieten oder bei der Durchführung von Naturschutzprojekten des Landes, des Bundes oder der EU. Vorgestellt werden auch Pflanzen- und Tierarten, für deren Erhalt Niederbayern eine besondere Verantwortung trägt.

Dazu Regierungspräsident Heinz Grunwald: „Wir werden mehr denn je starke Partner beim Schutz der heimischen Naturvielfalt in allen Kreisen der Gesellschaft brauchen. Sie zu bewahren ist eine Aufgabe für uns alle!“ **DK**



Jubilare Angela Rieder mit dem Dillinger Landrat Leo Schrell (l.) und Kreisheimatpfleger Alois Seiler. Text und Bild: -jdt-

Ein Vaterunser vor der Ernte jedes Feldes...

Ehrenkreisbäuerin Angela Rieder feierte 70. Geburtstag

Bissingen/Warnhofen. Der Heimat und den bäuerlichen Wurzeln ihrer Familie tiefst verbunden ist die Ehrenkreisbäuerin des BBV-Kreisverbandes Dillingen, Angela Rieder aus Warnhofen in der Marktgemeinde Bissingen (Kreis Dillingen). Als die aus Bollstadt (Kreis Donau-Ries) stammende langjährige Repräsentantin ihres Berufsstandes jetzt ihren 70. Geburtstag feierte, gab es mehrere Tage hindurch Hunderte Gratulanten. Sie bekundeten einer vielseitig tatkräftigen Bäuerin und Kommunalpolitikerin ihre Verbundenheit und Hochachtung.

Damit verbunden war der Dank für die 44-jährige Tätigkeit als Ortsbäuerin, als einsatzfreudige Dillinger Kreisbäuerin von 1974 bis 2002, für 30 Jahre engagierte Mitarbeit im Kreistag und 18 Jahre (bis 2008) als stellvertretende Landrätin. Stets unerschrocken und aufrecht vertrat die Trägerin des Bundesverdienstkreuzes mit Erfolg die Interessen der Landwirtschaft.

Für den BBV-Kreisverband gratulierten Kreisobmann Hermann Kästle, Kreisbäuerin Hannelore Schmid und Geschäftsführer Eugen Bayer. Für den von viel Idealismus getragenen Einsatz dankten Landrat Leo Schrell und Bürgermeister Michael Holzinger.

Herzliche Glückwünsche kamen vom deutschen Bauernpräsidenten Gerd Sonnleitner, dem ehemaligen Landwirtschaftsminister Josef Müller, dem schwäbischen BBV-Präsidenten Leonhard Keller und Staatssekretär a. D. Otto Meyer. Für die CSU gra-

tulierten u. a. Justizministerin Beate Merk, Landtagsabgeordneter Georg Winter und stellvertretender Landrat Alfred Schneid.

Besonders freute sich die Jubilarin über die Gratulationen ihrer vier Söhne und der fünf Enkel. Damit verbunden war das ehrenvolle Gedenken an den vor über einem Jahrzehnt gestorbenen Ehemann Alfred, mit dem zusammen Angela Rieder den Bauernhof in Warnhofen betrieb. Dieemann übernahm der Sohn Günther mit seiner Frau Anja.

Eng geblieben sind die Verbindungen zum nahen Geburtsort Bollstadt. Dort wuchs Angela Rieder zusammen mit sechs Geschwistern auf dem „Merte“-Bauernhof der traditionsbewussten Eltern Xaver und Walburga Eisenbarth auf. Zu den Kindheitserinnerungen der Ehrenkreisbäuerin gehört, dass vor der Ernte eines jeden Feldes immer ein Vaterunser gesprochen wurde. □

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 42 vom 01.01.2008

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Wettbewerb Familienfreundliches Oberfranken:

Siegerehrung in Kloster Banz

Zum zweiten Mal lobte die Initiative Oberfranken Offensiv - Forum Zukunft Oberfranken e. V. gemeinsam mit den Volks- und Raiffeisenbanken Oberfrankens sowie der Regierung von Oberfranken und dem Bezirk Oberfranken den mit insgesamt 25.000 Euro dotierten Wettbewerb „Familienfreundliches Oberfranken“ aus. Im Rahmen eines Festaktes in Kloster Banz wurden nun die Preisträger - die Stadt Wunsiedel, der Markt Neunkirchen am Brand, die Evangelische Familienbildungsstätte in Bayreuth, der Caritasverband für die Stadt und den Landkreis Coburg, Kronach Creativ e. V., die Dorfladen Initiative in Heilgersdorf und die Haba Firmenfamilie - in Anwesenheit zahlreicher Prominenz geehrt.

„Familienfreundlichkeit wird mittlerweile vielfach sogar als harter Standortfaktor bezeichnet. Eine ländliche Region wie Oberfranken kann hier in besonderer Weise punkten. Niedrigere Lebenshaltungskosten als in Ballungsräumen, günstiges Bauland, eine intakte Natur oder kurze Wege sind nur einige Beispiele, die das Lebensumfeld von Familien in Oberfranken beschreiben. Ebenso leisten viele Kommunen, Vereine, Jugendverbände, Initiativen, kirchliche Einrichtungen und Unternehmen in Oberfranken mit ihrem Engagement einen maßgeblichen Beitrag für die Familienfreundlichkeit der Region. Wir wollen mit dem Wettbewerb Familienfreundliches Oberfranken dieses Engagement würdigen und besonders gute Beispiele einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen“, erläuterte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie und scheidende 1. Vorsitzende von Oberfranken Offensiv - Forum Zukunft Oberfranken Dr. Werner Schnappauf, die Ziele des Wettbewerbs.

Wichtige Zukunftsfrage

Für Innenminister Joachim Herrmann ist Kinder- und Familienfreundlichkeit „eine der entscheidenden Zukunftsfragen unseres Landes.“ Immer wieder erhobene Lärmschutzklagen gegen Kindereinrichtungen bezeichnete er als Ärgernis. Letztlich hänge Kinder- und Familienfreundlichkeit immer davon ab, wie sich die Gesellschaft gegenüber Kindern verhalte. Den Freistaat sah der Minister dabei auf einem guten Weg. Bayern habe die höchste Berufstätigenquote von Frauen und in keinem anderen Bundesland nähmen so viele Väter das Elterngeld in Anspruch.

Auch der Regierungsbezirk Oberfranken sei in großen Teilen bereits außerordentlich familienfreundlich, ergänzte Regierungspräsident Wilhelm Wenning. Bei Kindergartenplätzen für Drei- bis Sechsjährige sei die Vollversorgung bereits erreicht. Die Regierung von Oberfranken biete allein 50 verschiedene Arbeitszeitmodelle, von denen vor allem Frauen und junge Familien profitierten.

Hans Angerer, der die Jurysitzungen leitete, betonte: „Der Wettbewerb Familienfreundliches Oberfranken ist kein Wettbewerb im üblichen Sinne mit Gewinnern und Verlierern. Unser Anliegen als Jury war es, aus den vielen guten, insgesamt über 90 Beiträgen nachahmenswerte Beispiele auszuwählen, die stellvertretend für alle Teilnehmer und Nominierte prämiert werden.“

Stadt Wunsiedel

Mit einem Preisgeld von 4000 Euro wurde die Stadt Wunsiedel für ihr „erstklassiges Familienangebot“ bedacht. Was Wunsiedel nach Jury-Meinung von vielen anderen Kommunen unterscheidet, ist, dass die Bürger in der Festspielstadt aktiv in sämtliche Projekte mit einbezogen werden. Es gibt acht so genannte „Runde Tische“, die dem Stadtrat als „verlängerter Arm“ dienen und schon vieles bewegt haben. Unterm Strich können jun-

ge Familien in Wunsiedel auf attraktive und gut miteinander vernetzte Betreuungseinrichtungen und Freizeitangebote zurückgreifen sowie von preiswertem Baugrund und Baukindergeld profitieren. Vor allem für Schüler steht ein vielfältiges Angebot an Schul- sowie Ausbildungsplätzen zur Verfügung. Als besonders erfreulich werten es die Verantwortlichen dabei, dass in der Stadt insbesondere auch für junge Leute dauerhaft Arbeitsplätze gesichert werden konnten.

Markt Neunkirchen am Brand

Der Markt Neunkirchen am Brand (Preisgeld 4000 Euro) wurde für seine engagierte Bürgerarbeit ausgezeichnet. In mehreren Arbeitskreisen haben sich Bürger mit Politik, Verwaltung sowie den örtlichen Vereinen, Betrieben, Gruppen und Institutionen zusammengesetzt, um eine ganze Reihe von Projekten auf den Weg zu bringen.

Ein Beispiel für die enge Zusammenarbeit ist der Jugendtreff „Appendix“. Diese Einrichtung der offenen Jugendarbeit bietet nicht nur ein abwechslungsreiches Programm für Jugendliche, es werden auch Angebote für Familien unterstützt: Beispielsweise findet in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Soziales der Agenda 21 seit dem Jahr 2006 an den Samstagen vor Weihnachten eine Kinderbetreuung statt. Angeboten werden Spiele, gemeinsames Kochen, Essen und vieles mehr. 25 Betreuungspersonen stehen dafür gegen einen geringen Unkostenbeitrag zur Verfügung. Im Auftrag des Marktes Neunkirchen hat der Agenda-Arbeitskreis auch die ehrenamtliche Redaktion für einen Familienwegweiser übernommen.

Evangelische Familienbildungsstätte und Mehrgenerationenhaus Bayreuth

Die Evangelische Familienbildungsstätte plus Mehrgenerationenhaus Bayreuth (Preisgeld 4.000 Euro) bietet wiederum ein breites Angebot für Familien und Senioren. Das vielfältige Bildungsangebot umfasst u. a. Kurse „Rund um die Geburt“ mit dem Angebot „wellcome“ - Vermittlung von praktischer Hilfe nach der Geburt -, Eltern-Kind-Treffpunkte und Elternkurse, die Ausbildung von Tagesmüttern und Babysittern sowie deren Vermittlung, Vater-Kind-Aktionen oder erlebnispädagogische Führungen für Alt und Jung.

Die Besonderheit des Mehrgenerationenhauses: Dessen Aktivitäten und Tagestreffpunkte gehen zentral vom Standort in der Innenstadt aus und werden von Netzwerkknoten in verschiedenen Stadtteilen Bayreuths begleitet. Ein weiterer Schwerpunkt ist das Engagement am sozialen Brennpunkt Menzelplatz und im Treffpunkt St. Georgen. Zusammen mit mehreren Partnern findet in eigenen Räumlichkeiten wohnortnahe Bildungsarbeit statt. Dazu gehören u. a. eine offene Kinderbetreuung, verschiedene Gesprächs- und Gruppenangebote für Eltern mit Kleinkindern,

für Alleinerziehende oder für Familien mit Migrationshintergrund.

Der Caritas-Schülerhort „LEO“ in Coburg (Preisgeld 4.000 Euro) bietet derzeit 75 Kindern ab ihrer Einschulung einen Ort zur Entfaltung - egal welchen sozialen Hintergrund die Kinder mitbringen. Momentan wird der Hort zum Familienhaus erweitert, mit vielfältigen Angeboten zur Unterstützung und Förderung der Eltern. Hier geht es insbesondere um den Austausch untereinander, aber auch um Beratungsangebote durch Fachkräfte, z. B. in Erziehungs- und Partnerschaftsfragen oder bei finanziellen Problemen. Bildung, Integration, Chancengleichheit und Teilhabe sind wichtige Leitziele des Schülerhortes. So dient z. B. der Computerraum des Hortes der schulischen und sozialen Integration der Kinder und deren Eltern. Auch ein Computerkurs für türkische Mütter wird angeboten.

Kronach Creativ e. V.

Kronach Creativ e. V. (Preisgeld 4.000 Euro) ist Motor und mittlerweile Träger des lokalen Bündnisses für Familien mit 110 Bündnispartnern und einer Koordinationsstelle für gemeinsame Aktivitäten. Das Hula Hoop-Familienfest mit 12.500 Besuchern, über 60 Vereine und jede Menge kostenloser Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien sind Beispiele dafür. Weiterhin wurde dafür gesorgt, dass das Obere Rodachtal dank eines ganzjährigen Kinderprogramms mit dem Tourismuszertifikat Kinderland Bayern ausgezeichnet wurde. Außerdem gibt es das Kinder-Kultur-Abo mit vielen kulturellen Angeboten für Kinder und Jugendliche, eine Klassik-Akademie, in der Kinder im Vor- und Grundschulalter beim Lernen eines Instruments unterstützt werden, die Aktion „Jugend in Arbeit“ für Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz suchen sowie Planungen für einen umfangreichen Familienatlas.

Dorfladen Initiative Heilgersdorf

Der Dorfladen Initiative Heilgersdorf (Preisgeld 5.000 Euro) hat einen wichtigen Beitrag zur Wiederbelebung des Ortes geleistet. Freiwillige Helfer - von der Schülerin bis zum Rentner, aber auch Firmen aus dem Umfeld - haben sich an der Sanierung eines ehemaligen Bankgebäudes beteiligt und binnen kurzer Zeit einen Laden auf die Beine gestellt, der sich direkt an den Bedürfnissen der Bewohner orientiert. Frische und regionale Produkte werden ergänzt durch ein beeindruckendes Dienstleistungsangebot, wie Geldautomat, Briefmarkenausgabe, Copyshop oder Reinigungsservice. Ein Renner und gern genutzter Ort der Kommunikation ist das integrierte Dorfladencafé.

Die HABA Firmenfamilie, Bad Rodach (Urkunde) zeichnet sich schließlich durch eine besonders familienfreundliche Personalpolitik aus. Die bereits 2004 ins Leben gerufene, betriebseigene Kinderkrippe war erst der Anfang. Sie bietet mit flexiblen Betreuungszeiten und bei weitgehender Kostenübernahme die Möglichkeit, das Baby oder Kleinkind mit zur Arbeit zu nehmen. Ein Familientag, an dem Kinder ihre Eltern am Arbeitsplatz besuchen dürfen, ein Familientriathlon sowie ein mit der Universität Erlangen-Nürnberg organisierter Familienkongress stehen für die familienfreundliche Ausrichtung des Unternehmens auch nach innen. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„So ist es recht - Knast für Sprachpanscher, Zuchthaus für Orthographiesünder.“ Mein Chef, der Bürgermeister, schlug sich vor Vergnügen auf die Schenkel als er las, dass die Slowakei ein Gesetz plant, nachdem es strafbar sein soll, wenn Fremdwörter verwendet werden, obwohl es einen passenden Ausdruck im Slowakischen gibt oder wenn jemand gegen die Regeln der Grammatik und Rechtschreibung verstößt. Aber keine Angst: Gefängnis soll nicht darauf stehen, das hat sich nur der Schalk im Bürgermeister so zusammen gereimt, aber immerhin Bußgelder bis zu 5.000 Euro.

Nun kennen wir ja den heroischen Kampf Frankreichs zur Bewahrung seiner Sprachkultur vor der schier unüberwindlichen Flut der Anglizismen. So sollen in der Grande Nation die pfiffigen Maschinen, auf denen die Produkte

Von der Bewahrung der Sprachkultur

von Microsoft und Linux laufen, als „ordinateur“, statt wie in der übrigen Welt als „computer“ bezeichnet werden. Auch das im Vergleich zum französischen Äquivalent fünfmal kürzere „lift“ (=Aufzug) ist verpönt und für die großen Schiffe, die Öl und Gas bringen, soll zwischen Strasbourg und Bordeaux nicht „tanker“ gesagt werden. Hier ist die Slowakei also in bester Gesellschaft.

Verbündete für die Sprachreinheits-Bewegung könnten Franzosen und Slowaken übrigens auf den britischen Inseln finden. Dort hat man aktuell das Problem, dass die Sprachsteuerung des Kult-Handys iPhone nur amerikanisch versteht und sowohl die noblen Oxford-Nasäler als auch die erdigen Schotten, Waliser und Iren mit ihrer Aussprache in die Irre navigiert werden. Höchste Zeit, dass sich das alte und neue Europa gegen diese Art der Sprachhegemonie von Uncle Sam wehrt!

Aber Grammatik- oder Rechtschreibfehler als Bußgeldtatbestand? Da sehe ich doch schon die leuchtenden Augen der Gegner der deutschen Rechtschreibreform. Welche Chance für diese, wenn so eine Regelung europaweit, also auch in Deutschland eingeführt würde. Als erstes könnte man die Väter und Mütter der neuen Recht-

schreibregeln wegen vollendeter schwerer Sprachverhöhnung anzeigen!

Aber für den Normalsprachanwender - ob in Deutschland oder der Slowakei - wäre es doch fatal, wenn Kommaknöllchen oder Dativ- und Genetiv-Strafzettel ausgeteilt würden. Ich gestehe, dass ich seit der Schulzeit meine Kommata (oder Kommas?) mehr nach feeling (pardon: Gefühl) setze, als nach Regeln und seit der Rechtschreibreform habe ich nicht mal in jedem Fall eine Erklärung für dieses Gefühl.

Natürlich wollen die Autoren des slowakischen Gesetzentwurfes nicht Herrn oder Frau Jedermann treffen und so soll das Gesetz gegen sprachliches Schludern bei öffentlichen Auftritten oder in den Medien vorgehen. Da kommt doch Sympathie auf. Etwa wenn man den Fernsehwerbespot einer Süßwarenfirma nimmt, in dem eine Mutter die Schleckereien des Nachwuchses ihrer Nachbarin mit der Frage „Seit wann dürfen Deine Kinder Lollis?“ quitiert. Diese alberne Form der elliptischen Reduktion unserer Sprache ist ja leider von Nord nach Süd auf dem Vormarsch. Wenn man das wenigstens aus den Medien raushalten könnte, wäre es eine Wohltat für die Ohren. Allerdings müsste es eine Ausnahme für die Kunstform des Müntesprechers geben. Sätze wie „Regierung gut, Partei gut, Glück auf“ sind Kleinodien der Kommunikationsgeschichte, auf die unsere Kultur nicht verzichten sollte.

Mein Chef, der Bürgermeister, sieht das Ganze unideologisch. Er legt Wert darauf, dass Schreiben aus dem Rathaus klar und verständlich abgefasst werden. Seine Reden versucht er auch ohne viel Firlefanz und komplizierte Wörter zu halten. Bürgernah halt. Ob man Fremdwörter, vor allem Anglizismen, im Zeitalter der Globalisierung und des internationalen Austauschs tatsächlich zurückdrängen kann? Da muss man wohl skeptisch sein. Überhaupt: Ist es schlecht, wenn andere Sprachen auf die unsrige Einfluss ausüben? Denken wir an den Satz des Philosophen Ludwig Wittgenstein auf dem heutigen Kalenderblatt: „Die Grenze meiner Sprache ist die Grenze meines Denkens.“

the
Sabriul

21. Heiligenstädter Gespräche:

Erneuerbare Energie im Fokus

Tagung des Instituts für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum Ober- und Mittelfranken

„Die Landwirtschaft ist eine Zukunftsbranche“, rief der Präsident des Bauernverbandes für Oberfranken, Werner Reihl, bei den 21. Heiligenstädter Gesprächen des Instituts für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum Ober- und Mittelfranken in der Oertelscheune in Heiligenstadt aus. Der praktische Landwirt aus Arzberg zeigte am Beispiel des Landkreises Wunsiedel auf, dass die Fragestellung nicht lauten darf „Vom Landwirt zum Energiewirt?“ Vielmehr treffe die Parole „Land- und Energiewirt!“ zu.

Der Landwirt stelle wohl an erster Stelle die Nahrungsmittelversorgung sicher. Gleichzeitig sei aber auch die Produktion von Energie künftig unabdingbar, so der bäuerliche Verbandspolitiker aus dem Fichtelgebirge.

Probleme

Gekonnt und überzeugend beantwortete Reihl die Frage: Warum Biomasse zur Energiegewinnung im Landkreis Wunsiedel? Über viele Jahre hinweg seien die Marktpreise für Getreide nicht kostendeckend gewesen und an Braugerste zum Beispiel seien die Anforderungen hoch und die Vermarktung zu unsicher. In dem Spätertegebiet sei das Ernterisiko besonders groß. Dazu kämen enorme Trocknungskosten. Erschwerend sei zudem für den Raum die Marktferne.

So hätten die verantwortungsbewussten Kräfte es sich zum Ziel gemacht, die aufgezogenen Probleme abzufedern. Dabei lege man auch Wert auf den Erhalt der Kulturland-

schaft kontra Monomais-Kultur.

Ziel sei es auch, ein ökologisch-ökonomisch ausgeglichenes Konzept zu verwirklichen: Nutzung von Strom und Wärme. Weiterhin würden viele Lieferanten Sicherheit für die ausgeglichene Versorgung der Anlage geben.

Ausgeglichenes Konzept

Das Projekt besteht aus einer Schack-Anlage mit 725 KW. E.ON Bayern ist der Eigner und Bioenergie Sechsamterland der Betreiber. 35 Landwirte aus dem Umfeld beliefern die Anlage. Wärmeabnehmer ist die Firma Purus (Kunststoffrecycling ECORASTER.).

Kein unternehmerisches Risiko für Landwirte

Die Landwirte tragen kein unternehmerisches Risiko. Einsatzstoffe sind Nawaro, Getreide GPS - Ganzpflanzen, Silage, Maissilage und Futtergetreide. Die Anlage ist seit Oktober 2005 in Betrieb. Es gilt noch Er-

fahrungen zu sammeln und außerdem die Technik noch verbesserungsfähig zu machen, so Präsident Reihl.

Die Gesellschaft müsse sich im klaren sein: Alle Ressourcen im natürlichen Kreislauf sollen genutzt werden. Nicht übersehen dürfe man bei der Kreislaufwirtschaft die Einsparung von Mineräldünger sowie die umweltgerechte Ausbringung durch die Direkteinarbeitung.

Hohes Niveau

Die 21. Gespräche in dem oberfränkischen Markt Heiligenstadt standen auf einem hohen Niveau. Vorsitzender Landrat Reinhard Leutner (Lichtenfels) konnte außer Präsident Reihl auch die Professoren Dr. Herbert Popp, Dipl.-Geograph Tim Barkmann von der Universität Bayreuth begrüßen sowie den Diplom-Geoökologen Willi Fehn, der den Frankenwald als Bioenergieregion hinterfragte.

Die Grünen-Landtagsabgeordnete Diplom-Geoökologin Ulrike Gote zeigte Chancen und Gefahren aus politischer Sicht auf und stimmte in vielem dem Oberfranken-Bauernpräsidenten zu. Heiligenstädter Bürgermeister Helmut Krämer begrüßte die vielen Kommunalpolitiker aus Ober- und Mittelfranken herzlich. Die Thematik liegt offenbar in der Luft. **Franz Och**

Herbsttagung der Nordschwäbischen Wirtschaft:

Chancen in Tourismus und Naherholung

Hervorragende Chancen werden den mit Sehenswürdigkeiten und bemerkenswerten Potentialen reich ausgestatteten Landkreisen Donau-Ries und Dillingen bei der Weiterentwicklung von Tourismus, Freizeitgestaltung und Naherholung von Professor Dr. Dr. h. c. Jörg Maier eingeräumt. Der Leiter der RRV-Forschungsgesellschaft mbH und Begleiter „neuer Wege lernender Regionen“ hielt den Festvortrag beim Herbstempfang der Nordschwäbischen Wirtschaft.

Ein lebhaftes Echo bei zahlreichen Ehrengästen findend, regte Maier an, in Kooperation von Politik, Kommunalpolitik und Wirtschaft, viel Kreativität zu entwickeln. Bedeutsam seien regionale Netzwerke und der Verzicht auf „Einzelkämpfer-Ausrichtung“.

Gastgeber der Großveranstaltung im Stadtsaal Dillingen waren mit der IHK Schwaben die IHK-Regionalversammlungen Donau-Ries und Dillingen. Professor Maier hatte zahlreiche engagierte Zuhörer, als er den Tourismus (einschließlich Langzeiturlaub, „Kurzzeit“, Kurzaufenthalte und Tagesausflug ohne Übernachtung) als vielschichtigen Impulsgeber beleuchtete. Im Jahr 2007 hätten die Übernachtungen und die Naherholung in Nordschwaben rund 100 Millionen Euro Umsatz gebracht.

Sonderlob für Landkreise

Als einprägsames Markenzei-

chen, das auch national und international Beachtung finden könne, schlug Jörg Maier vor, die Region Nordschwaben mit ihren guten Voraussetzungen beispielsweise als „Donauland + Schwabenalb“ ins Gespräch zu bringen. Zunehmender Wettbewerb sei spürbar. Ein Sonderlob hatte Maier parat für die Initiativen der Landkreise, des „Schwäbischen Donautal“ und von „Donauvital“.

Dr. Kopton soll Nachfolger werden

IHK-Präsidentin Hannelore Leimer, die bei der Vollversammlung am 26. Januar 2009 bei der Wahl des Präsidiums nicht mehr kandidiert, präsentierte den bisherigen Nordschwäbischen Vizepräsidenten Dr. Andreas Kopton, Harburg, als ihren nominierten Nachfolger. Mit Dank registrierte die Präsidentin, dass die bisherigen Regionalvorsitzenden Jürgen



Von links: Oberbürgermeister Armin Neudert, Donauwörth, Reinhold Demel, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agenturen für Arbeit Augsburg und Donauwörth, Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries), Oberbürgermeister Hermann Faul, Nördlingen, IHK-Präsidentin Hannelore Leimer, Landrat Leo Schrell (Dillingen), Oberbürgermeister Frank Kunz, Dillingen, der Fraktionsvorsitzende der CSU im Bayerischen Landtag, Georg Schmid.

Schmidt (Donau-Ries) und Walter Berchtenbreiter (Dillingen) künftig als Vizepräsidenten zur Verfügung stehen. Hohen Stellenwert hätten künftig die Fachkräftesicherung und die „Bildungsregion Nordschwaben“.

Spitzenleistung

Hoherfreut zeigte sich Hannelore Leimer über die „Spitzenleistung“ nordschwäbischer Betriebe. Ganz nach vorne gekommen seien beim Innovationswettbewerb die HS Elektronik Systeme GmbH und Ankerbräu, beide Nördlingen, und die Firma GEDA-Dechentreiter, Asbach-Bäumenheim. Mit dem Hochschulpreis der schwäbischen Wirtschaft ausgezeichnet wurde der Absolvent Helge Tollmann, der für die Firma Aerostruktur Faserverbund - Technik GmbH in Gundelfingen ein Faserverbundtechnikthema ausarbeitete. Der Preisträger des diesjährigen IHK-Wissenschaftspreises, Dr. Stefan Gsell, komme aus dem Landkreis Dillingen. Die ausgezeichneten Leistungen zeigten, dass die Bemühungen,

die Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft auszubauen, „Früchte tragen“. Herausgestellt wurden das Technologie-Zentrum Westschwaben und die Aktivitäten des IHK-Bildungshauses, das seit einhalb Jahren den operativen Bereich der Personalentwicklung der nordschwäbischen Firma Eurocopter unterstützte und bereits über 400 interne Seminare durchführte.

Sonderehrung

Eine Sonderehrung gab es während des Herbstempfanges für drei Bundessieger aus dem Landkreis Donau-Ries in dem zum dritten Mal vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) durchgeführten Wettbewerb zur Ermittlung von Bundes- und Landesbesten der Ausbildungsberufe. IHK-Präsidentin Hannelore Leimer gratulierte den Bundessiegern Florian Seefried, Brauer und Mälzer beim Ankerbräu Nördlingen, Jochen Reitsam, Industriebuchbinder bei der Firma m.appl GmbH & Co KG in Wemding, und Mar-

Literaturpreis des Bezirks Schwaben

In einer Feierstunde ist der „Schwäbische Literaturpreis“ des Bezirks Schwaben in Augsburg an die von einer Jury ausgewählten Preisträger vergeben worden, die sich mit einem Beitrag zu dem 2007 ausgeschriebenen Thema „In der Stadt“ durchgesetzt hatten.

Der Preis war für einen unveröffentlichten Prosatext zum Thema „In der Stadt“ ausgeschrieben worden. „Die eingereichten Beiträge beschreiben einen facettenreichen kulturellen und literarischen Raum“, würdigte Bezirkspräsident Jürgen Reichert die Vielfalt der Einsendungen, von denen zahlreiche in einer Anthologie veröffentlicht werden.

„Himmel oder Hölle“

Reichert überreichte den mit 1.500 Euro dotierten ersten Preis an den in Kufstein geborenen Dr. Robert Blunder, der seit acht Jahren in Vaduz im Fürstentum Liechtenstein lebt und arbeitet. Blunder erhielt bereits mehrere Literaturstipendien, unter anderem von der Republik Österreich, dem Land Tirol und der Stadt Kufstein. Vom Bezirk Schwaben wurde er für seinen Beitrag „Himmel oder Hölle“ ausgezeichnet, ein Text, „der ergreift, fesselt und nachdenklich macht“, würdigte Jurymitglied und Bezirksheimatpfleger Dr. Peter Fassl.

Auch der zweite Preisträger, Jörg Adam, ist kein unbeschriebenes Blatt mehr. Der Dozent für Neuere Deutsche Literaturwissenschaft an der Universität Augsburg erhielt bereits schon im

vergangenen Jahr den mit 1.000 Euro dotierten zweiten Preis des Bezirks Schwaben, außerdem wurde er 2005 von der Stadt Augsburg mit dem Kunstförderpreis im Bereich Literatur ausgezeichnet. Sein Beitrag „Janowski“ wurde bei der Preisverleihung durch Jurymitglied Professor Dr. Jürgen Eder vom Germanistischen Institut der Universität Budweis gewürdigt.

Aus Baden-Württemberg kommt der für seinen Beitrag „Zu Besuch. Ein Protokoll“ mit dem dritten Preis und 500 Euro ausgezeichnete Jochen Kittner. Das literarische Werk des 65-Jährigen umfasst Gedichte, Prosa, Hörspiele, Fernsehspiele und Essays.

Preis für junge Autoren

Seit einigen Jahren vergibt der Bezirk Schwaben zudem einen Sonderpreis für junge Autoren bis zu 25 Jahren, der in Form einer Einladung zum Schwäbischen Kunstsommer in der Schwabena-kademie Irsee vergeben wird. Heuer kann sich die 17-jährige Gymnasiastin Mona Chaib aus Bad Saulgau, die bereits mehrere Preise für ihre Arbeiten erhalten hat, über diese Auszeichnung freuen. Sie hatte die Kurzgeschichte „Goldfisch XY“ eingereicht.

co Schmidt, Verfahrensmechaniker Baustoffe bei Märker Zement GmbH, Harburg.

Stolz auf Nachwuchs

Landrat Rößle freute sich besonders darüber, dass von den

insgesamt vier Bundessiegern aus ganz Schwaben drei aus dem Landkreis Donau-Ries kamen. Die Auszeichnung durch den DIHK nehmen die drei 19-jährigen Donau-Rieser am 15. Dezember im festlichen Rahmen in Berlin entgegen.

LIEFERANTEN-

GZ

NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN
KOCH
COBURG



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 55273
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache

Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblung

BECK

- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Möblung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 0 71 95 / 69 33 00 · Fax 0 71 95 / 69 33 33
www.beck-aussenmoebliung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN
KOCH
COBURG



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 55273
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahradabstellanlagen



Kindergarteneinrichtungen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 · Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen



Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:

Telefon (089) 749 949 74

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 · Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ[®]

Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.bayerische-gemeindezeitung.de

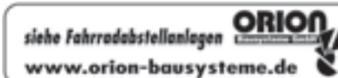
Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



Gmeiner GmbH
Daimlerstraße 18
92533 Wernberg-Köblitz
Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49
E-Mail: info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



Wasserzähler



HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 - 601 · Fax: 09 81/18 06 - 615
www.hydrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung



weihnachtsbeleuchtung
+ fest-illuminationen
Telefon: 09 11 / 69 39 65
Telefax: 09 11 / 69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

ihr partner
für LICHT

postfach 1141
90519 oberasbach

Vertrags-
handel für Jolitto Star